

KONZERNATLAS

Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie

2026

ÖSTERREICHISCHE AUSGABE



IMPRESSUM

Der **KONZERNATLAS 2026** ist ein Kooperationsprojekt der Heinrich-Böll-Stiftung, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), des Dachverbandes Kritische Aktionärinnen und Aktionäre sowie der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000.

Inhaltliche Leitung:

Lena Luig (Projektleitung), Heinrich-Böll-Stiftung,
Tobias Witte, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.,
Tilman Massa, Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre.
Redaktion der österreichischen Beiträge: Dominik Linhard, GLOBAL 2000

Deutsche Ausgabe:

Projektmanagement, Grafikrecherche: Martin Eimermacher
Art-Direktion und Herstellung: STOCKMAR+WALTER Kommunikationsdesign
Textredaktion, Dokumentation, Schlussredaktion: Marinus Ruster

Österreichische Ausgabe:

Projektmanagement, Grafikrecherche: Dietmar Bartz
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar
Dokumentation und Schlussredaktion: Andreas Kaizik, Hannah Poehlmann, Sandra Thiele (Planet Neun, Berlin)

Mit Originalbeiträgen von Christophe Alliot, Reinhild Benning, Silke Bollmohr, Helmut Burtscher-Schaden, Jennifer Clapp, Inka Dewitz, Genevieve Donnellon-May, Astrid Goltz, Susan Haffmans, Roman Herre, Nina Holland, Ottmar Ilchmann, Tina Marie Jahn, Annette Jensen, Anke Kähler, Daria Kirilenko, Anna Leitner, Lena Luig, Uli Müller, Anna Pollak, Louisa Prause, Merle Schulken, Felix Steinhhardt, Claire Stockwell, Berit Thomsen und Steffen Vogel

Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Ansicht aller beteiligten Partnerorganisationen wieder. Die Flächenfarben der Landkarten zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über eine politische Zugehörigkeit.

Titel: STOCKMAR+WALTER Kommunikationsdesign, Foto: Norman Posselt

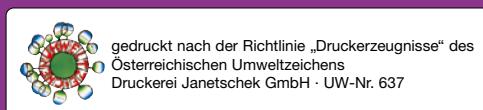
V. i. S. d. P.: Annette Maennel, Heinrich-Böll-Stiftung

Österreichische Ausgabe:

Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Geschäftsführung Alexandra Strickner und René Fischer

1. Auflage, Jänner 2026

Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein. Ausgezeichnet mit dem Österreichischen Umweltzeichen „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“, UW-Nr. 637. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

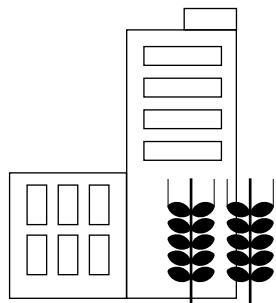


Dieses Werk mit Ausnahme des Titelbilds steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis Konzernatlas, Eimermacher/stockmarpluswalter, CC BY 4.0 in der Nähe der Grafik steht (bei Bearbeitungen: Konzernatlas, Eimermacher/stockmarpluswalter (M), CC BY 4.0.)



Download: www.global2000.at/publikationen/konzernatlas





KONZERNATLAS

Daten und Fakten über
die Agrar- und Lebensmittelindustrie

**ÖSTERREICHISCHE AUSGABE
2026**

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORT

08 12 KURZE LEKTIONEN ÜBER KONZERNE

10 GESCHICHTE

WIE DER ACKER ZUR FABRIK WURDE

Wenige Konzerne entscheiden, was auf dem Feld, im Supermarktregal und auf unserem Teller landet. Kleine Höfe und die Natur geraten dadurch immer stärker unter Druck. Die historischen Wurzeln dieser Marktmacht reichen zurück bis zur Einführung von Erntemaschinen, Pestiziden und Chemiedüngern.

12 SUPERMÄRKTE: HOHE PREISE FÜR VIELE, GEWINNE FÜR WENIGE

Vier Handelsriesen kontrollieren heute fast den gesamten deutschen Lebensmittel-einzelhandel. Sie bestimmen, was produziert wird, welche Produkte in Regalen und Tiefkühltheken landen – und wer daran verdient.

14 LOBBYMACHT: WIE DIE AGRARINDUSTRIE DIE POLITIK KAPERT

Konzerne stellen viel Geld und Personal bereit, um Gesetze zu beeinflussen. Mit ihrer Lobby macht halten sie ein System am Laufen, das kleine Landwirtschaftsbetriebe verdrängt, Ökosysteme zerstört und eine gerechte und nachhaltige Lebensmittelproduktion verhindert.

16 BÄCKEREIEN

HANDWERK UND HANDELSRIESEN

Die nationale UNESCO-Kommission würdigt die deutsche Brotkultur wegen ihrer Qualität und Vielfalt als immaterielles Kulturerbe. Doch mittlerweile befinden sich wesentliche Teile der Wertschöpfungskette Getreide, Mehl und Backwaren in der Hand der Industrie. Und immer mehr traditionelle Handwerksbäckereien müssen schließen.

18 FLEISCH UND MILCH

KÜHE, KAPITAL, KLIMAKRISE

Fleisch- und Molkereikonzerne kämpfen mit ähnlichen Mitteln wie die Fossilindustrie gegen Klimapolitik. Ihre Lobbyarbeit und der politische Backlash blockieren den Versuch zahlreicher Staaten, die Konzerne für ihr klimaschädliches Geschäftsmodell in die Verantwortung zu nehmen.

20 WASSERPRIVATISIERUNG

DURST AUF PROFIT

Zugang zu sauberem Wasser ist seit 2010 als Menschenrecht anerkannt. Dennoch gerät die lebenswichtige Ressource immer stärker in den Fokus privater Konzerne. Sie pumpen Grund- und Quellwasser ab und verkaufen es mit Markenetikett gewinnbringend in der Flasche – oft zu einem Vielfachen des Preises von Leitungswasser.

22 ZUCKER: SÜSSES MIT BITTEREN FOLGEN

Viele Konzerne vermarkten ihre hochverarbeiteten Bonbons, Kekse und Schokoladen gezielt an Kinder. Das bringt ihnen schnelles Geld – und den Kindern langfristige Folgen für ihre Gesundheit. In Deutschland bleibt die Politik bislang tatenlos, während viele andere Länder längst strengere Regeln für die Industrie eingeführt haben.

24 PESTIZIDE IN ÖSTERREICH

VERBOTEN, ABER ERLAUBT

Viele für Tiere und Menschen gefährliche Agrarchemikalien, die längst ihre Zulassung in der EU verloren haben, dürfen noch immer in agrarisch bedeutsame Drittländer exportiert werden. Und österreichische Firmen sind beteiligt.

26 TFA-VERBREITUNG IN ÖSTERREICH

BEHÖRDEN UND GRENZWERTE

Die Industrie redet die Risiken der aus PFAS-Pestiziden entstehenden Ewigkeitschemikalie TFA klein. Über Jahrzehnte übernahmen Behörden diese Sicht – mit der Folge, dass PFAS-Pestizide zugelassen blieben und ihr die Fortpflanzung gefährdendes Abbauprodukt noch für Jahrhunderte in Umwelt, Lebensmitteln und Trinkwasser nachweisbar sein wird.

28 SAATGUT: PFLANZEN UNTER COPYRIGHT

Saatgut ist die Basis unserer Nahrung. Doch es gerät zunehmend unter die Kontrolle weniger multinationaler Konzerne. Beschleunigt wird

diese Entwicklung durch neue Gentechnik. All das verringert biologische Vielfalt und treibt Bäuer*innen auf der ganzen Welt in noch größere Abhängigkeit.

30 FUTTERMITTEL

WER HINTER DEM SOJA STECKT

Wenige Global Player kontrollieren den Handel mit Futtermitteln, für deren Anbau Regenwald und Savanne abgeholzt sowie Indigene vertrieben werden. Am Ende der Lieferkette landet das Soja von Konzernen wie Cargill unter anderem in europäischen Ställen im Futtertrog.

32 PREISE UND PROFITE

WER GEWINNT UND WER DRAUFZAHLT

Wie entstehen die Preise für Lebensmittel? Wie verteilen sich Gewinne entlang der Lieferkette? Das bleibt für Verbraucher*innen häufig undurchsichtig. Wissenschaftliche Studien zeigen: Preise kommen selten durch Angebot und Nachfrage zustande, sondern hängen von Machtverhältnissen ab.

34 PREISE IN ÖSTERREICH

UNGLEICH TEURE LEBENSMITTEL

Marktmechanismen funktionieren in Österreich nicht so, dass sie die Lebensmittelpreise ausreichend regulieren würden. Aber Genossenschaften für Produktion und Vermarktung und ein Verbund von Dorfläden zeigen: Es geht auch anders.

36 DIGITALISIERUNG: BIG TECH PFLÜGT UM

GPS-Sensoren, Cloud-Systeme und künstliche Intelligenz verändern die Landwirtschaft grundlegend. Wenige Konzerne kontrollieren den Markt und treiben Landwirtschaftsbetriebe weiter in die Abhängigkeit.

38 CHINA: DIE SAAT DER MACHT

Im globalen Ernährungssystem gaben lange Zeit vor allem US-amerikanische sowie einige europäische Konzerne den Ton an. Mittlerweile sortiert sich der Weltmarkt neu – die Konkurrenz aus China gewinnt immer größeren Einfluss. Viele der chinesischen Konzerne sind in Staatsbesitz: Ihr Aufstieg spiegelt daher nicht nur marktwirtschaftliche Dynamiken wider, sondern folgt einer gezielten Strategie der Regierung.

40 DEKARBONISIERUNG:

GRÜNER UMBAU MIT TÜCKEN

Unser Ernährungssystem belastet das Klima massiv. Technische Ansätze wie grüner

Wasserstoff für Dünger, Biosprit und Carbon Farming sollen Emissionen senken oder ausgleichen – doch statt Klimaneutralität schaffen sie neue Probleme.

42 NATURE CREDITS

NATUR ALS WARE

Die Europäische Union (EU) will mit der Hilfe privater Investoren nachhaltiger werden – und liefert die Natur deshalb Spekulanten aus. Doch um Ökosysteme und Artenvielfalt wirksam zu schützen, dürfen sie nicht länger wirtschaftlichen Interessen multinationaler Großkonzerne geopfert werden.

44 GENOSSENSCHAFTEN

IDEAL VERSUS KONZERNMACHT

Genossenschaften gelten als demokratisch organisiert. Mittlerweile agieren viele Genossenschaften in der Landwirtschaft jedoch wie internationale Großkonzerne, die sich am Kapitalmarkt statt am Gemeinwohl orientieren.

46 AGRARMARKT

MILCH, MACHT, MONOPOLE

Bauernhöfe leiden unter hohen Kosten und haben kaum Verhandlungsmacht: Entlang der gesamten Lieferkette stehen sie Großkonzernen gegenüber. Mit dem Kartellrecht könnte die Politik Bäuer*innen stärken. Davon würden auch Verbraucher*innen und die Umwelt stark profitieren.

48 PREISREGULATION

SCHUTZSCHILD GEGEN KRISEN

Kriege und Spekulation treiben die Preise für Agrarrohstoffe und Lebensmittel in die Höhe. Öffentliche Nahrungsmittelspeicher können gegen Preisschocks helfen.

50 ERNÄHRUNGSDEMOKRATIE

UNSERE TELLER, UNSERE ENTSCHEIDUNGEN

Ernährungsdemokratie kann dabei helfen, die Macht der Großkonzerne über den Anbau und Verkauf von Lebensmitteln zu brechen. Ernährungsräte und Modelle solidarischer Landwirtschaft ermöglichen faire Bezahlung für Bäuer*innen und fördern eine gesunde und regionale Ernährung.

52 ZUM NACHLESEN

AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

VORWORT

Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf, etwas zu essen, Wasser zum Trinken und Waschen sowie Energie und Wärme. Doch die Versorgung mit diesen lebenswichtigen Gütern liegt mittlerweile in den Händen weniger großer Konzerne – dadurch wird die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gefährdet. Denn wo die Versorgung mit diesen Gütern nicht im Sinne des Gemeinwohls gesichert werden kann, wachsen gesellschaftliche Spannungen und Misstrauen gegenüber der Politik.

In den vergangenen Jahren, die von wirtschaftlichen und geopolitischen Krisen geprägt waren, ist das besonders deutlich geworden. Die Coronapandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben gezeigt, wie fragil globale Agrarlieferketten sind und wie stark die Auswirkungen volatiler Öl- und Gaspreise sein können. Unser Ernährungssystem ist deshalb so anfällig für Krisen und Preisschocks, weil es stark konzentriert ist: auf wenige exportstarke Anbauländer und auf wenige Agrarkonzerne, die diese Grundnahrungsmittel erzeugen. Sie dominieren die Märkte – von den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln über das Saatgut, Pestizide, den Anbau der Nahrungsmittel, die Verarbeitung bis hin zum Einzelhandel. Diese massive Konzentration wurde erst durch die Liberalisierung der Agrarmärkte durch das WTO-Agrarabkommen von 1995 und bilaterale Handelsabkommen sowie die Liberalisierung von Finanzmärkten möglich.

In vielen Fällen profitieren diese Konzerne von steigenden und schwankenden Preisen. Als im Februar 2022 die russische Invasion der Ukraine begann, schossen nicht nur die Öl- und Gaspreise in die Höhe. Auch die Weizenpreise stiegen – in den ersten zwei Wochen nach der Invasion um fast 50 Prozent. Vermögensverwalter trieben Anleger*innen an, in Agrarrohstofffonds zu investieren. Die Folge: Zwischen Ende Februar und Anfang April 2022 flossen 1,2 Milliarden US-Dollar in Landwirtschafts-ETFs – sechsmal so viel wie im gesamten Jahr 2021. Die fünf größten Agrahandelskonzerne konnten dadurch ihre Gewinne im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt verdreifachen.

“ Wenige Konzerne diktieren derzeit, was angebaut, verkauft und uns aufgetischt wird

Gleichzeitig stieg die Zahl der hungernden Menschen im selben Jahr um 65 Millionen. Diese Ernährungsunsicherheit war das Ergebnis einer Preiskrise – und nicht einer tatsächlichen globalen Knappheit. Auch in Deutschland waren und sind die Auswirkungen dieser Preiskrise deutlich zu spüren: Zwischen 2020 und März 2025 stiegen die Lebensmittelpreise um 36,2 Prozent. Die Monopolkommission, ein unabhängiges Beratungsgremium der deutschen Bundesregierung, hat herausgefunden, dass die verarbeitende Industrie und der Lebensmitteleinzelhandel ihre Preisaufschläge in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben. Bei Landwirt*innen kommt davon allerdings wenig an. Immer mehr Bauernhöfe müssen aufgeben.

Auch in Österreich spüren Menschen die steigenden Lebensmittelpreise. Hinzu kommt, dass die Agrarkonzerne hier noch einen „Österreich-Aufschlag“ verrechnen. Dadurch sind identische Markenprodukte in Österreich deutlich teurer als in Deutschland. Territoriale Lieferbeschränkungen durch die internationalen Markenartikelhersteller hindern Einzelhändler daran, Produkte aus dem Mitgliedstaat ihrer Wahl zu den bestmöglichen Marktbedingungen zu beziehen.

Während die Profite also bei einer kleinen Gruppe von Konzernen und deren Anteilseigner*innen landen, müssen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen die Kosten der Krisen tragen. Die Konzentration im Ernährungssystem verschärft somit soziale Ungleichheit und den Druck auf Böden, Wasser und Luft. Doch wie genau erfolgt diese ungleiche Wertschöpfung entlang der Lieferketten bis zu unseren Tellern? Wie konnte es zu der enormen Konzentration im Agrar- und Ernährungssektor kommen? Diesen Fragen geht der Konzernatlas 2026 im Detail nach. Wir beleuchten

sowohl historische Entwicklungen als auch aktuelle Beispiele für besonders konzentrierte Märkte: den Pestizidsektor, den Getreide- und Sojahandel und den Lebensmitteleinzelhandel. Und wir wollen zeigen, wie sich das stark konzentrierte Ernährungssystem auf Mensch und Umwelt auswirkt.

Damit die großen Agrarkonzerne an ihrem Geschäftsmodell nichts ändern müssen, haben sie eine erhebliche Lobby macht aufgebaut. Auf diese Weise nehmen Agrar- und Ernährungskonzerne direkten Einfluss auf die Politik und verhindern oft Gesetze zum Schutz der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit. So spielen global tätige Fleischkonzerne mit gekauften Studien gezielt den Beitrag der Tierhaltung zur Klimakrise herunter. Und Pestizidkonzerne versuchen immer wieder, auf die Zulassung ihrer Produkte Einfluss zu nehmen. Zuletzt haben sie auf EU-Ebene nachweislich dazu beigetragen, dass der Vorschlag einer gesetzlichen Pestizidreduktion um 50 Prozent im EU-Parlament keine Mehrheit fand. Ein weiteres Beispiel sind Lebensmittelkonzerne, die viel Geld ausgeben, um ihre oft gesundheitsschädlichen Produkte zu bewerben. So ist es ihnen bis heute gelungen, ein Verbot für an Kinder gerichtete Werbung in Deutschland zu verhindern.

In Deutschland teilen sich vier Supermarktketten 88 Prozent des Marktes auf. In Österreich ist die Konzentration noch höher: Vier Ketten kontrollieren 94 Prozent des Lebensmittelmarktes. Die konzentrierte Marktmacht ermöglicht es den Konzernen, Preise zu diktieren. Landwirt*innen haben keinen Einfluss auf die Preise für ihre Betriebsmittel wie Pestizide, Düngemittel oder Landmaschinen. Sie können gestiegene Produktionskosten meist aber auch nicht weiterreichen, da ihnen die Preise in der Regel vorgegeben werden – durch den Lebensmitteleinzelhandel oder durch Akteure aus dem verarbeitenden Sektor wie Molkereien. Landwirt*innen sind somit sogenannte Preisnehmer*innen. Denn während etwa ein Supermarkt zwischen vielen landwirtschaftlichen

Von Preisaufschlägen kommt bei Landwirt*innen nur wenig an

Betrieben wählen und von den günstigsten kaufen kann, hat ein Agrarbetrieb weit weniger Möglichkeiten, seine Produkte zu vermarkten.

Die Lobby- und Preissetzungsmacht großer Agrar- und Ernährungskonzerne zementiert ein Produktionsmodell, das nicht nachhaltig ist: Es beutet Umwelt und Beschäftigte aus, befeuert die Klimakrise und bringt oft gesundheitsschädliche, pestizidbelastete Produkte hervor. Doch dass wenige Konzerne unseren Speiseplan diktieren, muss nicht so sein. Mit dem Konzernatlas 2026 wollen wir auch aufzeigen, welche politischen Weichen gestellt werden müssen, um die Konzernmacht im Ernährungssystem zu beschränken.

Die Ideen reichen von kartellrechtlichen Maßnahmen über zentrale Preisbeobachtungsstellen und Modelle für faire Preisverhandlungen bis hin zu öffentlichen Lager- und Beschaffungssystemen für Lebensmittel, die zur Preisregulierung beitragen. Und auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie sich Bürger*innen und Verwaltung für eine gemeinwohlorientierte Ernährungspolitik starkmachen können – denn was auf unseren Tellern landet, sollten wir selbst bestimmen. Wir hoffen, mit dem Konzernatlas 2026 viele inspirierende Beispiele liefern zu können, und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Imme Scholz
Heinrich-Böll-Stiftung

Alexandra Strickner
GLOBAL 2000

Christian Russau
Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER KONZERNE

1

Wenige Konzerne bestimmen über unser Essen. Sie dominieren die Märkte für **PESTIZIDE, DÜNGER, SAATGUT UND LANDMASCHINEN** und zementieren ein industrielles Agrarmodell.

2

Ernährungssysteme verursachen rund **EIN DRITTEL DER WELTWEITEN TREIBHAUSGASE**. Fleisch- und Milchkonzerne verantworten teils so viele Emissionen wie mancher Ölkonzern.

3

In Österreich kontrollieren **VIER SUPERMARKTKETTEN ÜBER 90 PROZENT DES LEBENSMITTELEINZELHANDELS**. Mit dieser Marktmacht können die Konzerne Preise diktieren und den Erlös der Erzeuger*innen drücken.

5

Globale Konzerne nutzen schwächere Schutzstandards im Ausland, um ihr Geschäft auszubauen – **AUF KOSTEN VON GESUNDHEIT UND UMWELT**. 2024 genehmigte die Europäische Union (EU) den Export von über 120.000 Tonnen Pestiziden, die innerhalb Europas verboten sind.

4

Das Konzerndiktat macht Ernährung einseitiger. **ZUCKER- UND FETTHALTIGE PRODUKTE** versprechen schnelle Gewinne und hohe Dividenden. Die Folgen sind gravierend: In Deutschland und Österreich ist circa **JEDER SIEBTE TODESFALL** auf ungesunde Ernährung zurückzuführen.

6

Multis wie **COCA-COLA, NESTLÉ ODER DANONE** pumpen Grundwasser ab, füllen es in Flaschen und verkaufen es für ein Vielfaches des Leitungswasserpreises.

7

Damit die Agrarindustrie an ihrem Geschäftsmodell nichts ändern muss, betreibt sie **SEHR UMFANGREICHE LOBBYARBEIT**. Allein 50 Millionen Euro haben Konzerne und Verbände eingesetzt, um eine EU-Verordnung zu verhindern, die den Pestizideinsatz halbieren sollte.

8

Ein **WICHTIGES INSTRUMENT GEGEN DAS OLIGOPOL** der Großkonzerne ist das **KARTELLRECHT**. In Deutschland muss das Bundeskartellamt und in Österreich die Bundeswettbewerbsbehörde die zunehmende Marktkonzentration von Konzernen prüfen.

9

Oft ist **SPEKULATION** für Inflation und steigende **NAHRUNGSMITTELPREISE** verantwortlich. Sie macht wenige reich und stürzt viele Menschen weltweit in **HUNGER UND ARMUT**.

10

Künstliche Intelligenz, selbstfahrende Traktoren, Roboter-Mähdrescher: Die **DIGITALISIERUNG** kann Landwirt*innen die Arbeit erleichtern. Sie vergrößert aber auch die **ABHÄNGIGKEIT VON KONZERNRIESEN** wie Amazon, Microsoft, Bayer & Co.

11

Immer mehr Bauernhöfe geben auf, weil sie wegen der **MARKTMACHT DER GROSSKONZERNE** kaum noch ihre Kosten decken können. **FAIRE PREISE** sind eine Frage der politischen Gestaltung: Schlachthöfe, Molkereien, Supermärkte sollten EU-weit verpflichtet werden, Landwirt*innen kostendeckende Preise zu zahlen.

12

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, Gesundheit, Klima, Biodiversität, gute Arbeit und regionale Versorgung zu sichern. **ERNÄHRUNGSDEMOKRATIE** heißt: Nicht Konzerne bestimmen über unseren Speiseplan, sondern alle Beteiligten gestalten gemeinsam **EIN GERECHTERES ERNÄHRUNGSSYSTEM** – von Landwirt*innen bis Verbraucher*innen.

WIE DER ACKER ZUR FABRIK WURDE

Wenige Konzerne entscheiden, was auf dem Feld, im Supermarktregal und auf unserem Teller landet. Kleine Höfe und die Natur geraten dadurch immer stärker unter Druck. Die historischen Wurzeln dieser Marktmacht reichen zurück bis zur Einführung von Erntemaschinen, Pestiziden und Chemiedünger.

Dass sich Bäuer*innen ihre Produktionsmittel auf dem Markt beschaffen, ist historisch gesehen ein recht neues Phänomen. Noch vor knapp 200 Jahren zogen sie ihr Saatgut selbst, fertigten ihre Werkzeuge eigenhändig und düngten mit Abfällen und Mist vom eigenen Hof. Hecken, Baumreihen, Fruchtfolgen und Feuchtbiotope schufen Lebensräume für Nützlinge wie Vögel, Spinnen oder Raubinsekten, um Schädlinge in Schach zu halten.

Mit der Industrialisierung änderte sich all das grundlegend. Ab den 1830er-Jahren hielten bahnbrechende Neuerungen wie die mechanische Erntemaschine und der Stahlpflug Einzug: Mit weniger Arbeitskraft ließ

sich nun deutlich mehr Fläche bearbeiten. Gleichzeitig nahm der Handel mit stickstoffhaltigem Guano sowie Kalium und Phosphor zu, das zum Beispiel aus Knochen oder Gestein gewonnen wurde. Diese Substanzen fördern das Pflanzenwachstum. Durch gezielte Düngung wurden plötzlich immer höhere Erträge und der Anbau auf immer größeren Flächen möglich.

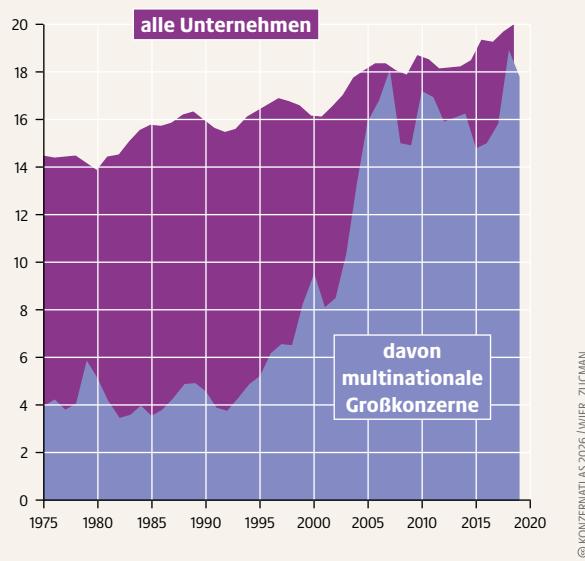
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahm das industrielle Agrarmodell weiter Fahrt auf, etwa durch die Einführung von kraftstoffbetriebenen Traktoren. Neu war auch Agrarchemie: Auf Äckern und Feldern landeten nun synthetischer Stickstoffdünger, Pestizide aus dem Labor sowie Hybrid-Saatgut, das besonders ertragreiche Pflanzen hervorbringen soll. Auch politische Initiativen wie der Agricultural Adjustment Act (AAA) im Rahmen des New Deals ab den frühen 1930er-Jahren in den USA trugen zum Vormarsch der industriellen Landwirtschaft bei, wodurch die führenden Konzerne im Agrarinputsektor profitierten. Bereits Ende des Jahrzehnts prägten vielerorts großflächige Monokulturen das Bild, die stark auf Maschinen, chemische Betriebsmittel und zugekaufte Saatgut angewiesen waren.

Durch die Ausbreitung industrieller Anbaumethoden entstanden schnell stabile Absatzmärkte mit lukrativen Renditen. Früh etablierte Unternehmen entwickelten sich rasch zu dominanten Akteuren – zuerst in Nordamerika und Europa, später weltweit. Im 19. Jahrhundert entstanden die Agrarchemiekonzerne Bayer und BASF und der Landmaschinenhersteller Deere & Company, die allesamt bis heute existieren. Im Laufe ihrer Geschichte haben sie zahlreiche Konkurrenten geschluckt und konnten sich auch dadurch immer mehr Marktanteile sichern. Auch die Wurzeln des jungen Global Players Corteva Agriscience reichen teilweise bis weit in das 19. Jahrhundert zurück: Das Unternehmen entstand als Ausgründung der zuvor fusionierten Agrarchemiegiganten Dow und DuPont.

Die Konzentration setzte zunächst in wenigen Ländern ein, die über große Graslandflächen verfügten. Diese Gebiete wurden oft gewaltsam angeeignet und in industrielle Agrarflächen umgewandelt. Anders gesagt: Indigene und lokale Gemeinschaften wurden

DIE GROSSEN WERDEN IMMER REICHER

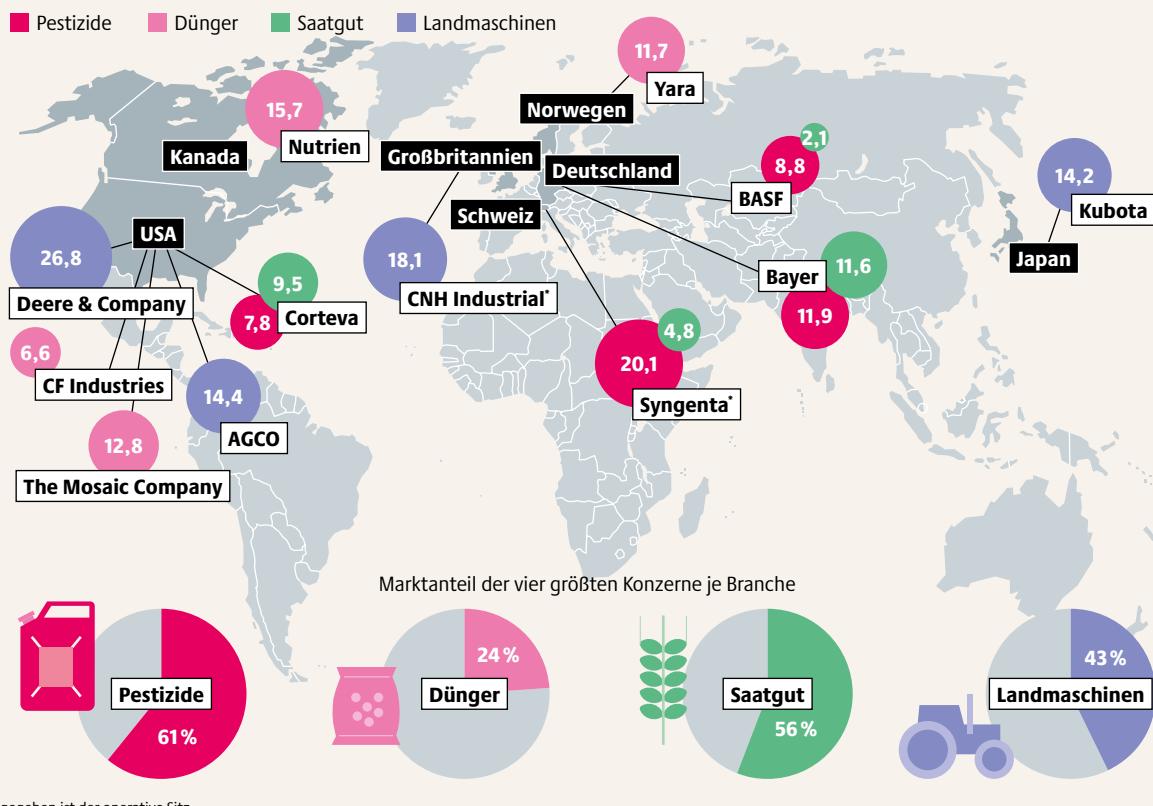
Unternehmensgewinne weltweit, Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt abzüglich Kapitalabschreibungen, in Prozent



Die Lebensmittelbranche hat viele Milliardäre produziert. Der reichste Deutsche: Dieter Schwarz. Der Lidl-Gründer besitzt 46,5 Milliarden Euro

WER UNSERE SPEISEPLÄNE BEEINFLUSST

Die jeweils vier größten Agrarkonzerne der Welt nach Sektor im Jahr 2023, Umsatz in Milliarden US-Dollar



© KONZERNATLAS 2026 | ETC GROUP, GRAIN

vertrieben, um Raum für Siedler*innen und landwirtschaftliche Expansion zu schaffen. Vor allem die USA, Kanada, die Ukraine, Australien und Argentinien setzten früh auf industrielle Methoden, um große Mengen Getreide für den Export produzieren zu können. Die Dampfschifffahrt und der Ausbau von Eisenbahnnetzen machte es ihnen ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer leichter, ihre Überschüsse zunächst nach Europa und später in die ganze Welt zu exportieren. Bis heute sind diese Länder zentrale Akteure im globalen Getreidehandel geblieben.

Parallel zum wachsenden Getreidehandel entstanden zunehmend finanziisierte Rohstoffmärkte, also: Märkte, auf denen Agrarprodukte nicht nur gehandelt, sondern auch als Investitionsobjekte genutzt werden. Diese Märkte werden von wenigen internationalen Großhändlern kontrolliert. Zwar entstanden landwirtschaftliche Warenterminbörsen bereits ab dem 17. Jahrhundert, damit sich Landwirt*innen gegen Preisschwankungen vor der Erntesaison absichern konnten – etwa die Dojima-Reisbörse in Japan oder der Kaffee- und Gewürzhandel an der Amsterdamer Börse. Doch rasant an Bedeutung gewannen diese Märkte vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts, vor allem nach dem Wegfall britischer Kornzölle im Jahr 1846. Es entstanden damals einige wenige große und einflussrei-

**Marktmacht ist Ergebnis mangelnder Regulierung.
Zulasten fast aller: Großkonzerne steigern ihren Profit, indem sie Löhne drücken und Preise erhöhen**

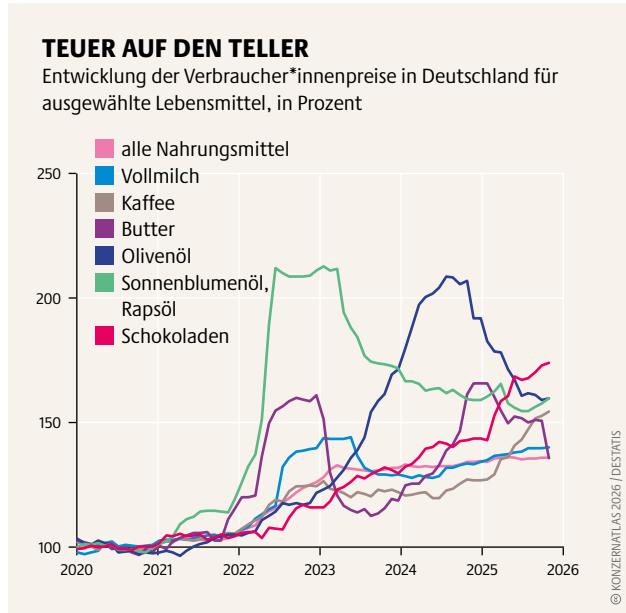
che Getreidehandelsunternehmen, die den globalen Getreidehandel bis heute dominieren: Bunge, Louis Dreyfus Company (LDC), Cargill und Archer Daniels Midland (ADM).

Zivilgesellschaftliche und bürgerliche Organisationen kritisieren, dass heute das globale industrielle Ernährungssystem von einer kleinen Zahl sehr großer, sehr mächtiger Konzerne beherrscht wird. Und das entlang der gesamten Lieferkette: von der landwirtschaftlichen Produktion über die Verarbeitung bis hin zum Lebensmitteleinzelhandel. Diese Machtkonzentration cementiert ein einseitiges Produktionsmodell. Es sichert einigen wenigen global agierenden Konzernen die Profite und gefährdet gleichzeitig eine selbstbestimmte, gesunde und vielfältige Ernährung. Monokulturen, hoher Pestizid- und Düngereinsatz und intensive Ressourcennutzung haben gravierende ökologische Folgen: Bodenerosion, Artenverlust und Klimabelastung. Und für kleine Höfe steigt der wirtschaftliche Druck. Sie werden von marktbeherrschenden Zulieferern und Abnehmern abhängig und haben kaum noch Spielraum für eine umweltfreundliche Bewirtschaftung. ●

HOHE PREISE FÜR VIELE, GEWINNE FÜR WENIGE

Vier Handelsriesen kontrollieren heute fast den gesamten deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Sie bestimmen, was produziert wird, welche Produkte in Regalen und Tiefkühltheken landen – und wer daran verdient.

In Deutschland sind die Lebensmittelpreise zwischen 2020 und Oktober 2025 um 36,1 Prozent gestiegen – und damit deutlich stärker als die allgemeine Inflation, die in diesem Zeitraum bei 23 Prozent lag. Der größte Preissprung erfolgte im Jahr 2022. Zurückgeführt wurde das häufig auf Engpässe bei bestimmten Waren und steigende Preise für Energie und Agrarrohstoffe nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Doch das kann den Preisanstieg nicht vollständig erklären. Eine bedeutende Rolle spielt auch Spekulation: Unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion begannen Investoren, verstärkt in Agrarrohstoffe anzulegen und dadurch die Preise hochzutreiben. Viele Konzerne aus dem Bereich Dünger und Agrarhandel verzeichneten in dieser Zeit Rekordgewinne. Obwohl die Energie- und Agrarrohstoffpreise ab Mitte 2022 wieder deutlich sanken und sich die Lieferbeziehungen normalisierten, blieben die Lebensmittelpreise hoch.



Von gestiegenen Preisen im Laden profitieren die Erzeuger*innen nur geringfügig. Der Handel reicht die Mehreinnahmen nur langsam und unvollständig an Bäuer*innen weiter. Deren wirtschaftliche Situation wird immer schwieriger. Und im Bereich der Lebensmittelverarbeitung geraten selbst mittelständische Unternehmen in Bedrängnis, während Großkonzerne wie Nestlé, Unilever und AB Inbev ihre Gewinne weiter steigern können.

Unter dem Strich profitierten also in erster Linie jene Konzerne, die die Märkte immer stärker unter sich aufteilen können. Die hohe Konzentration zeigt sich sehr deutlich beim Blick auf das letzte Glied der Lieferkette – den Lebensmitteleinzelhandel. Aktuell kontrollieren die vier großen Supermarktketten bereits rund 88 Prozent des Marktes: Aldi, Edeka (mit Netto), Rewe (mit Penny) und die Schwarz-Gruppe (mit Lidl und Kaufland). Im Jahr 1995 lag der Marktanteil der vier Konzerne noch bei 55 Prozent.

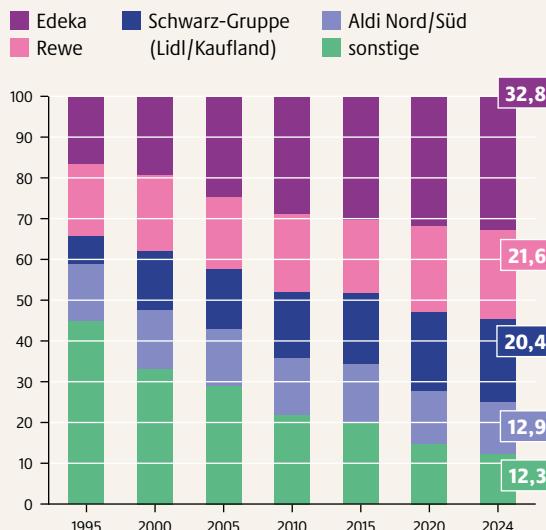
Mit ihrer heutigen Marktmacht haben die Supermarktketten ein enormes Druckmittel gegenüber ihren Lieferanten. Sie können ihre Einkaufspreise niedrig halten und gleichzeitig die Preise für Verbraucher*innen erhöhen. Die deutsche Monopolkommission – ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung – warnt in ihrem Sondergutachten 2025 vor dem eingeschränkten Wettbewerb im Lebensmitteleinzelhandel. Aus der Oligopolstruktur folgt, dass sich die Gewinnmargen verschieben: weg von der Landwirtschaft, hin zur verarbeitenden Industrie und vor allem zum Handel.

Der Preisdruck wird an die Landwirtschaft weitergegeben und mindert Einkommen von Bäuer*innen und Löhne von Landarbeiter*innen. Über viele Jahre galt etwa der sogenannte Aldi-Preis als Richtwert für den Preis einer Kiste Bananen, an dem sich der gesamte Einzelhandel orientiert. Oft lag er zu niedrig, um Kosten zu decken, was regelmäßig für Proteste von Anbauverbänden in Lateinamerika sorgte. Auf vielen Plantagen erhalten Feldarbeiter*innen Löhne, die nicht zum Leben reichen. Ihr Alltag ist geprägt von Diskriminierung, Pestizidvergiftungen und Arbeitsrechtsverlet-

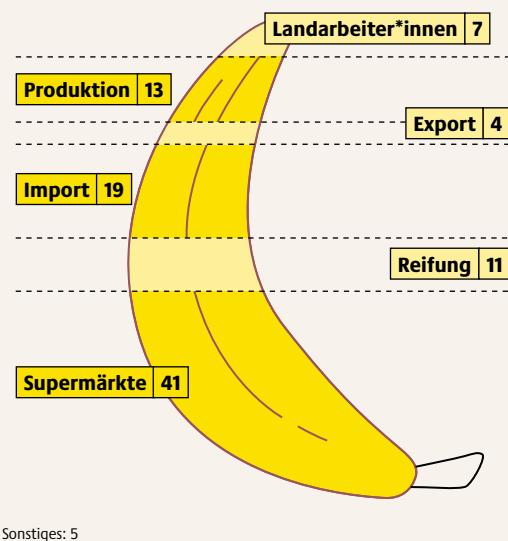
Löhne halten mit dem Preisanstieg nicht Schritt:
Seit 2020 hat sich die Kaufkraft in Deutschland für Lebensmittel um über 15 Prozentpunkte verringert

WER DOMINIERT, DER PROFITIERT

Entwicklung der Marktanteile im Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland, in Prozent



Anteil an der Wertschöpfung entlang der Lieferkette einer Banane aus den wichtigsten Lieferländern der EU, in Prozent



© KONZERNATLAS 2026 / BASIC, SOLVE ECONOMICS

zungen. Wer sich gewerkschaftlich organisieren will, wird unter Druck gesetzt oder direkt entlassen.

Angesichts dieser Missstände sollen neue Lieferketten gesetze in Deutschland und der EU dabei helfen, Landarbeiter*innen besser zu schützen. Sie verpflichten Konzerne erstmals, ihre Handelspraktiken zu prüfen und gegen Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Dass dies tatsächlich funktioniert, belegt ein Fall aus Ecuador: Nach einer Oxfam-Beschwerde im Jahr 2023 musste der Produzent Otisgraf anfangen, Überstunden auszuzahlen. Heute verdienen seine Beschäftigten mehr als doppelt so viel.

Weitergehende Maßnahmen gegen die Übermacht der Handelskonzerne und deren intransparente Preisgestaltung sind ebenfalls dringend nötig, darunter Entflechtungen von marktbeherrschenden Konzernen, um mehr Wettbewerb zu ermöglichen. Die Konzerne bestreiten zwar, die allgemeine Inflation ausgenutzt zu haben, um Preise und damit ihre Gewinnmargen gezielt zu erhöhen. Verantwortlich für Teuerungen seien vielmehr überzogene Forderungen der Markenhersteller. Doch der Branche mangelt es an Transparenz: Deutsche Supermärkte sind nicht börsennotiert und müssen keine Rechenschaft gegenüber Aktionär*innen ablegen. Auch ihre Margenkalkulationen bleiben im Dunkeln. Anders als in Spanien und Frankreich gibt es in Deutschland keine staatlichen Preis- und Marginenbeobachtungsstellen, die entlang

In Ecuador, wo Bananen für Deutschland angebaut werden, kritisieren Gewerkschaften die systematische Verletzung von Menschenrechten auf Plantagen

der Lieferkette vom landwirtschaftlichen Betrieb bis zum Supermarktregal analysieren, wo Preissteigerungen entstehen und übermäßige Gewinne abgeschoepft werden. Einen Hinweis auf Mitnahmeeffekte liefert aber der auffällige Preisanstieg ihrer Eigenmarken, bei denen die Supermärkte eine direktere Kontrolle über Produktion und Preisgestaltung haben. Zwischen 2022 und 2023 verteuerten sich Eigenmarken im Schnitt doppelt so stark wie Markenprodukte. ●

EDEKA IST SCHLUSSLICHT

Bewertung, wie umfangreich Supermärkte Menschenrechte entlang der Lieferkette einhalten, in Prozent, 2022

	Lidl	Aldi Süd	Aldi Nord	Rewe	Edeka
Gesamtwertung	59	56	49	48	11
Transparenz	65	65	63	58	17
Arbeiter*innen-rechte	67	63	46	54	13
Umgang mit Kleinbauer*innen	54	54	46	50	13
Frauenrechte	48	40	43	29	0

© KONZERNATLAS 2026 / OXFAM

Oxfam hat untersucht: Kommen Handelsriesen ihrer großen Verantwortung nach? Wie gehen sie mit Kleinbauer*innen um? Wie prüfen sie Zulieferer?

WIE DIE AGRARINDUSTRIE DIE POLITIK KAPERT

Konzerne stellen viel Geld und Personal bereit, um Gesetze zu beeinflussen. Mit ihrer Lobbymachthalten sie ein System am Laufen, das kleine Landwirtschaftsbetriebe verdrängt, Ökosysteme zerstört und eine gerechte und nachhaltige Lebensmittelproduktion verhindert.

Mit dem Green Deal hat die Europäische Union (EU) in den letzten Jahren versucht, die Landwirtschaft nachhaltig umzubauen. So sollte zum Beispiel die Farm-to-Fork-Strategie den Pestizideinsatz in Europa bis 2030 um die Hälfte reduzieren. Mit einer beispiellosen Lobbykampagne hat es die Agrarchemiebranche in der vergangenen Legislaturperiode geschafft, dieses Ziel zu untergraben. Dafür gaben neun Lobbygruppen allein zwischen 2020 und 2023 zusammen über 50 Millionen Euro aus. Die Zahl stammt aus dem EU-Transparenzregister, das auf konzerneigenen Angaben aufbaut. Es kann davon aus-

gegangen werden, dass die tatsächlichen Ausgaben noch viel höher lagen. Gewerkschaften oder zivilgesellschaftliche Organisationen können solche Summen nicht einmal ansatzweise aufbringen.

Lobbykampagnen werden meistens von Branchenverbänden orchestriert. Über 1.500 solcher Verbände sind in Brüssel aktiv. Um Zugang zu Entscheidungsträger*innen zu erhalten, greifen Konzerne außerdem auf teure Agenturen, PR-Firmen, Kanzleien und Thinktanks zurück. Eine große Rolle spielt das sogenannte Drehtür-Phänomen: Politiker*innen oder hochrangige Beamte*innen wechseln in hohe Positionen bei Lobbyverbänden oder Konzernen, wo sie ihr Insiderwissen und ihre Netzwerke einbringen.

Die Zulassungsverfahren der EU und nationaler Regierungen bestimmen, welche Produkte auf den Markt kommen. Dem Anspruch nach sollen sie objektiv und wissenschaftlich fundiert sein. Doch seit Jahrzehnten versucht die Chemie- und Pestizidindustrie, unabhängige Forschung zu untergraben: Lobbygruppen drängen auf industriefreundliche Bewertungsmethoden oder säen Zweifel an den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Gefährlichkeit ihrer Produkte.

Geleakte Dokumente belegen, dass die Kampagne der Pestizidindustrie gegen das Pestizidreduktionsziel der EU in Abstimmung mit dem großen Agrarlobbyverband Copa-Cogeca erfolgt ist. Dieser Verband beansprucht, alle europäischen Landwirt*innen zu vertreten. Seine engen Verbindungen zur Agrarindustrie lassen diese Selbstdarstellung fragwürdig erscheinen. Die Organisation CropLife Europe wiederum arbeitet für Konzerne wie Bayer, BASF und Syngenta. Genau wie Copa-Cogeca hat auch CropLife Europe von Privatuniversitäten Studien zur Folgeabschätzung erstellen lassen. Diese Studien sollten suggerieren, dass die Farm-to-Fork-Strategie der EU die Ernährungssicherheit in Europa gefährden würde. Insgesamt wurden sechs solcher Studien finanziert und veröffentlicht – neben CropLife Europe und Copa-Cogeca noch von der Fleischlobbyplattform European Livestock Voice, dem Saatgutsektor-Lobbyverband Euroseeds, der Getreidehändler-Lobby Cocal, der deutschen Agrarallianz

HINTER VERSCHLOSSENEN TÜREN

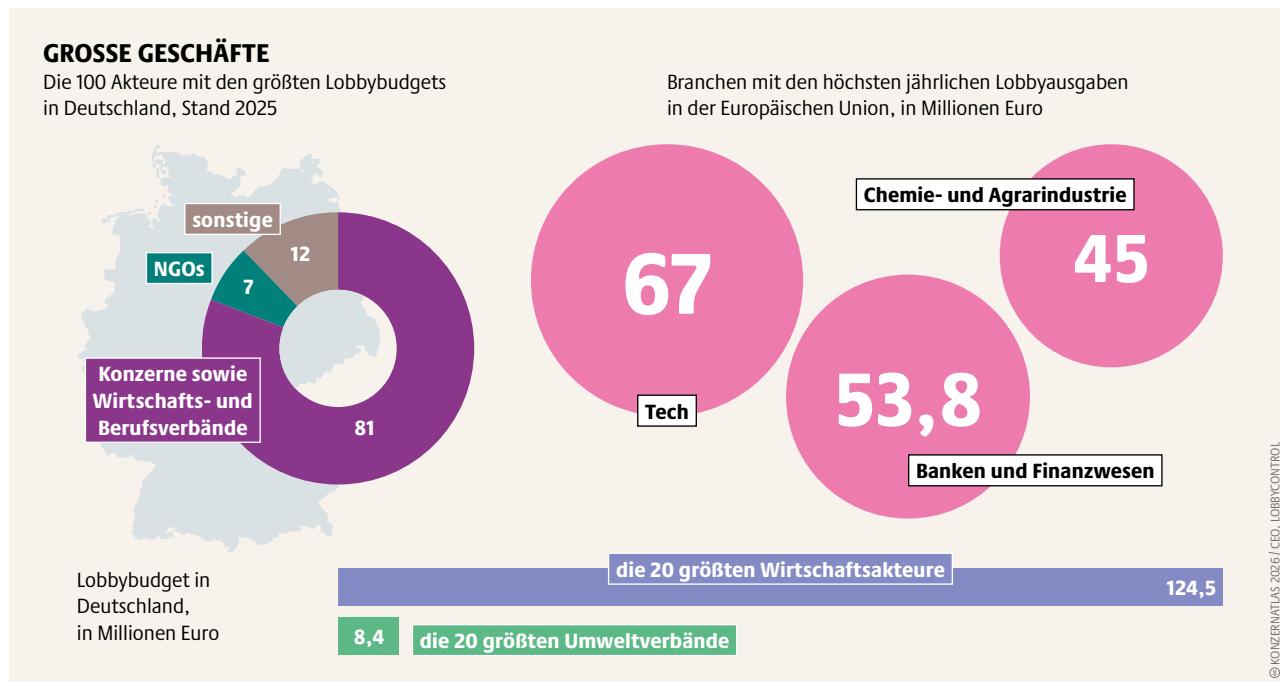
Reaktion der 27 EU-Mitgliedstaaten auf die Anfrage, ob sich Vertreter*innen 2023 und 2024 im Zuge der Verhandlungen des Pestizidreduktionsgesetzes mit Lobbyverbänden getroffen haben



Auf Nachfrage veröffentlichten nur **Schweden, Estland** und **Belgien** eine Liste ihrer Treffen mit Lobbyist*innen. **Litauen** und **Finnland** erklärten, dass keine solche Treffen stattgefunden hätten. Deutschland wies darauf hin, dass die Bearbeitung einer entsprechenden Anfrage **bis zu 500 Euro** kosten könne – eine erhebliche Hürde für Transparenz. Viele andere Länder reagierten gar nicht erst auf die Anfrage oder erklärten, Auskunft zu verweigern.

© KONZERNATLAS 2026 / CEO

30 Milliarden Euro haben Konzerne 2025 in der EU mit Pestiziden umgesetzt. Um ihre Profite zu schützen, investieren sie große Summen in Lobbyismus



Grain Club und sogar vom US-Landwirtschaftsministerium (USDA), einem wichtigen Verbündeten der europäischen Agrarindustrie. Lobbyist*innen haben diese von ihnen selbst beauftragten Studien dann genutzt, um Politiker*innen mit Briefen und bei Veranstaltungen unter Druck zu setzen.

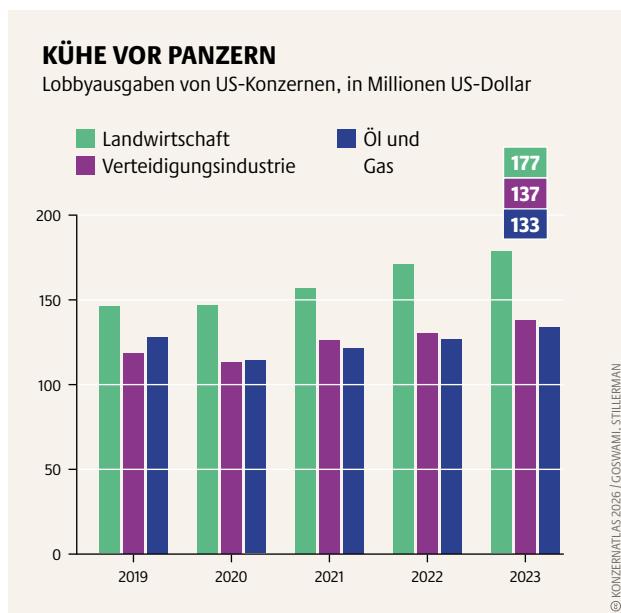
Umweltorganisationen, wissenschaftliche Institute und auch das Forschungszentrum der Europäischen Kommission üben scharfe Kritik an den Studien der Industrie. Der Vorwurf: Sie blenden Aspekte aus, die Konzerninteressen widersprechen. Besonders bemängelt wird, dass die Studien erwartbare Vorteile der Farm-to-Fork-Maßnahmen weitgehend ignorieren. So werden etwa vermeintliche Ertragseinbußen durch weniger Pestizide nicht den positiven Effekten gegenübergestellt, die alternative Verfahren auf die Ernte haben können.

Über 6.000 Wissenschaftler*innen haben sich öffentlich hinter das EU-Ziel der Pestizidreduktion gestellt. Trotzdem konnten rechte und konservative EU-Parlamentarier*innen das Gesetz so stark verwässern, dass es letztlich zurückgezogen wurde. Ein großer Erfolg für die Industrie und ihre Lobby: Nun tragen die Steuerzahler*innen weiterhin die sozialen und ökologischen Kosten des Pestizideinsatzes und die Profite bleiben bei den Konzernen.

Die Lobbymacht ist jedoch kein Naturgesetz: Die Politik hat zahlreiche Möglichkeiten, den politischen Einfluss der Konzerne im Sinne des Gemeinwohls zu

In Deutschland ist das Lobbybudget von Großkonzernen 15-mal so hoch wie das von Umweltverbänden. Das sichert ihnen enormen Einfluss auf die Politik

begrenzen. Ein Vorbild dafür ist das Vorgehen der Vereinten Nationen gegen die Tabakindustrie: Ihr wurde durch internationale Regelungen das Lobbyieren im Bereich öffentlicher Gesundheit erschwert. Klimaaktivist*innen fordern Ähnliches für die Fossilindustrie, damit klimapolitische Debatten nicht gekapert werden. Und in diesem Sinne sollten Regierungen auch Pestizidkonzerne von politischen Entscheidungen fernhalten, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern. ●



Initiativen, die sich für ein gerechtes Ernährungssystem einsetzen, fehlt häufig Geld, Personal und Einfluss, um mit Konzernen und Industrieverbänden mithalten

HANDWERK UND HANDELSRIESEN

Die nationale UNESCO-Kommission würdigt die deutsche Brotkultur wegen ihrer Qualität und Vielfalt als immaterielles Kulturerbe. Doch mittlerweile befinden sich wesentliche Teile der Wertschöpfungskette Getreide, Mehl und Backwaren in der Hand der Industrie. Und immer mehr traditionelle Handwerksbäckereien müssen schließen.

Vier Supermarktketten erzielen zusammen rund 88 Prozent des Umsatzes des deutschen Lebensmitteleinzelhandels – und kontrollieren damit in weiten Teilen auch den Absatz von Brot und Backwaren. Dass sich die Vertriebswege durch dieses Oligopol verengen, gilt auch für Biowaren. Seit die marktbeherrschenden Supermärkte ihre Dominanz ausspielen, geraten kleinere Händler in die Krise. Wenn regionale und lokale Biobäckereien, Bioläden oder Reformhäuser schließen, verschwindet damit auch die Angebotsvielfalt für hochwertige Lebensmittel.

Mittlerweile stammt das gesamte Sortiment im Supermarkt fast nur noch von einigen wenigen Großbäckereien. Oft handelt es sich dabei um vorverpackte, tiefgekühlte Brote oder Aufbackprodukte. Jedes vierte verkaufte Brot im Jahr 2024 war Toast aus meist industrieller Produktion. Mit Abstand führend im Brot- und Backwarenmarkt in Deutschland ist die Harry-Brot GmbH.

Mit einem Marktanteil von über 40 Prozent beliefert sie die Selbstbedienungsregale des Lebensmitteleinzelhandels mit industriell verpackten, verzehrfertigen Brot und Brötchen. Und der Konzern wächst weiter: Im Frühjahr 2025 hat das Bundeskartellamt genehmigt, dass Harry-Brot die Glockenbrot Bäckerei GmbH & Co OHG übernehmen darf, die zuvor zur REWE-Gruppe gehörte. Der zweitgrößte industrielle Backwarenhersteller in Deutschland ist die Lieken GmbH. Sie wurde 2013 von der tschechischen Agrofert-Gruppe aufgekauft, die zu den größten Agrar- und Lebensmittelkonzernen Mitteleuropas zählt und die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt, von der Düngerproduktion über Saatgut und Landwirtschaft bis zur Lebensmittelherstellung.

Die Machtfülle industrieller Hersteller und Großfilialisten drängt Selbstständige in der Landwirtschaft und im Lebensmittelhandwerk zunehmend aus dem Wettbewerb. Sie finden unter den gegebenen Umständen oftmals keine Nachfolge mehr oder schließen ihre Betriebe – wegen schlechter wirtschaftlicher Perspektiven, Überlastung oder nicht zu bewältigender bürokratischer Lasten. Seit 1950 ist die Zahl der Handwerksbäckereien um über 80 Prozent zurückgegangen.

Große Akteure wie Private-Equity-Gesellschaften und Handelsketten stecken längst auch hinter vielen Bäckereifilialisten, die auf den ersten Blick wie familiengeführte Handwerksbäckereien wirken. Das größte Netz an scheinbar selbstständigen Bäckereien gehörte im Jahr 2025 der Edeka-Gruppe: Sie hat zahlreiche klassische Bäckereien übernommen und als Tochterunternehmen in ihre Struktur integriert. Die Edeka-Gruppe betreibt deutschlandweit deutlich über 1.000 Filialen unter Namen wie Dallmeyers Backhus, von Allwörden, Bäckerei Büsch, Backstube Wünsche oder Schäfer's.

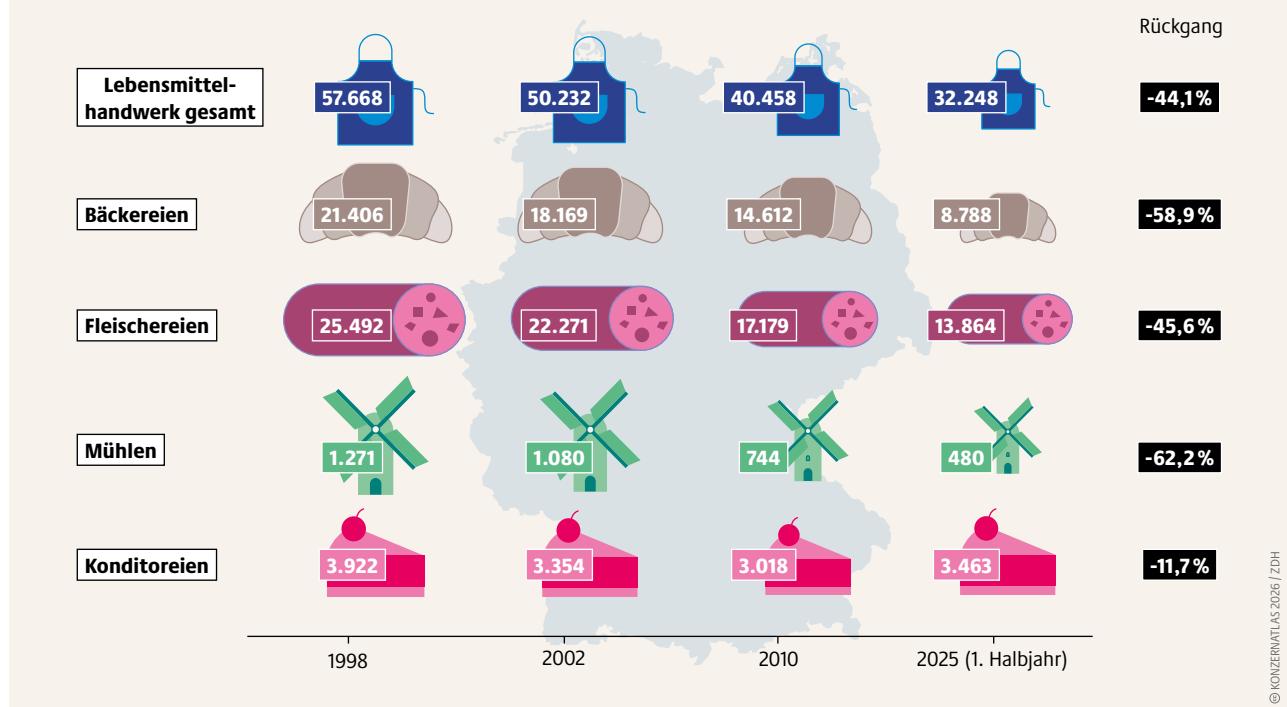
Doch die Marktkonzentration beginnt nicht erst beim Brot. Der Markt für den Hauptrohstoff Mehl wird mittlerweile von vier Mühlengruppen dominiert: Goodmills, Bindewald & Gutting, Dossche Mills und Roland Mills United. Europas größter Mühlenkonzern Goodmills ist eine hundertprozentige Tochter der Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG (LLI), hinter der als Haupteigentümer die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien mit 50,05 Prozent sowie die Raiffeisen Zentralbank Österreich mit 33,06 Prozent stehen. Die Zahl der Betriebe, die den Backwarenmarkt mit



Fortschreitende Konzentration: Lediglich 55 Betriebe sichern sich 36 Prozent Marktanteil. Immer mehr der kleinen Bäckereien können da nicht mithalten

STÄDTE UND DÖRFER VERLIEREN IHREN LADEN UM DIE ECKE

Anzahl der Betriebe im Lebensmittelhandwerk in Deutschland



© KONZERNATLAS 2026 / ZDF

Mahlerzeugnissen versorgen, ist seit 1950 um mehr als 98 Prozent gesunken. In vielen Regionen Deutschlands gibt es keine Mühlen mehr, die für örtliche Bäckereien Mehl aus regionalem Getreide herstellen können.

Der Verlust regionaler Infrastruktur ist vor allem im ländlichen Raum spürbar: Das Verschwinden bäuerlicher und handwerklicher Betriebe in Dörfern und kleinen Gemeinden trägt dazu bei, dass sich die Bevölkerung weiter von ihrer Ernährung entfremdet. Mit der Schließung lokaler Bäckereien fehlen Orte, an denen Menschen verschiedenen Alters und Hintergrunds zusammenkommen, sich austauschen und Beziehungen pflegen können. Es gibt also viele Gründe dafür, dass der Staat diese Betriebe entlasten und ihr Überleben in einem Wettbewerb sichern sollte, den wenige Großkonzerne immer stärker dominieren.

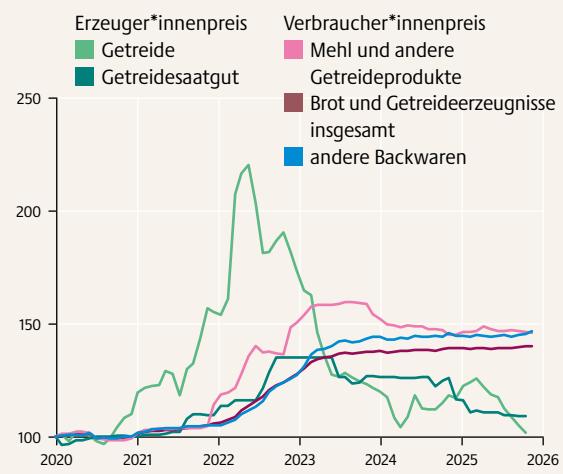
Regionale Betriebe müssen stärker dabei unterstützt werden, Geschäftsstrukturen aufzubauen, die nicht auf Großkonzerne angewiesen sind. Bäuerlichen Betrieben am Beginn der Wertschöpfungskette fehlt es an Verhandlungsmacht, denn im Windschatten der Konzentrationsprozesse sind die Voraussetzungen dafür verschwunden: regionale Anlagen zur Aufbereitung, Lagerung und Vermahlung von Getreide. Die Politik muss also auf allen Ebenen gegensteuern, damit

Seit 2014 sind durch die Dominanz der großen Filialen 20.000 Arbeitsplätze in der Backbranche verloren gegangen. Nur die Zahl der Minijobs steigt

Wertschöpfung und Arbeit in der Region bleiben, Qualität in der Lebensmittelherstellung bewahrt wird und die Versorgung nicht von globalen Lieferketten und einer Handvoll Konzernen abhängig ist. Dann könnte Brot aus Deutschland wieder seinem Ruf als Kulturerbe gerecht werden. ●

KOSTBARES KORN

Preisentwicklung entlang der Lieferkette für Brot in Deutschland, in Prozent



© KONZERNATLAS 2026 / DESTATIS

Vor allem Großkonzerne profitieren von schwankenden Preisen auf dem Weltmarkt. Kleine Betriebe hingegen geraten durch steigende Kosten oft in Schieflage

KÜHE, KAPITAL, KLIMAKRISE

Fleisch- und Molkereikonzerne kämpfen mit ähnlichen Mitteln wie die Fossilindustrie gegen Klimapolitik. Ihre Lobbyarbeit und der politische Backlash blockieren den Versuch zahlreicher Staaten, die Konzerne für ihr klimaschädliches Geschäftsmodell in die Verantwortung zu nehmen.

Wegen ihrer Marktmacht werden die mächtigsten Fleisch- und Molkereikonzerne der Welt oft Big Meat und Big Dairy genannt. Gemeinsam stoßen die fünf größten so viele Emissionen aus wie die fossilen Energieriesen BP oder Shell. Häufig stehlen sie sich dafür aus der Verantwortung: Genau wie Big Oil üben Big Meat und Big Dairy erheblichen politischen Einfluss aus. Studien konnten nachweisen, wie Fleisch- und Molkereikonzerne Millionensummen für Lobbyarbeit gegen Klimagesetze ausgeben und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit den Beitrag der Tierhaltung zur Klimakrise herunterspielen.

In der Europäischen Union (EU) lobbyieren die Branchen vor allem bei den konservativen und rechten Fraktionen im EU-Parlament mit ihrer Forderung nach Bürokratieabbau. Dahinter verbirgt sich häufig der Versuch, Umweltauflagen abzuwehren. Damit ist die Lobby erfolgreich: Gesetze, die eigentlich den Weg zu einem nachhaltigeren Ernährungssystem ebnen sollten, wer-

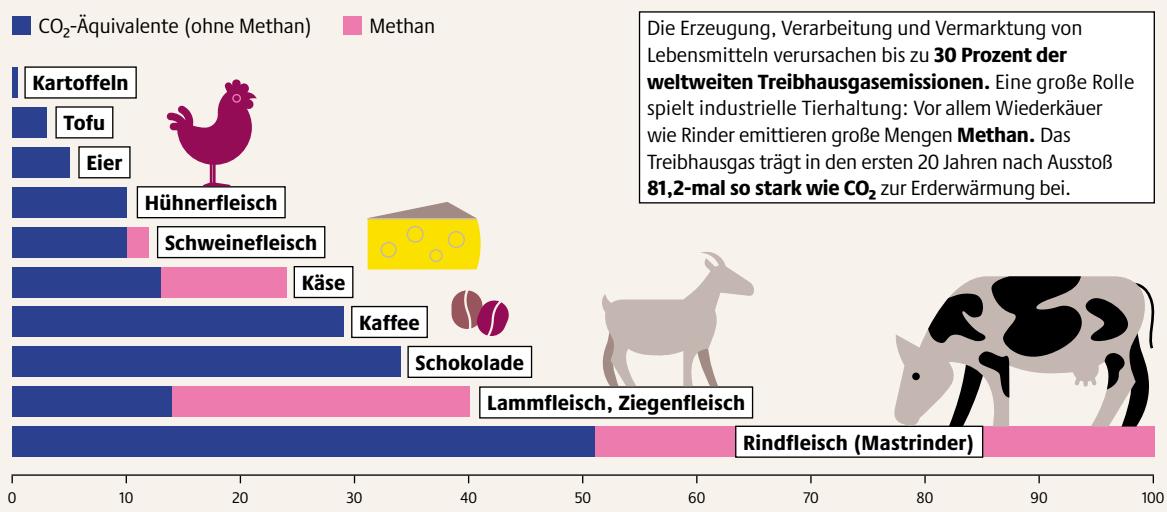
den blockiert. Und bei der neuen EU-Reform der Richtlinie über Industrieemissionen wurde die Massentierhaltung von Rindern ausgenommen, für die strengere Auflagen nun nicht gelten sollen. Die Lobbyverbände der Agrarindustrie verlangen außerdem noch mehr Subventionen, obwohl bereits über 80 Prozent der EU-Agrarzuschüsse in Viehhaltung oder Futtermittel fließen. Diese Sektoren verursachen 84 Prozent der lebensmittelbedingten Treibhausgasemissionen in der EU. Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen fordern daher schon lange, dass die Subventionen im Sinne des Gemeinwohls umverteilt werden und die EU neue Regeln für faire Preise aufstellt. Ein Vorbild dafür kann Spanien sein. Dort sind Schlachthöfe und Molkereien seit Kurzem verpflichtet, kostendeckende Erzeugerpreise zu zahlen. Dadurch haben Landwirt*innen mehr Spielraum, um in Tierwohl zu investieren und faire Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

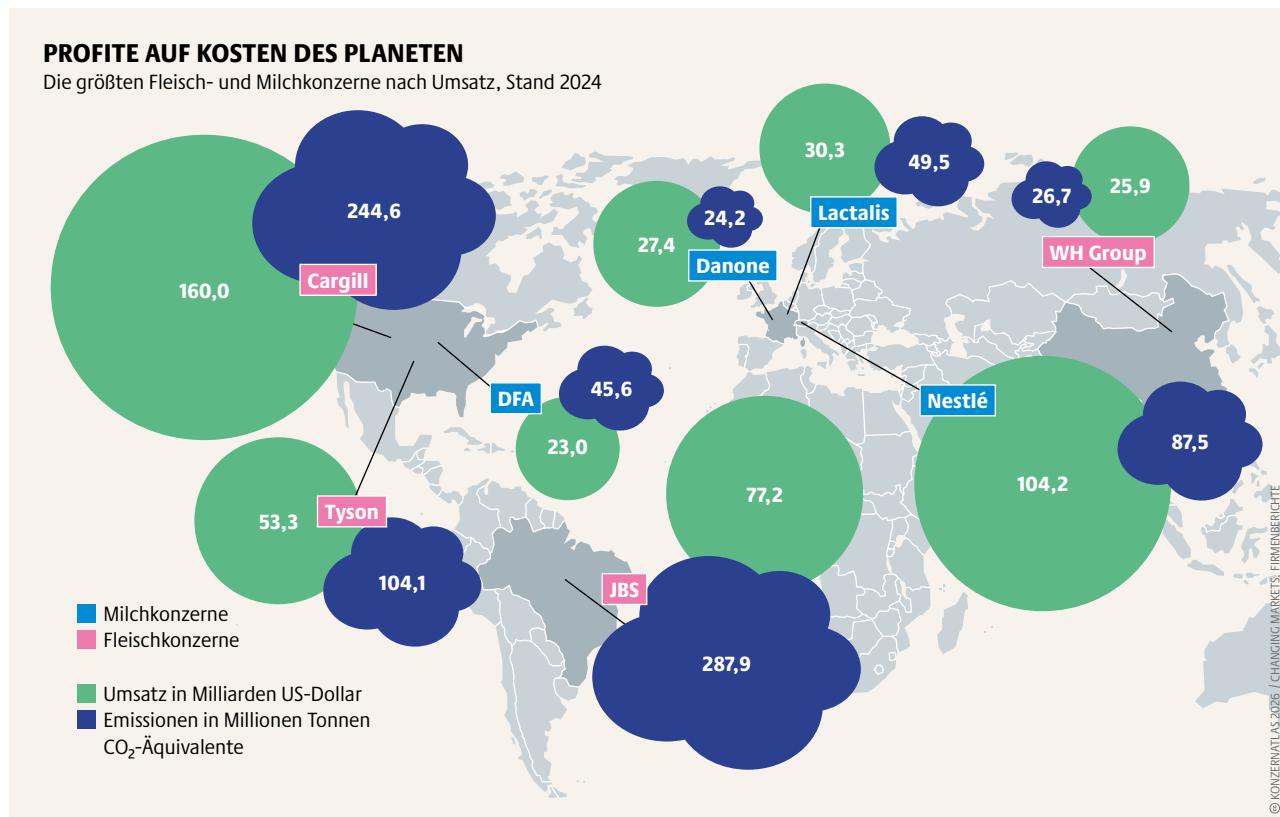
In Deutschland verursacht die landwirtschaftliche Tierhaltung rund 70 Prozent der Treibhausgasemissionen des Agrarsektors. In den 2000er-Jahren konnte die hiesige Fleischindustrie ein starkes Wachstum verzeichnen, nachdem Bund und Länder Umweltgesetze aufgeweicht, Kontrollen reduziert und Milliarden an

Methan wird als Treiber der Klimakrise oft übersehen:
Nur 2 Prozent der weltweiten Gelder für Klimaschutz
dienen dazu, Methanemissionen zu reduzieren

DER BEITRAG DER TIERHALTUNG ZUR KLIMAKRISE

Treibhausgasemissionen in Kilogramm pro Kilogramm Lebensmittel, auf 100 Jahre





Subventionen in neue Ställe gelenkt hatten. Recherchen legen nahe, dass deutsche Fleischkonzern wie Tönnies, Westfleisch und Rothköller möglicherweise das Lieferkettengesetz missachten. Der Vorwurf: Sie geben ihren Tieren Futter aus Soja, das in Verbindung steht mit Menschenrechtsverletzungen und Landkonflikten in der brasilianischen Cerrado-Region – der artenreichsten Savanne der Welt.

Den großen Fleisch- und Molkereikonzernen kommt zugute, dass sie nicht lückenlos veröffentlichen müssen, wie viele Emissionen sie verursachen. Fehlende Standardisierung beim Berichtswesen ist ein zentrales Hindernis für Transparenz: Ohne konsistente Daten ist es kaum möglich, die Klimabilanz von Konzernen zu überprüfen. Informationen liegen oft nur verstreut vor. Sie beruhen häufig auf freiwilligen Angaben und unterscheiden sich stark je nach Konzern und Messmethode.

Weltweit suchen die Konzerne nach Wegen, Kapital einzubringen und gleichzeitig Transparenzregeln zu umgehen. Ein Beispiel ist der brasilianische Fleischgigant JBS. Fast zehn Jahre lang blockierte die US-Börsenaufsicht den Börsengang von JBS in New York, unter anderem wegen Verstößen gegen Arbeitsschutzgesetze und der Rolle des Konzerns in verschiedenen Korruptionsskandalen. Hochrangige Manager von JBS wurden in den letzten Jahren zu Haftstrafen verurteilt. JBS hält seinen politischen Einfluss trotzdem aufrecht. Pilgrim's Pride, ein US-amerikanisches Tochterunternehmen von JBS, spendete 5 Millionen US-Dollar zur Amtseinführung von Donald Trump 2025 – mehr als zahlreiche große

Eine Milliarde Tonnen Treibhausgase pro Jahr: Wären die 45 größten Fleisch- und Molkereikonzern ein Staat, wären sie der neuntgrößte Emittent weltweit

Tech-Konzern zusammen. Kurz darauf wurde JBS an der Börse gelistet.

Die Europäische Kommission und die Regierungen zahlreicher Länder haben mittlerweile begonnen, die Transparenzlücken mit Berichtspflichten zu schließen. Viele der Regelungen klammern jedoch indirekte Emissionen entlang der Lieferkette aus. Diese sogenannten Scope-3-Emissionen umfassen alle Treibhausgase über den Lebenszyklus eines Produkts, von der Futtermittelproduktion bis zum Transport, und machen den größten Anteil der Gesamtemissionen aus.

Auch durch den politischen Backlash wird es immer schwieriger, Konzerne in die Verantwortung zu nehmen. Die USA haben nach der Amtsübernahme von Präsident Trump Klimavorgaben für Konzerne außer Kraft gesetzt. Und die EU arbeitet aktuell an einer Entschärfung der Berichtspflichten. Einige Fleisch- und Molkereikonzern veröffentlich inzwischen zwar mehr Emissionsdaten als früher, doch es bleiben große Lücken. Während Emissionen durch Stromverbrauch oder Verarbeitung meist offengelegt werden, hinkt die Offenlegung der deutlich größeren Emissionen aus der Fleisch- und Milchproduktion weit hinterher. Manche Unternehmen haben bis heute keine Daten veröffentlicht oder ihre Berichtsprogramme kürzlich eingestellt. ●

DURST AUF PROFIT

Zugang zu sauberem Wasser ist seit 2010 als Menschenrecht anerkannt. Dennoch gerät die lebenswichtige Ressource immer stärker in den Fokus privater Konzerne. Sie pumpen Grund- und Quellwasser ab und verkaufen es mit Markenetikett gewinnbringend in der Flasche – oft zu einem Vielfachen des Preises von Leitungswasser.

Sein 2010 ist der Markt für Flaschenwasser um mehr als 70 Prozent gewachsen. Der Jahresumsatz liegt derzeit bei über 300 Milliarden Euro. Den Weltmarkt dominieren Coca-Cola, Danone, Nestlé und PepsiCo. In den USA liegt ihr Marktanteil bei über 70 Prozent. Flaschenwasser ist deutlich teurer als Leitungswasser. Das trifft vor allem einkommensschwache Haushalte: Menschen, die über kein oder lediglich ungenießbares Leitungswasser verfügen, müssen überdurchschnittlich hohe Ausgaben tragen. Laut Schätzungen würde bereits weniger als die Hälfte der weltweiten Ausgaben für Flaschenwasser reichen, um Hunderten Millionen Menschen langfristig den Zugang zu sauberem Leitungswasser zu ermöglichen.

Häufig sichern sich große Konzerne über langfristige Verträge einen privilegierten Zugang zu Wasserquellen, der lokalen Bevölkerungen verwehrt bleibt.

Ein Beispiel ist das Département Puy-de-Dôme in Frankreich, in der sich auch die Gemeinde Volvic befindet. Nachdem die Region im Mai 2023 eine Dürre erlebte, schränkten die Behörden die Wassernutzung ein. Die Entnahmeverbote galten jedoch nicht für den Mineralwasserkonzern Volvic, eine Tochter des Lebensmittelgiganten Danone, der seine Abfüllanlage weiterhin mit Grundwasser beliefern durfte. Danone erzielte im selben Jahr einen Gewinn von 881 Millionen Euro und schüttete 1,2 Milliarden Euro an Dividenden aus.

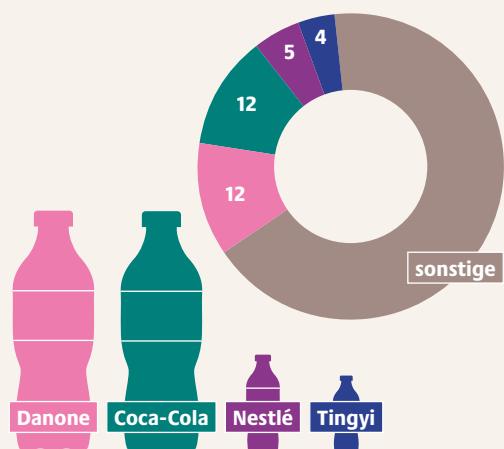
Nach Einschätzung der Vereinten Nationen behindert die Privatisierung von Wasser nötige Fortschritte beim nachhaltigen Entwicklungsziel SDG 6 – dem universellen Zugang zu sicherem Trinkwasser. Jedes Jahr erleben bis zu 3 Milliarden Menschen mindestens einen Monat lang Wasserknappheit.

Auch in Deutschland gerät die Wasserversorgung zunehmend unter Druck, durch steigende Nachfrage und die Klimakrise. Das Frühjahr 2025 war hierzulande eines der trockensten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bundesweit fiel im März rund ein Fünftel der normalen Regenmenge; besonders betroffen von Trockenheit waren der Norden und Nordosten. Eine neue Studie zeigt, dass inzwischen in 201 von 401 Landkreisen mehr Grundwasser entnommen wird, als sich durch Niederschlag nachbilden kann. Trotzdem pumpen multinationale Konzerne weiterhin große Mengen Grundwasser ab. In vielen Regionen gerät diese privatwirtschaftliche Nutzung in Konflikt mit dem öffentlichen Interesse. Im fränkischen Treuchtlingen bohrt Aldi Nord lokale Brunnen, während die Bevölkerung ihr Trinkwasser aus über 100 Kilometer Entfernung beziehen muss – mit entsprechend hohen Kosten. In Lüneburg hat der Coca-Cola-Konzern jahrelang wertvolles Tiefengrundwasser zu einem äußerst geringen Preis gefördert und als Vio-Wasser vermarktet. Proteste der Bevölkerung konnten erreichen, dass der Brunnen nun zurückgebaut wird. Und in der Brandenburger Stadt Baruth haben im Jahr 2023 die beiden Großkonzerne Red Bull und Rauch die Mineralwasserfabrik Brandenburger Urstromquelle übernommen, samt umfangreicher Grundwasserrechte.

Erlaubt wird Red Bull und Rauch die Nutzung von 2,5 Millionen Kubikmetern: mehr, als im Durchschnitt alle Menschen in einer deutschen Stadt mit 50.000 Ein-

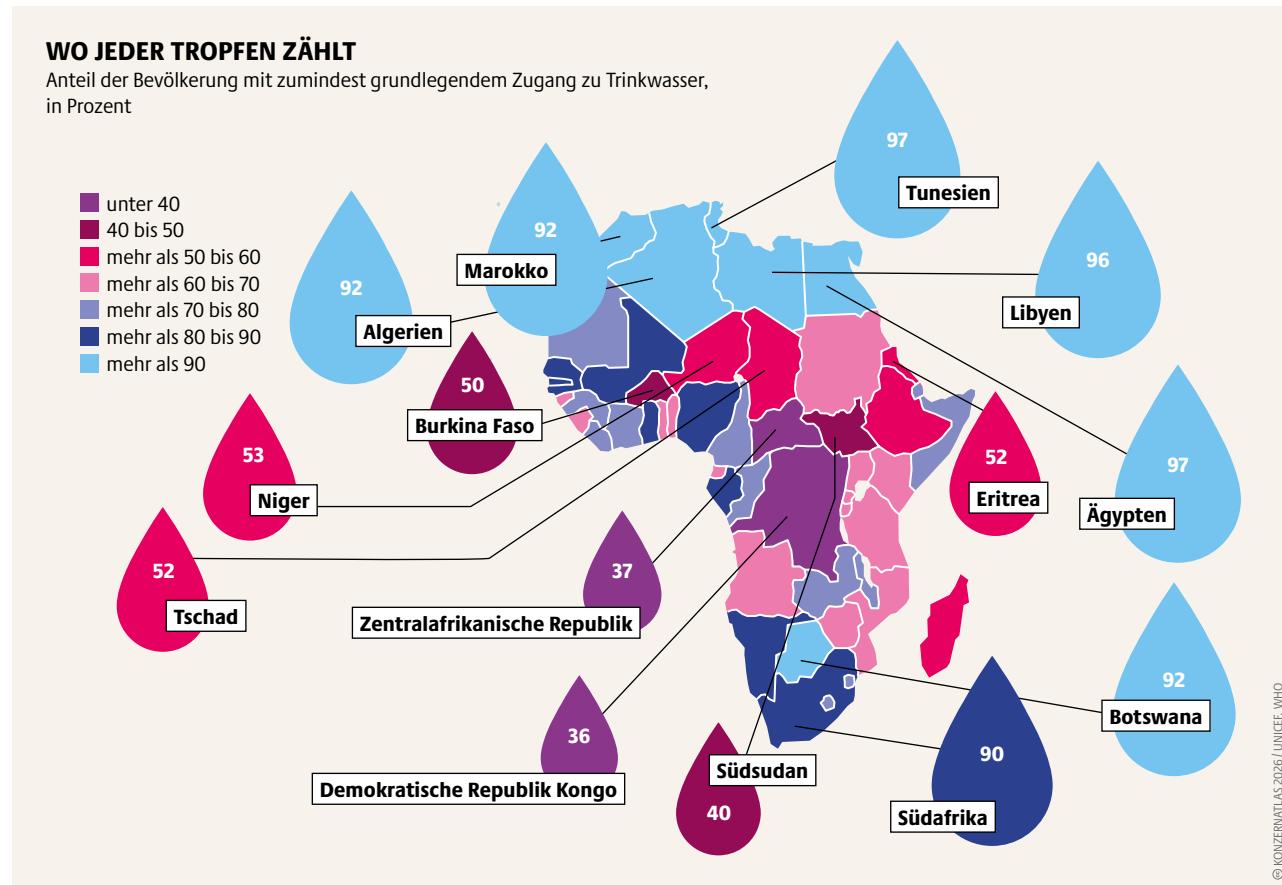
SIE KONTROLIEREN EIN DRITTEL

Führende Konzerne bei Flaschenwasser im Jahr 2022, nach globalem Marktanteil in Prozent



© KONZERNATLAS 2026 / STATISTA

Danone mit Volvic, Nestlé mit San Pellegrino: Mit ihren Marken beherrschen Großkonzerne einen rasant wachsenden Markt, der Wasser in eine Ware verwandelt



wohner*innen zusammen verbrauchen. Den beiden Konzernen stehen in Baruth rund 92 Prozent der gesamten jährlichen Entnahmemenge zu. Für die Bevölkerung bleiben lediglich noch 8 Prozent übrig. Aktuell plant Red Bull, seine Produktion in Baruth mit einem neuen Logistikzentrum auszuweiten. Der Wasserverbrauch des Konzerns dürfte dadurch weiter steigen.

Umweltverbände und Bürger*inneninitiativen kritisieren fehlendes öffentliches Mitspracherecht und mangelnde Transparenz: Weder die Stadt Baruth noch der Wasserversorger veröffentlichen Details zum Wasserliefervertrag mit Red Bull – unter Verweis auf Geschäftsgeheimnisse. Problematisch ist der Deal auch, weil das Jahrtausende alte Grundwasser im Urstromtal, das durch Schmelzwasser von Gletschern während der letzten Eiszeit entstand, auf Basis eines Gutachtens von 2006 zur Entnahme freigegeben wurde. Heute, zwanzig Jahre später, zeigen rückläufige Niederschläge, Dürren und andere Folgen der Klimakrise deutlich, wie real die Gefahr von Wasserknappheit in Deutschland ist. Zahlen dazu liefert das Umweltbundesamt: Es geht davon aus, dass sich die Grundwasserneubildung in Brandenburg bis 2050 um bis zu 40 Prozent verringern könnte.

Der Nutzungskonflikt in Baruth steht exemplarisch für eine zentrale Zukunftsfrage: Wie viel Wasser steht uns noch zur Verfügung – und wer darf unter welchen Umständen darüber verfügen, wenn es knapp wird?

2024 fehlten weltweit 2,2 Milliarden Menschen sicheres Trinkwasser, 3,4 Milliarden sanitäre Anlagen und 1,7 Milliarden die Möglichkeit zum Händewaschen

Die Haltung der deutschen Bevölkerung in dieser Frage ist laut Umfragen recht eindeutig: Ein Drittel sorgt sich angesichts der zunehmenden Wasserkrise um die Wasserversorgung. Zwei Drittel fordern, dass große industrielle Verbraucher angemessen für die Nutzung dieser lebenswichtigen Ressource zahlen sollen.

Weltweit treten Initiativen wie Right2Water oder die Blue Community dafür ein, dass Wasser nicht länger als Ware behandelt wird. Sie fordern seinen Schutz als öffentliches Gut, das allen Menschen in ausreichernder Menge und bezahlbar zur Verfügung stehen muss. Eine gerechte Wasserpolitik in diesem Sinne erfordert klare politische Maßnahmen. Erstens braucht es mehr Transparenz über den Wasserverbrauch von Konzernen. Zweitens muss die Grundwasserentnahme deutlich stärker reguliert und besser an die natürliche Neubildung angepasst werden – insbesondere in Regionen mit Wassersstress. Und drittens müssen Konzerne zum Beispiel durch einen angepassten Wasserpreis stärker dazu verpflichtet werden, ihre Produktion wasserschonender zu gestalten. Denn nur ein umfassender und konsequent durchgesetzter Schutz und die schonende Nutzung unserer Grundwasserreserven können den natürlichen Wasserkreislauf langfristig sichern. ●

SÜSSES MIT BITTEREN FOLGEN

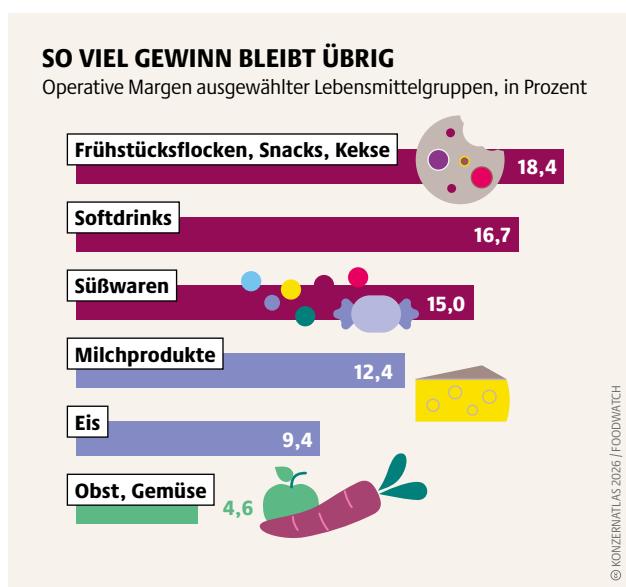
Viele Konzerne vermarkten ihre hochverarbeiteten Bonbons, Kekse und Schokoladen gezielt an Kinder. Das bringt ihnen schnelles Geld – und den Kindern langfristige Folgen für ihre Gesundheit. In Deutschland bleibt die Politik bislang tatenlos, während viele andere Länder längst strengere Regeln für die Industrie eingeführt haben.

Was auf unseren Tellern liegt, ist oft nicht das, was wissenschaftlich als gesunde Nahrung gilt. So sollten Erwachsene nach den aktuellen Empfehlungen höchstens ein Drittel so viel Fleisch essen, wie sie es derzeit im Durchschnitt tun. Kinder verzehren nur halb so viel Obst und Gemüse wie empfohlen und essen doppelt so viele Süßigkeiten wie maximal ratsam. Das ist deshalb besonders problematisch, weil wir in jungen Jahren unsere Essgewohnheiten entwickeln. Wer früh zu viel Zucker und ungesunde Fette konsumiert, behält diese Vorliebe oft ein Leben lang, mit entsprechenden Folgen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führt jeden siebten Todesfall in Deutschland auf ungesunde Ernährung zurück. Pro Jahr betragen die gesellschaftlichen Folgekosten allein für Adipositas, die durch ein Zusammenspiel von Ernährung und anderen Faktoren entstehen kann, mehr als 60 Milliarden Euro.

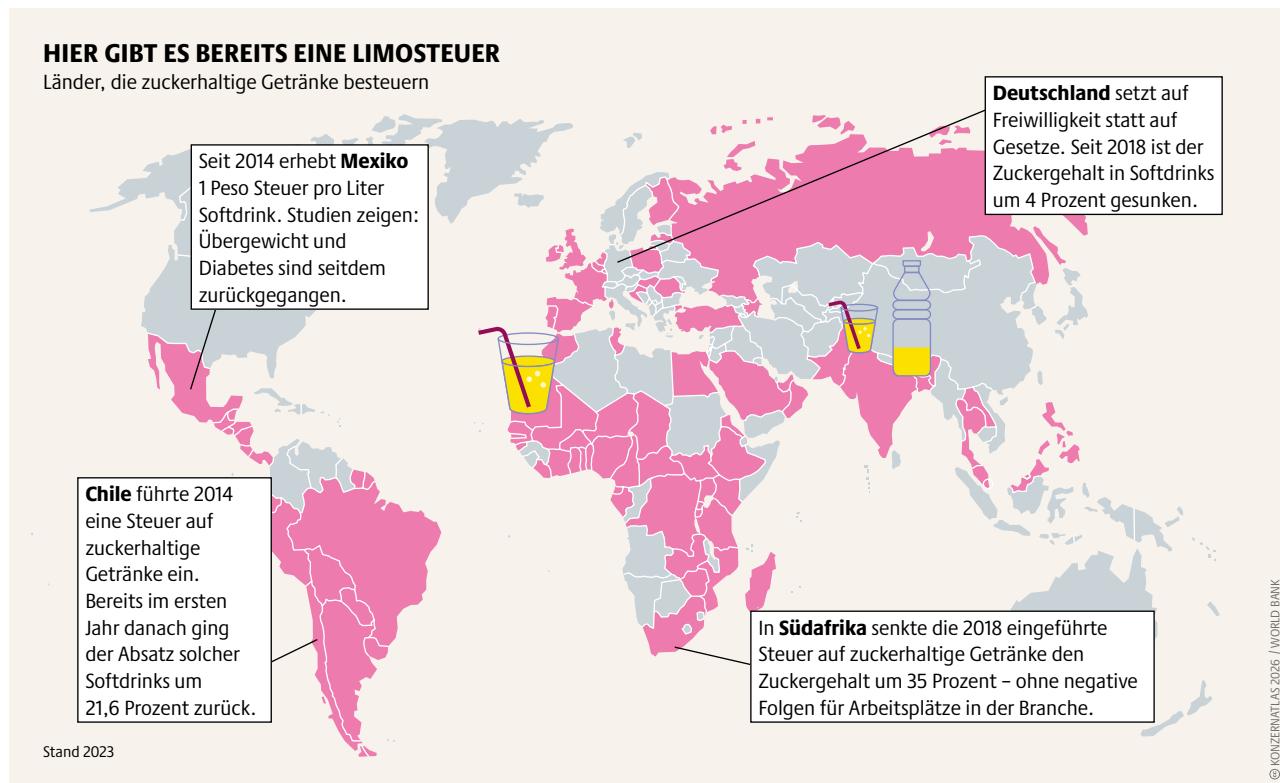
Trotzdem oder gerade deswegen: Das Bewusstsein für gesunde Ernährung steigt seit Jahren. Sie genießt in der Bevölkerung einen immer größeren Stellenwert. Dass sich das nicht immer auf unseren Tellern widerspiegelt, ist im Interesse der Industrie. Studien zeigen: Vor allem Konzerne, die hochverarbeitete Produkte wie Süßwaren herstellen, sind hochgradig finanziellisiert, also stark darauf ausgerichtet, kurzfristig hohe Gewinne für Investoren zu generieren, statt langfristig eine nachhaltige Produktion zu gewährleisten. Im Verhältnis zu ihren Gesamteinnahmen schütten sie daher deutlich mehr Geld an Aktionär*innen aus als andere Konzerne der Lebensmittelbranche. Das Geschäft mit dem Zucker eignet sich besonders gut, um kurzfristige Gewinne und hohe Dividenden zu erzielen – Süßigkeiten lassen sich billig produzieren und teuer verkaufen. Entsprechend große Summen investieren die Konzerne in Werbung. Sie wenden sich auch an Kinder, die am leichtesten zu beeinflussende Gruppe. Metastudien belegen, dass Kinder, die solcher Werbung ausgesetzt waren, mehr dieser Lebensmittel zu sich nehmen, sich insgesamt weniger ausgewogen ernähren und ein höheres Risiko haben, an Adipositas zu erkranken. Aktuell sind 15 Prozent der Kinder zwischen 3 und 17 Jahren in Deutschland übergewichtig, knapp ein Drittel davon gilt als adipös.

In Deutschland wird seit Jahren diskutiert, wie Kinder und Jugendliche vor Produkten mit zu viel Fett, Salz und Zucker geschützt werden können. Im Jahr 2023 brachte die damalige Bundesregierung ein Gesetzesvorhaben auf den Weg, das Werbung für ungesunde Produkte stärker regulieren sollte. Es scheiterte letztlich am Widerstand der FDP und am Lobbydruck der Industrie. Die aktuelle Bundesregierung setzt bislang ausschließlich auf den guten Willen der Konzerne.

Ein Beispiel dafür ist die Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie: Sie wurde bereits 2018 mit dem Ziel verkündet, Zucker-, Salz- und Fettgehalt in Fertigprodukten durch freiwillige Verpflichtungen zu senken, vor allem bei Produkten, die gezielt Kinder ansprechen. Wirkung gezeigt hat die Strategie bislang kaum. Ein anderes Beispiel ist der Deutsche Werberat. Als Selbstkontrollorgan der Werbebranche formuliert er zum Beispiel Grundsätze für Werbung, die sich an Kinder richten. Er wird nur auf Beschwerden hin aktiv und spricht lediglich Rügen aus, die häufig folgenlos



Zucker ist hochprofitabel und wird intensiv vermarktet: 92 Prozent der Spots, die Kinder zwischen 3 und 13 Jahren sehen, bewerben ungesunde Produkte



bleiben. Und auf Ebene der Europäischen Union (EU) haben sich Lebensmittelunternehmen zu einer Initiative zusammengeschlossen, dem sogenannten EU-Pledge: Produkte, die gezielt an Kinder vermarktet werden, sollen bestimmte Nährwertkriterien erfüllen. Auch hier lassen sich größere Erfolge bislang nicht erkennen – die Empfehlungen des EU-Pledge sind unverbindlich und außerdem weniger streng als etwa jene der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Die Tatenlosigkeit der Politik ist auch deshalb erstaunlich, weil längst eine Mehrheit der Bevölkerung hinter der Forderung nach strengerer Regeln für die Industrie steht. Laut einer Umfrage der Verbraucherzentrale sprechen sich neun von zehn Menschen in Deutschland für strengere Werbebeschränkungen für an Kinder gerichtete Produkte mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt aus. Und 79 Prozent befürworten eine Abgabe auf stark zuckerhaltige Getränke, um Hersteller zu motivieren, den Zuckergehalt zu reduzieren.

Die Bundesregierung steht nun in der Pflicht, mit einer gestaltenden Ernährungspolitik dazu beizutragen, dass die gesunde Wahl, die weite Teile der Bevölkerung begrüßen, auch die einfache Wahl wird. Großbritannien macht vor, wie das geht: Dort hat eine Süßgetränke-Abgabe den Zuckergehalt von Softdrinks um 30 Prozent senken können. Die Liste der Staaten

In Deutschland enthalten von Kinder konsumierte Getränke im Schnitt 7,8 Prozent Zucker. Auf ein Glas mit 250 Millilitern kommen über 6,5 Zuckerwürfel

weltweit wird immer länger, die an Kinder gerichtete Vermarktung für ungesunde Produkte stark einschränken und verbindliche Qualitätsstandards für die Kita- und Schulverpflegung einführen. Und auch auf EU-Ebene ist mittlerweile Bewegung zu beobachten: Im Oktober 2025 hat der Gesundheitskommissar seine Offenheit für die Besteuerung hochverarbeiteter Lebensmittel signalisiert. ●



Hochverarbeitet, zu viel Zucker: Von 283 geprüften Produkten erfüllen 242 nicht die empfohlenen Nährwertkriterien der Weltgesundheitsorganisation

VERBOTEN, ABER ERLAUBT

Viele für Tiere und Menschen gefährliche Agrarchemikalien, die längst ihre Zulassung in der EU verloren haben, dürfen noch immer in agrarisch bedeutsame Drittländer exportiert werden. Und österreichische Firmen sind beteiligt.

Heutzutage ist es mitteleuropäischer Standard, in den Regalen der Supermärkte nur noch einwandfreies frisches Obst und Gemüse vorzufinden. Zusätzlich soll es lange haltbar und das gesamte Jahr über verfügbar sein. Dieser Wunsch hat seinen Preis. Um makellose Ware anbieten zu können, ist ein erheblicher Einsatz von Pestiziden notwendig. Dies kann negative Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit haben. Besonders betroffen sind in der Landwirtschaft tätige Personen, wo immer in der Welt sie für ihren einheimischen, aber auch für den internationalen Markt produzieren – und damit auch für die Supermarktreale Mitteleuropas.

In der EU führt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im italienischen Parma die wis-

senschaftliche Risikobewertung der Pestizide durch. Im Rahmen dieser Bewertung können sie ihre EU-Zulassung aus gesundheitlichen oder umweltbezogenen Gründen auch wieder verlieren und dürfen in der EU dann nicht mehr verwendet werden. Es ist allerdings nicht verboten, nicht mehr zugelassene und bekanntermaßen problematische Pestizide in Länder außerhalb der EU zu verkaufen.

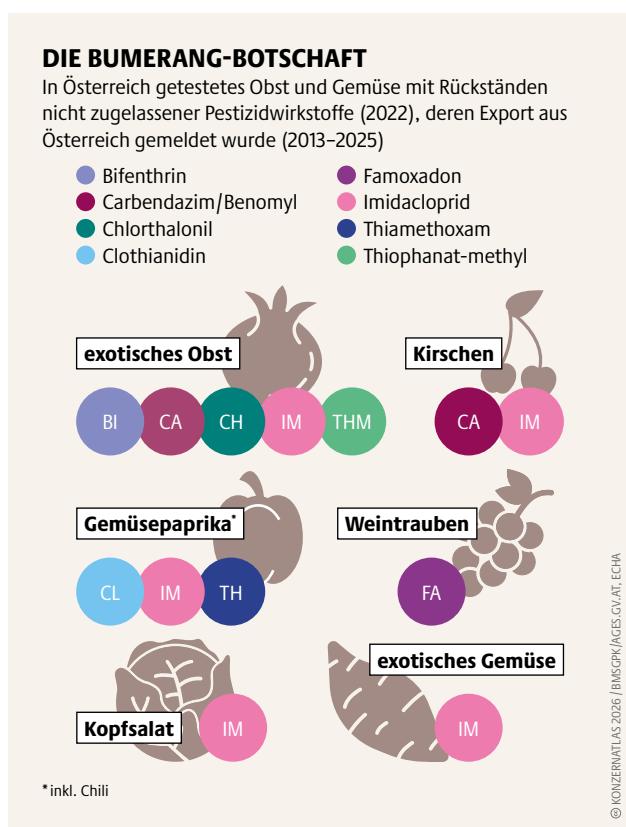
Die EU-Mitgliedstaaten sind lediglich verpflichtet, den Export solcher gefährlichen Chemikalien in Drittländer zu melden. Die Meldungen werden von der European Chemicals Agency (ECHA) in der finnischen Hauptstadt Helsinki gesammelt und veröffentlicht. Österreich registrierte von 2013 bis September 2025 genau 2.174 Exporte gefährlicher Substanzen für die Lieferung in Länder außerhalb der EU.

Dazu zählen Pestizide, Biozide und Chemikalien für industriellen Gebrauch. Die Exportmeldungen beinhalteten auch hier nicht mehr zugelassene Pestizide wie Imidacloprid, Famoxadon, Permethrin, Thiamethoxam und Clothianidin. Permethrin ist seit dem Jahr 2000 nicht mehr für den Pflanzenschutz in der EU zugelassen. Das Insektizid ist hochtoxisch für die meisten Wasserlebewesen und Honigbienen, nerven- und entwicklungsschädigend beim Menschen sowie hormonell wirksam. Das Neonikotinoid Thiamethoxam verlor seine Zulassung 2019, denn es ist bereits in kleinsten Mengen tödlich für Honigbienen. Auch Imidacloprid, ebenfalls ein Neonikotinoid, gilt als hochtoxisch für Bienen und Vögel und verlor deshalb seine EU-Zulassung im Jahr 2020.

Auch Exporte des Fungizides Famoxadon werden aus Österreich gemeldet. Zielländer sind agrarisch für die EU hochbedeutende Produktionsländer, zum Beispiel Südafrika, Kolumbien, Brasilien und Argentinien. Famoxadon verlor seine Zulassung 2021. Das Fungizid ist hochgiftig für Fische und wirbellose Wasserlebewesen. Die Zulassung wurde nicht verlängert, weil außerdem das Langzeitrisiko für Säugetiere und die Gefahr für Beschäftigte in der Landwirtschaft als zu hoch bewertet wurden. In Ländern mit anderen Produktionsstandards, zum Beispiel Südafrika, wird es jedoch beim Anbau von Tafeltrauben weiterhin verwendet.

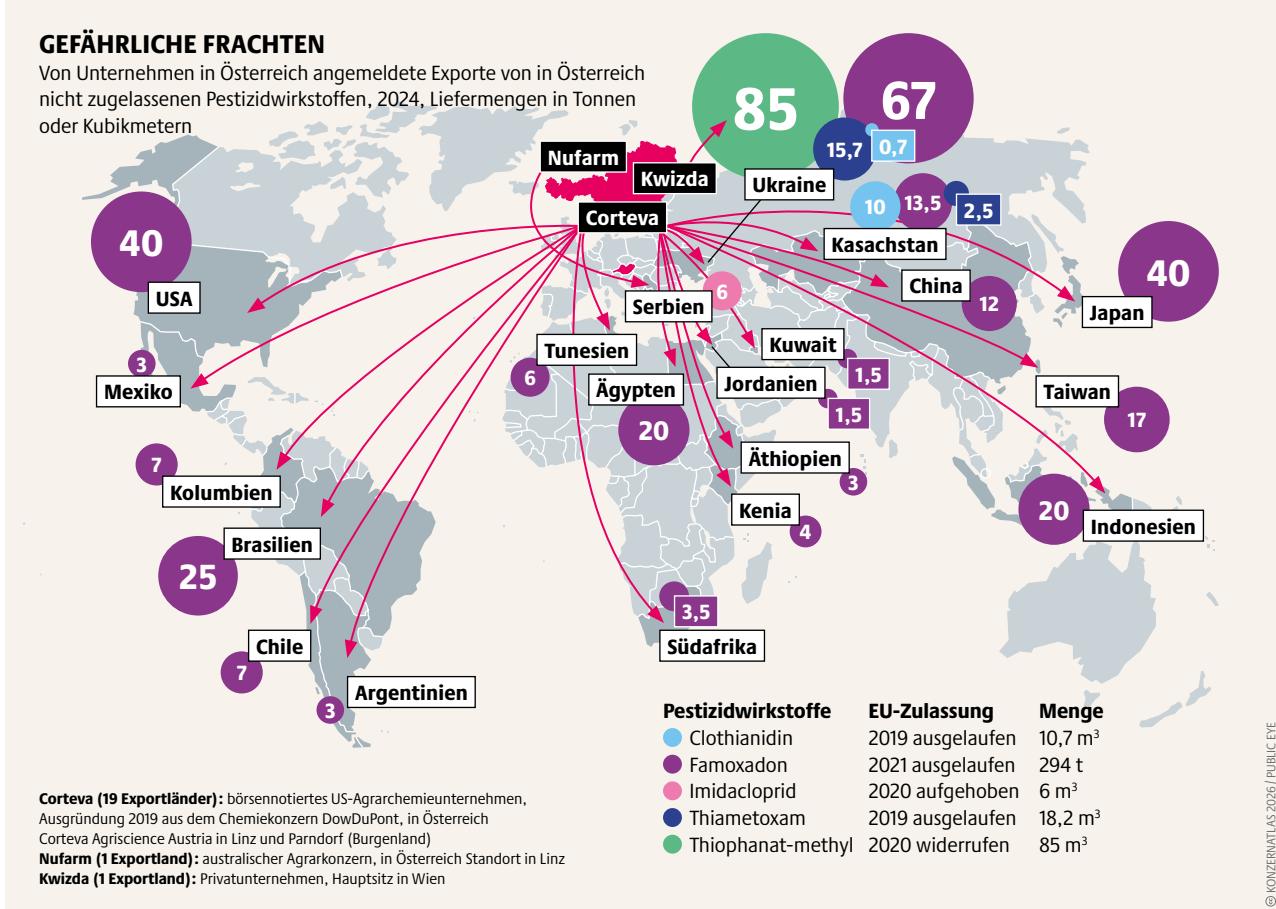
Der Export und die Anwendung der gefährlichen Substanzen in Drittländern zeugt von Doppelstandards.

Auch ohne Nachweis, dass genau diese gefundenen Pestizide aus Österreich kamen – sie sind dennoch ein Hinweis auf die Grenzenlosigkeit der Welt



GEFÄHRLICHE FRACHTEN

Von Unternehmen in Österreich angemeldete Exporte von in Österreich nicht zugelassenen Pestizidwirkstoffen, 2024, Liefermengen in Tonnen oder Kubikmetern



Vielfach finden sich Rückstände dieser Substanzen in Lebensmitteln, die in Österreich verkauft werden. Die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) kontrolliert jährlich Lebensmittel aus Österreich sowie anderen EU- und Drittländern. 2022 hat sie in ihrem Kontrollprogramm Famoxadon und Thiamethoxam als Rückstände in Weintrauben beziehungsweise Gemüsepaprika (Chilis) detektiert. Und Permethrin wurde in der Kategorie Superfoods/Trockenfrüchte gefunden.

Neben Thiamethoxam finden sich in den Aufzeichnungen sowohl über die Exporte wie auch über die Rückstände weitere Neonikotinoide: Imidacloprid und Clothianidin. Solche insektizide Nervengifte sind für das Biensterben mitverantwortlich. Nimmt die Zahl solcher bestäubenden Insekten ab, beeinflusst dies indirekt ein Drittel unserer Nahrungsmittel. Diese Pestizide sind nicht nur für Bienen stark giftig, sondern auch für viele andere Tiere, zum Beispiel Regenwürmer, Vögel oder Fledermäuse. Die Neonikotinoide können beim Menschen das Nervensystem oder die körperliche Entwicklung schädigen – sie alle haben aufgrund ihrer extremen Bienengiftigkeit bereits vor Jahren in der EU die Zulassung verloren. Trotzdem war es auch in Österreich bis 2022 möglich, Neonikotinoide dank einer Flut wiederholter „Notfallzulassungen“ über Jahre weiterzuverwenden.

Für 20 Länder weltweit meldeten drei Pestizidhersteller 2024 Exporte aus Österreich an, die fünf Substanzen enthalten, deren Einsatz in Österreich unzulässig wäre

Ein 2023 von GLOBAL 2000 durchgeföhrter Test fand auf Importlebensmitteln aus dem Globalen Süden Pestizide, die von der EU als gefährlich eingestuft werden. Nachgewiesen wurde nicht nur das Neonikotinoid Imidacloprid, sondern auch das nicht mehr zugelassene Fungizid Carbendazim auf peruanischen Mangos. Auch auf kenianischen Zuckererbsen fand man Carbendazim. Das systemische Fungizid ist unter anderem reproduktionstoxisch und hormonell wirksam, kann genetische Defekte verursachen und ist giftig für Wasserlebewesen und Regenwürmer.

Gefährliche Pestizide verlieren ihre Zulassung in der EU, weil ihre Auswirkungen für die Umwelt, für in der Landwirtschaft Arbeitende und für Konsument*innen unzumutbare Risiken darstellen. Trotzdem exportierten EU-Länder, darunter auch Österreich, in vollem Bewusstsein der negativen Eigenschaften diese problematischen Substanzen in agrarisch bedeutende Drittländer, aus denen viele Lebensmittel für den europäischen Konsum stammen. Damit werden die Gefahren der Pestizid-Anwendungen an Drittländer abgegeben – und die Rückstände der Chemikalien finden sich auch auf unseren Tellern wieder. ●

BEHÖRDEN UND GRENZWERTE

Die Industrie redet die Risiken der aus PFAS-Pestiziden entstehenden Ewigkeitschemikalie TFA klein. Über Jahrzehnte übernahmen Behörden diese Sicht – mit der Folge, dass PFAS-Pestizide zugelassen blieben und ihr die Fortpflanzung gefährdendes Abbauprodukt noch für Jahrhunderte in Umwelt, Lebensmitteln und Trinkwasser nachweisbar sein wird.

Trifluoressigsäure (TFA) ist der kleinste Vertreter der Gruppe der PFAS, der per- und polyfluorierten Alkylverbindungen. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung stuft TFA heute als fortpflanzungsgefährdend ein. Die Substanz kann das ungeborene Kind im Mutterleib schädigen und vermutlich die Fruchtbarkeit beeinträchtigen. TFA ist eine vom Menschen erzeugte Chemikalie. Sie hat keinen bislang nachgewiesenen natürlichen Ursprung und auf natürlichem Weg kann sie nicht abgebaut werden. In die Umwelt gelangt TFA vor allem durch den Zerfall größerer PFAS-Verbindungen.

Insbesondere die fluorierten Gase der Kältetechnik (F-Gase), die seit dem Montreal-Protokoll von 1987

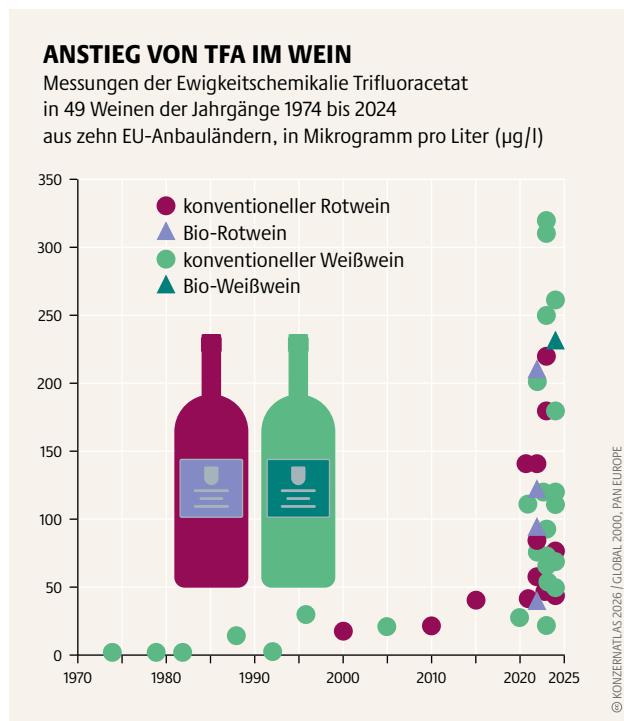
die ozonschichtschädigenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) ersetzen, sowie rund 15 Prozent der in der Europäischen Union zugelassenen chemisch-synthetischen Pestizide sind Quellen für TFA. Letztere, sogenannte PFAS-Pestizide, die seit den 1990er-Jahren verstärkt eingesetzt werden, sind in landwirtschaftlich geprägten Regionen die dominierende Quelle der Belastung von Grundwasser, Oberflächengewässern, Böden und Pflanzen mit TFA.

Inzwischen überschreiten typische TFA-Konzentrationen im Grundwasser den Grenzwert für Pestizide und ihre toxikologisch relevanten Abbauprodukte um ein Vielfaches. Dieser liegt EU-weit bei 0,1 Mikrogramm pro Liter. Dass sich diese Kontamination über Jahrzehnte hinweg aufbauen konnte, liegt an den Verharmlosungsstrategien der Industrie und an einem übergrößen Vertrauen der Behörden in die Angaben der Hersteller – bei gleichzeitiger Missachtung des gesetzlich verankerten Vorsorgeprinzips.

Bereits in den 1990er-Jahren warnten wissenschaftliche Gremien im Rahmen der Zulassung von PFAS-Pestiziden, dass ihr persistentes Zerfallsprodukt TFA ein erhebliches Potenzial zur Grundwasserverunreinigung aufweist. Noch fehlten Studien zu Fortpflanzungs-, Entwicklungs- und Langzeittoxizität sowie zur Karzinogenität. Die PFAS-Industrie zeichnete dagegen ihr eigenes Bild. In von ihr finanzierten Übersichtsarbeiten industrienaher Wissenschaftler*innen wurde TFA auf Grundlage spekulativer Annahmen, ohne belastbare empirische Belege, eine toxikologische Harmlosigkeit zugeschrieben.

Die Behörden, insbesondere die 2002 gegründete Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), gaben sich mit dieser Argumentation offenbar zufrieden. Sie verlangten keine zusätzlichen Untersuchungen und behandelten TFA als toxikologisch nicht relevanten Metaboliten. Damit wurde jener Grenzwert, der die Ausbreitung von TFA im europäischen Grundwasser hätte verhindern sollen, faktisch außer Kraft gesetzt. Selbst als die EFSA 2008 Hinweise auf eine fortpflanzungsgefährdende Wirkung von TFA einräumte, hatte dies keine Konsequenzen.

Im Jahr 2014 sollte die EFSA im Auftrag der Europäischen Kommission die Risiken der Aufnahme von TFA über Lebensmittel bewerten. Der Hersteller eines



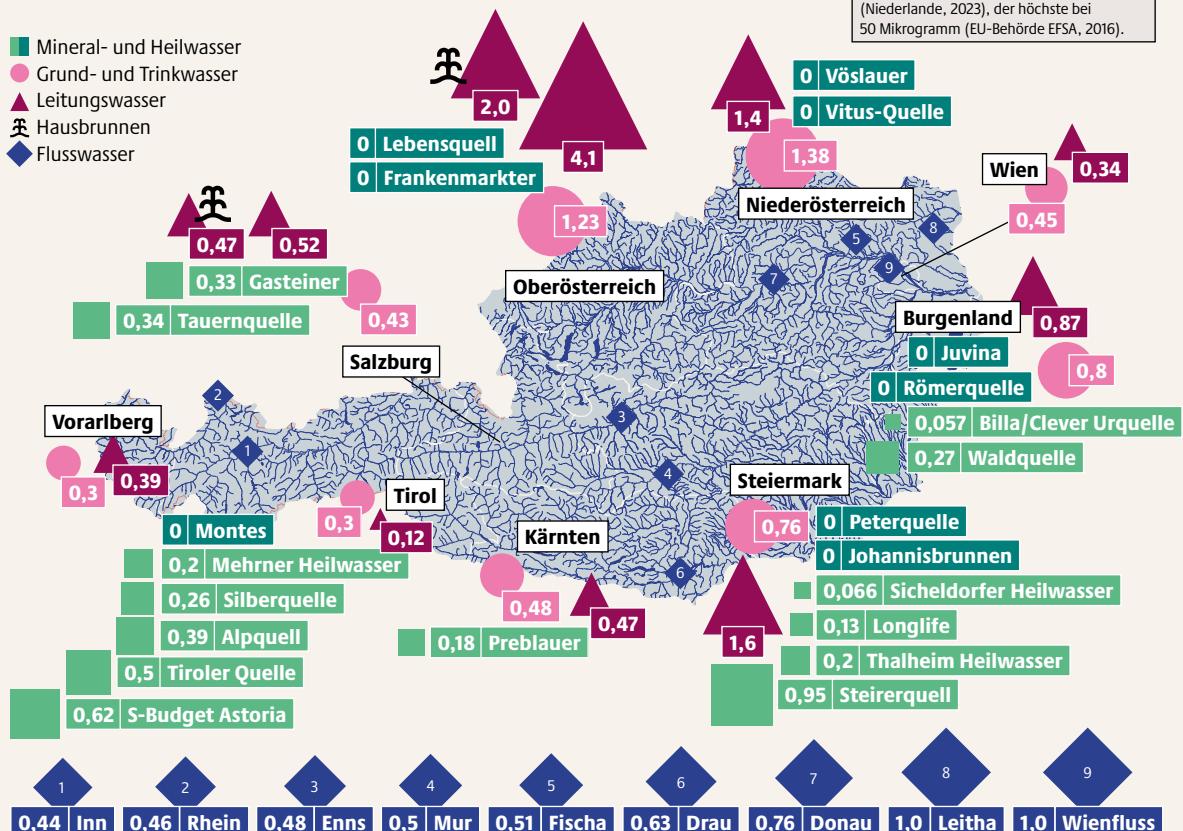
Das Pestizid-Abbauprodukt TFA, bei alten Jahrgängen aus Kellerfunden nicht oder noch wenig messbar, macht sich in den neuen Weinen breit

DIE „URSPRÜNGLICHE REINHEIT“ WIRD SELTEN

Vorkommen von Trifluoracetat (TFA) in Wässern in den Bundesländern Österreichs, in Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$), 2018–2025

Der niedrigste Richtwert für die maximale Aufnahme von TFA liegt bei 0,32 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht pro Tag (Niederlande, 2023), der höchste bei 50 Mikrogramm (EU-Behörde EFSA, 2016).

- Mineral- und Heilwasser
- Grund- und Trinkwasser
- ▲ Leitungswasser
- ❖ Hausbrunnen
- ◆ Flusswasser



Grund- und Trinkwasser: Messungen 2018/19, Grundwassermanagement BMLUK (Mittelwerte). Leitungswasser, Hausbrunnen: Messungen 2024, Global 2000

© KONZERNATLAS 2026 | GLOBAL 2000, BMLUK

PFAS-Pestizids berief sich damals auf eine von ihm selbst beauftragte und unveröffentlichte Studie, die angeblich die Unbedenklichkeit von TFA für die embryonale Entwicklung belegte. Die EFSA konnte die Zuverlässigkeit dieser Studie nicht bewerten, da keine Rohdaten vorlagen. Dennoch übernahm sie den vom Konzern vorgeschlagenen Richtwert und legte die akzeptable tägliche Aufnahmemenge, den sogenannten ADI-Wert, für TFA mit 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag fest – ein Wert, der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Berücksichtigung wissenschaftlicher Unsicherheiten ignorierte und folglich zu hoch ist.

Spätere Bewertungen in Deutschland (2020), den Niederlanden (2023) und Belgien (2024) sehen die gesundheitlich verträgliche tägliche Aufnahme um das 2,5- bis 150-Fache niedriger an. Dass der Verdacht der Fortpflanzungsschädigung im Jahr 2021 – mehr als drei Jahrzehnte nach Beginn der Einträge aus F-Gasen und PFAS-Pestiziden – offiziell bestätigt wurde, war der Verdienst der europäischen Chemikalienverordnung REACH. Nach dieser Verordnung wurde TFA als Industriechemikalie bewertet und es wurden entsprechende Studien eingefordert.

Noch ist TFA, ein Folgeprodukt des landwirtschaftlichen Pestizideinsatzes, nicht in alle österreichischen Mineralwasserbrunnen gelangt

Aktuell überarbeitet die EFSA ihre Bewertung. Doch ein im August 2025 veröffentlichter Entwurf weicht erneut von den Einschätzungen anderer Behörden ab. Statt Hinweise auf Lebertoxizität in einer Langzeit-Tierstudie als empfindlichsten Effekt zu berücksichtigen, folgt die Behörde erneut der Argumentation eines Herstellers. Dieser erklärte, die beobachteten Leberveränderungen seien zu gering, um für die Ableitung gesundheitsbezogener Richtwerte herangezogen zu werden.

In der Folge griff die EFSA auf eine deutlich weniger empfindliche Studie zurück und leitete – abermals im Widerspruch zu WHO-Empfehlungen – einen ADI-Wert ab, der noch immer rund hundertmal höher liegt als jener, den die niederländischen Behörden für vertretbar halten. Die laufende Neubewertung von TFA verdeutlicht, wie tief industrielle Denkmuster in die europäische Risikobewertung eingeschrieben sind und wie schwer sich das gesetzlich verankerte Vorsorgeprinzip dagegen behaupten kann. ●

PFLANZEN UNTER COPYRIGHT

Saatgut ist die Basis unserer Nahrung.
Doch es gerät zunehmend unter die Kontrolle weniger multinationaler Konzerne. Beschleunigt wird diese Entwicklung durch neue Gentechnik. All das verringert biologische Vielfalt und treibt Bäuer*innen auf der ganzen Welt in noch größere Abhängigkeit.

Saatgut ist der Ursprung jeder landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion – und zugleich auch ihr Ergebnis. Ein Teil der geernteten Saatkörner, die auch gemahlen und zu Brot verbacken werden, kann für die nächste Aussaat dienen. Unzählige Generationen von Bäuer*innen und Züchter*innen haben durch stetige Auslese die Erträge und die Qualität der Pflanzen verbessert und eine an Klima und Böden angepasste Vielfalt geschaffen.

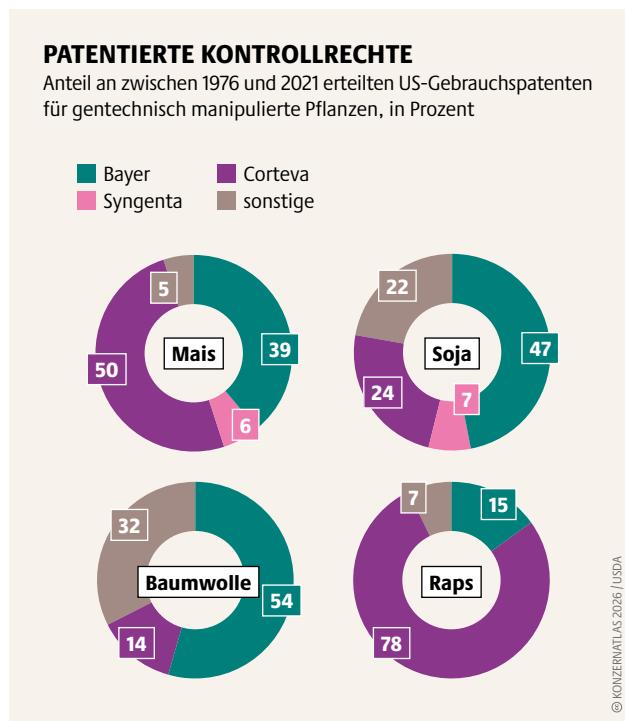
Theoretisch müsste also kein Landwirtschaftsbetrieb Saatgut kaufen, da es sich selbst reproduziert. Das stellt jene Konzerne vor erhebliche Herausforderungen, die die Entwicklung neuer Pflanzensorten kommerzialisieren wollen. Sie haben es durch gezieltes Lobbying jedoch geschafft, ein Geschäftsmodell

zu entwickeln, mit dem sie jedes Jahr Milliarden verdienen. Heute beherrschen drei Konzerne 56 Prozent des globalen Saatgutmarktes, Tendenz steigend. Bäuer*innen und kleine Züchter*innen geraten durch die Konzentration in eine wachsende Abhängigkeit von wenigen Konzernen, die über Patente kontrollieren, wer was anbauen darf – und zu welchen Bedingungen. Dadurch entsteht nicht nur weniger Vielfalt auf dem Teller, sondern die biologische Vielfalt nimmt allgemein stark ab.

Zur Kontrolle nutzen die Konzerne zwei Mechanismen: eine biologische und eine rechtliche Nutzungsperre. Die biologische Nutzungssperre entstand durch die Entwicklung und Vermarktung von Hybridsaatgut seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Da Hybridsaatgut im Nachbau schnell seine positiven Eigenschaften verliert, muss dieses Saatgut regelmäßig bei den Konzernen nachgekauft werden. Der Nachbau wäre zwar biologisch möglich, aber für Bäuer*innen wirtschaftlich nicht sinnvoll. Durch den ständigen Nachkauf steigt die Marktmacht der Konzerne. Seit den 1970er-Jahren führte die Lockerung der Fusionskontrolle in den USA und später in anderen Ländern zu weiterer Konzentration auf den Märkten. In den 1990er-Jahren erhielt diese Entwicklung einen weiteren Schub: durch das Aufkommen der Gentechnik und einen verschärften Patentschutz zugunsten der Patentinhaber.

Die rechtliche Nutzungssperre erreichen die Konzerne durch Patente. Diese verleihen ihren Inhabern für einen bestimmten Zeitraum das exklusive Recht, über Nutzung und Verwertung einer Erfindung zu verfügen. Für Bäuer*innen bedeutet das: Wer patentierte Pflanzen anbauen will, braucht die Erlaubnis der Patentinhaber. Jedes Jahr muss das Saatgut neu gekauft oder eine Lizenzgebühr entrichtet werden.

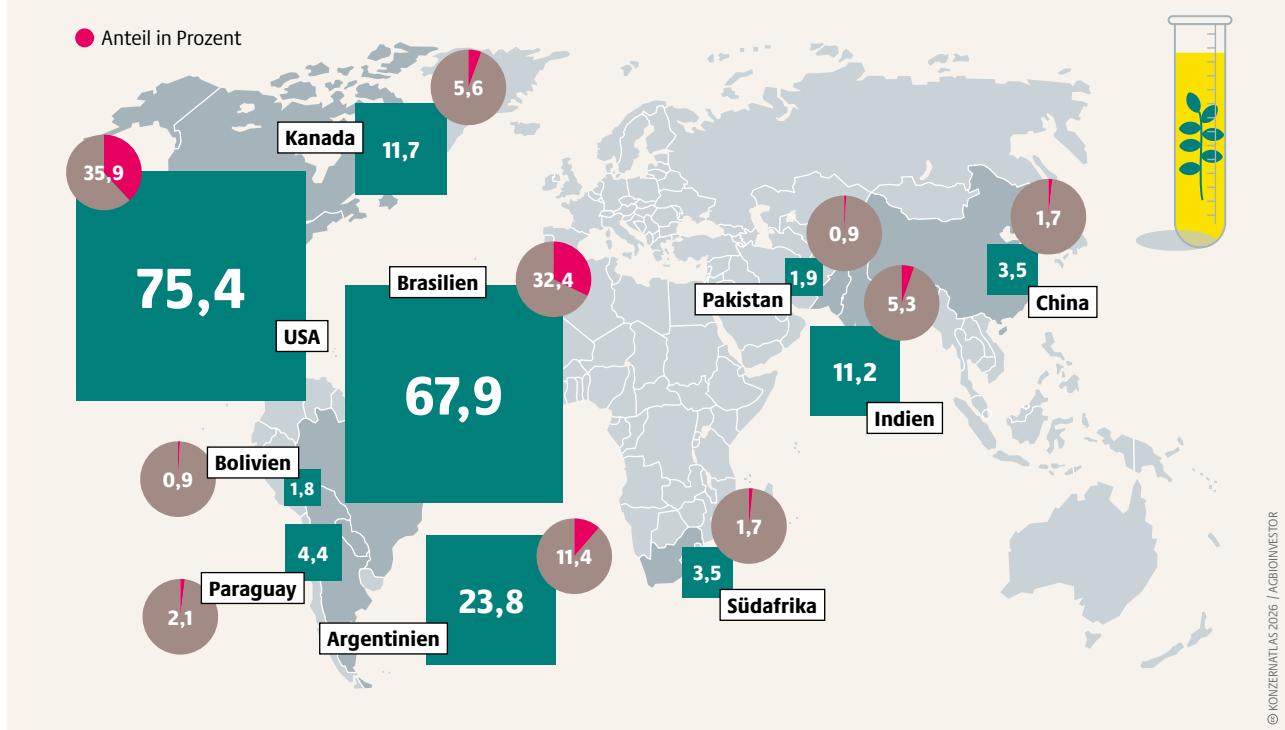
Gentechnisch manipuliertes Saatgut wird standardmäßig patentiert – ein starker wirtschaftlicher Anreiz für Agrarkonzerne, verstärkt auf gentechnische Verfahren zu setzen. Weil der Konkurrenzdruck so hoch ist in einem Markt, der von immer weniger Akteuren dominiert wird, müssen alle Konzerne zu den üblichen Strategien greifen, um mithalten zu können: Sie steigern Effizienz durch technische Neuerung und senken die Produktionskosten durch Rationalisierung. Das erzeugt Zugzwang: Um in der Konkurrenz nicht



Bayer und Corteva besitzen zusammen 80 Prozent der Patente auf genmanipulierte Pflanzen und dominieren damit den Markt für Saatgut – und für Pestizide

VOM LABOR IN DIE LANDSCHAFT

Anbaufläche genmanipulierter Pflanzen in Millionen Hektar und Anteil an der globalen Anbaufläche genmanipulierter Pflanzen, 2024



unterzugehen, wollen größere Unternehmen meist nicht mehr auf technische Verfahren wie neue Gentechnik verzichten.

Inzwischen werden Patente auch für konventionell gezüchtete Pflanzen beantragt. Offiziell ist das verboten. Trotzdem hat das Europäische Patentamt inzwischen bereits Hunderte solcher Patente für konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt. Sie betreffen mehr als 1.300 Sorten. Die Konzerne erlangen solche eigentlich nicht erlaubten Patente, indem sie rechtliche Schlupflöcher nutzen: Anträge werden so formuliert, dass herkömmlich gezüchtete Pflanzen wie technische Erfindungen wirken. Ein bekanntes Beispiel ist der Brokkoli-Fall, bei dem ein Patent auf eine Brokkolisorte mit einem natürlich erhöhten Bitterstoffgehalt erteilt wurde, obwohl die Sorte aus einer herkömmlichen Kreuzung stammte.

Befeuer wird diese Entwicklung durch neue Gentechnik. Sie umfasst verschiedene molekulargenetische Verfahren, um genetische Veränderungen in einen Organismus gezielt an bestimmten Stellen einzufügen. Auch wenn die Methoden im Labor relativ kostengünstig sind, ist die Markteinführung neuer Pflanzen in der Regel zeit- und kapitalintensiv. Biotech-Start-ups verkaufen deshalb ihre zur Patentierung angemeldeten Pflanzen an Großkonzerne oder werden direkt aufgekauft. Da neue gentechnische Verfahren häufig ohne den Einbau von Fremd-DNA auskommen, nutzen Konzerne inzwischen ein neues

Die weltweite Anbaufläche für genmanipulierte Pflanzen ist im letzten Jahrzehnt um 30 Millionen Hektar gestiegen. Auf der Hälfte davon wächst Soja

Schlupfloch: Sie beantragen Patente auf Saatgut, das sich mithilfe neuer Gentechnik erzeugen ließe, selbst wenn die Eigenschaften auch durch klassische Züchtung entstehen.

Ein Beispiel dafür ist der Konzern KWS, dem das Patent auf Mais mit höherer Verdaulichkeit erteilt wurde, obwohl die entsprechenden Genvarianten in bestimmten Maispflanzen entdeckt und durch konventionelle Züchtung in KWS-Sorten eingezüchtet wurden. Das KWS-Patent gilt für den Pflanzentyp unabhängig davon, ob seine Eigenschaften gezielt durch Gentechnik entstanden sind oder zufällig in der Natur vorkommen, wodurch der Konzern auch Kontrolle über die konventionelle Züchtung erhält. Neben KWS haben sich andere marktbeherrschende Unternehmen wie Bayer, BASF, Corteva und die Syngenta Group ähnliche Nutzungslicenzen gesichert.

Setzt ein Betrieb Sorten ein, die von KWS oder anderen Konzernen patentiert wurden, benötigt er eine Lizenz, sonst drohen langwierige und teure Patentklagen. Für Bäuer*innen kann das oft existenzbedrohend werden. Solche Klagen sind auch möglich, wenn das patentierte Saatgut unwissentlich auf dem Feld gelandet ist, zum Beispiel durch Windverwehung von Nachbarfeldern. ●

WER HINTER DEM SOJA STECKT

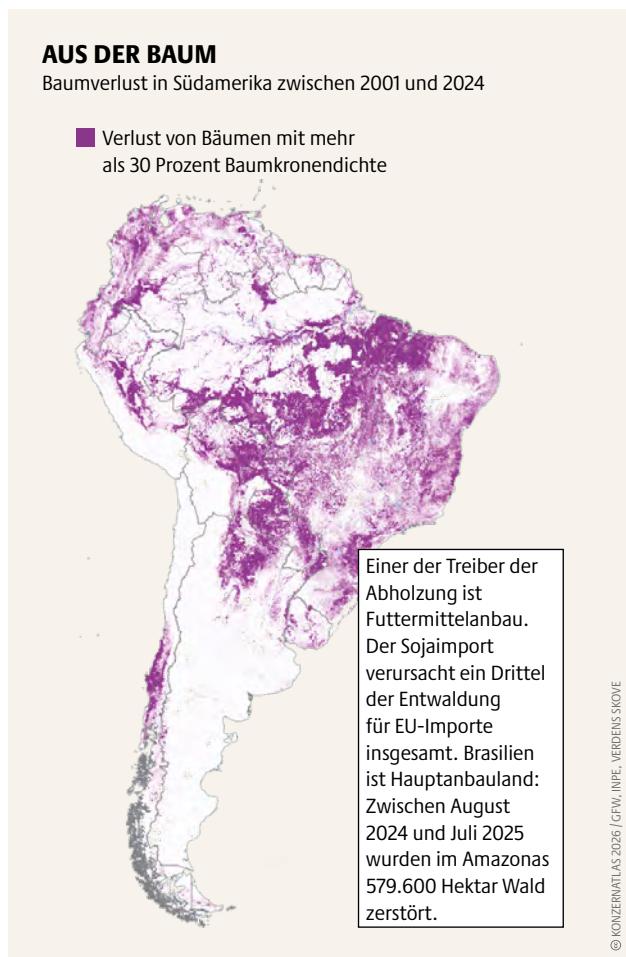
Wenige Global Player kontrollieren den Handel mit Futtermitteln, für deren Anbau Regenwald und Savanne abgeholtzt sowie Indigene vertrieben werden. Am Ende der Lieferkette landet das Soja von Konzernen wie Cargill unter anderem in europäischen Ställen im Futtertrog.

Die Sojabohne ist mittlerweile das begehrteste Agrarprodukt der Welt – ihr Export hat 2024 rund 80 Milliarden US-Dollar umgesetzt. Zwischen 1968 und 2018 hat sich die globale Soja-Anbaufläche mehr als vervierfacht und die Erntemenge sogar mehr als verachtfacht. Ein Treiber dieser Entwicklung ist die wachsende Nachfrage nach tierischen Produkten, denn mehr als 75 Prozent der weltweit angebauten Sojabohnen enden als Eiweißfutter in der Nahrung von Schweinen, Hühnern, Rindern. Den weltweiten

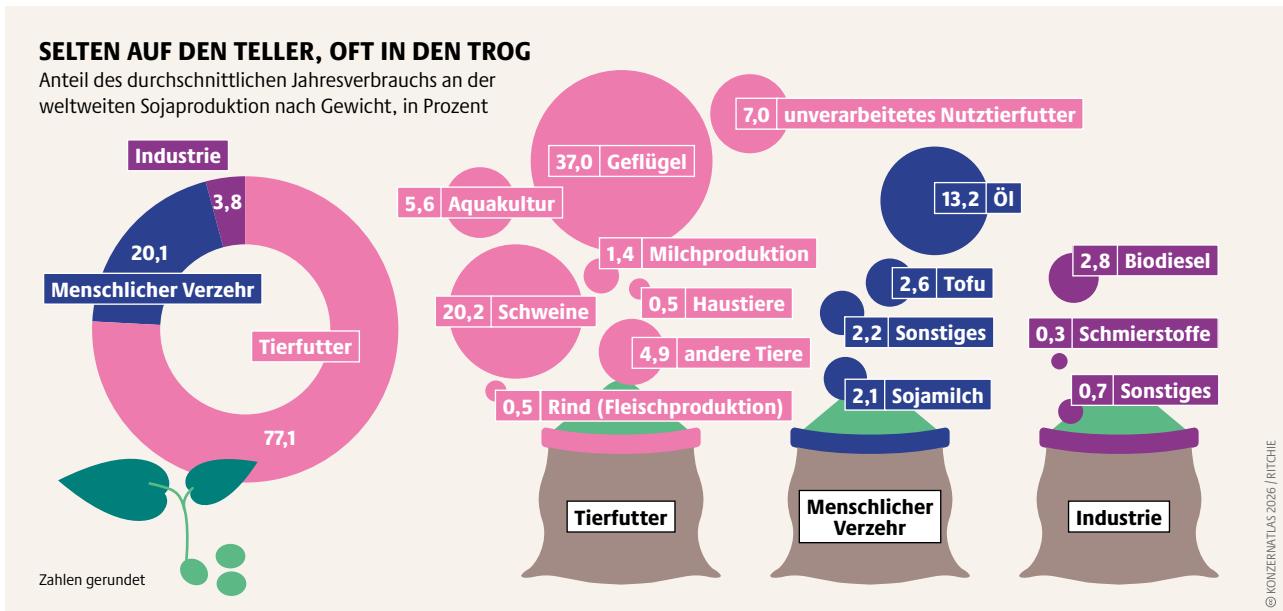
Handel mit Soja und anderen Futtermitteln wie Mais oder Weizen kontrolliert eine Handvoll Unternehmen: Archer Daniels Midland (ADM), Bunge sowie Cargill aus den USA, COFCO aus China und Louis Dreyfus Company (LDC) aus den Niederlanden.

Dieses Oligopol wird auch als Big Five bezeichnet. Es profitiert am meisten, wenn die Preise steigen. Zum Beispiel, wenn die Agrarmärkte durch geopolitische Krisen erschüttert werden – während der Corona-Pandemie und nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine erzielten die Big Five Rekordgewinne. Aktuell konzentriert sich der Agrarhandelssektor sogar noch weiter: Bunge hat 2025 mit dem kanadischen Konzern Viterra eine weitere Fusion abgeschlossen. Bereits im Jahr 2022 kontrollierten beide Konzerne mehr als ein Fünftel der Sojaexporte und fast ein Viertel der Maisexporte aus dem Schlüsselmarkt Brasilien. Wettbewerbsexpert*innen warnen, dass durch steigende Marktmacht die Erzeuger*innen weniger verdienen, die Verbraucher*innen höhere Preise zahlen und der Markt insgesamt instabiler wird.

Studien zufolge werden weniger als 3 Prozent aller Sojabohnen unter Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards produziert. Immer wieder geraten die großen Agrarhändler wegen Waldrodungen und Menschenrechtsverletzungen in die Kritik. Das gilt insbesondere für Cargill – mit einem Umsatz von 160 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 das größte Privatunternehmen der USA. Cargill beliefert unter anderem den deutschen Einzelhändler Aldi und betreibt seit 2003 sogar einen eigenen Hafen in Santarém im brasilianischen Bundesstaat Pará. Von dort aus kontrolliert Cargill den Handel mit Soja aus dem brasilianischen Amazonasgebiet und der Cerrado-Savanne. Zwar brachte die brasilianische Regierung 2006 ein Moratorium auf den Weg, um Konzerne wie Cargill daran zu hindern, Soja zu beziehen, für dessen Produktion es im Amazonasgebiet zu Abholzungen kam. Untersuchungen zeigen jedoch: Cargill handelt immer noch mit Soja, für dessen Anbau mindestens bis ins Jahr 2020 Amazonas-Regenwald niedergebrannt wurde. Im September 2025 entschied die brasilianische Wettbewerbsbehörde zudem, das Soja-Moratorium ab 2026 auszusetzen – ein dramatischer Rückschritt für den Waldschutz. Seit Jahren werfen Indigene wie die Munduruku dem



Für Soja werden Wälder gerodet und Menschen vertrieben. Allein in Brasilien ist die Anbaufläche so groß wie Deutschland und Österreich zusammen

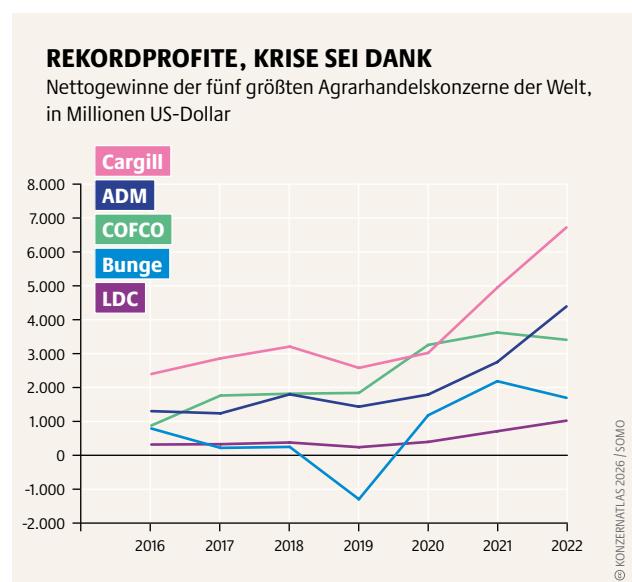


Konzern außerdem vor, angestammte Landrechte zu missachten. In der Kritik steht unter anderem der von Cargill und anderen Großkonzernen unterstützte Bau der Ferrogrão genannten Eisenbahnstrecke. Die fast 1.000 Kilometer lange Transportstrecke für Soja und Mais droht, 16 Gebiete Indiger zu zerschneiden und Landraub zu begünstigen. Recherchen zeigen auch miserable Arbeitsbedingungen bei Cargill. Ein brasilianisches Gericht verurteilte den Konzern im Jahr 2023 zu Entschädigungszahlungen, weil er Kakao von Plantagen bezog, auf denen nachweislich Kinderarbeit eingesetzt wurde.

Die Marktmacht der großen Agrarhandelskonzerne muss gebrochen werden, um Indigene vor Vertreibung, Bäuer*innen und Arbeiter*innen vor Ausbeutung, Verbraucher*innen vor hohen Preisen und die Umwelt vor Zerstörung zu schützen. Dafür müssen erstens Fusionen auch mit Blick auf ihre sozialen und ökologischen Folgen kritisch geprüft werden. Zweitens braucht es effektive Strafen, wenn Konzerne ihre Marktmacht missbrauchen, um Preise zu diktieren und so den Wettbewerb zu verzerrn. Drittens ist mehr Transparenz nötig: Was lagern die großen Agrarhandelskonzerne in welchem Umfang? Dieses Wissen würde es Staaten ermöglichen, im Ernstfall auf diese Bestände zugreifen zu können, um Ernährungs- und Preiskrisen abzumildern; ein Anliegen, das Vorrang vor Unternehmensprofiten und Renditen für Investoren haben sollte. Mehr Transparenz braucht es auch bei dem langen Weg, den Sojabohnen und andere Futtermittel bei ihrer Weltreise von der Saat bis zum Endverbrauch zurücklegen. Ein wichtiger

In Asien wird Soja seit Jahrtausenden angebaut. Global hat sich die Produktion erst im 20. Jahrhundert massiv ausgeweitet. Haupttreiber: Tierhaltung

Schritt in diese Richtung ist die Verordnung der Europäischen Union (EU) über entwaldungsfreie Lieferketten. Sie soll sicherstellen, dass die Konzerne sowie ihre Zulieferer und Subunternehmen bei der Produktion keine Menschenrechtsverletzungen begangen und keine Flächen genutzt haben, auf denen nach 2020 der Wald geschädigt oder abgeholt wurde. Und schließlich kann die Politik mit Förderprogrammen die Nachfrage nach Soja und anderen Futtermitteln senken, indem sie Betriebe dabei unterstützt, weniger Tiere zu halten und stärker heimische Eiweißpflanzen zu nutzen – und pflanzenbasierte Ernährung für Verbraucher*innen attraktiver macht. ●



Weltweiter Handel mit Agrarrohstoffen, Transport und Lagerung: Die Großkonzerne kontrollieren bis zu 90 Prozent des Marktes

WER GEWINNT UND WER DRAUFZAHLT

Wie entstehen die Preise für Lebensmittel? Wie verteilen sich Gewinne entlang der Lieferkette? Das bleibt für Verbraucher*innen häufig undurchsichtig. Wissenschaftliche Studien zeigen: Preise kommen selten durch Angebot und Nachfrage zustande, sondern hängen von Machtverhältnissen ab.

Kooperativ werden Preise zwischen Landwirt*innen, verarbeitender Industrie, Supermärkten, Restaurants und Verbraucher*innen selten festgelegt. In vielen Fällen geben vielmehr die verarbeitende Industrie oder Einzelhandelsketten den Ton an. Damit sich ihre Preisvorstellungen durchsetzen, organisieren sie Wettbewerb zwischen ihren Lieferant*innen. Weil die meisten Produkte standardisiert sind, können Bestandteile aus vielen unterschiedlichen Regionen oder gar von sehr weit entfernten Kontinenten bezogen werden.

Das stärkt die Verhandlungsmacht der Ketten: Landwirt*innen mit sehr unterschiedlichen Produktionskosten können gegeneinander ausgespielt werden,

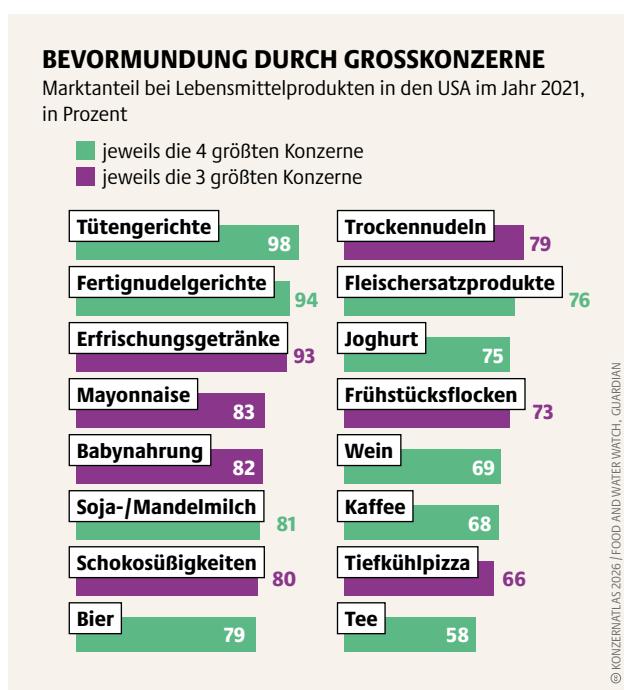
bis sich letztlich der Preis des günstigsten Anbieters durchsetzt. Erzeuger*innen müssen mangels Alternativen den niedrigsten Marktpreis akzeptieren, unabhängig von ihren tatsächlichen Kosten. Das Profitinteresse der verarbeitenden Industrie und der Handelsketten treibt diese Entwicklung an. Eines der historisch ersten Produkte, das standardisiert wurde, war Weizen. Er wurde bereits in den 1850er-Jahren nach festen, einheitlichen Vorgaben hergestellt, um ihn an der Börse in Chicago handeln zu können. Heute sind nahezu alle Agrarprodukte, tierischen Erzeugnisse und verarbeiteten Lebensmittel standardisiert, vom Milchpulver bis zum Toastbrot.

Eine neue Untersuchung aus Frankreich hat sechs Formen der Preisbildung im Lebensmittelmarkt identifiziert. Die Wissenschaftler*innen haben dafür französische Wertschöpfungsketten analysiert. Sie sind mit der deutschen strukturell vergleichbar, gleichwohl der hiesige Lebensmitteleinzelhandel laut der Europäischen Kommission noch stärker konzentriert ist als in Frankreich und Lebensmittel hierzulande vergleichsweise noch teurer sind.

Im ersten Preisbildungsmodus, den die Untersuchung identifiziert hat, stehen differenzierte Lieferketten im Mittelpunkt, die auf Kooperation beruhen. Hier werden Preise von unten nach oben gebildet – ausgehend von der landwirtschaftlichen Produktion über Verarbeitung und Handel bis hin zu den Verbraucher*innen. Eine große Rolle spielen Direktvermarktung, kurze Lieferketten und Produkte mit Qualitäts- oder Herkunftskennzeichnung: Bio-Siegel, Fairtrade-Zertifikate oder geschützte Ursprungsbezeichnungen wie Champagner oder Comté. Diese Produkte machen lediglich rund 5 Prozent des Gesamtumsatzes des Lebensmittelmarktes aus.

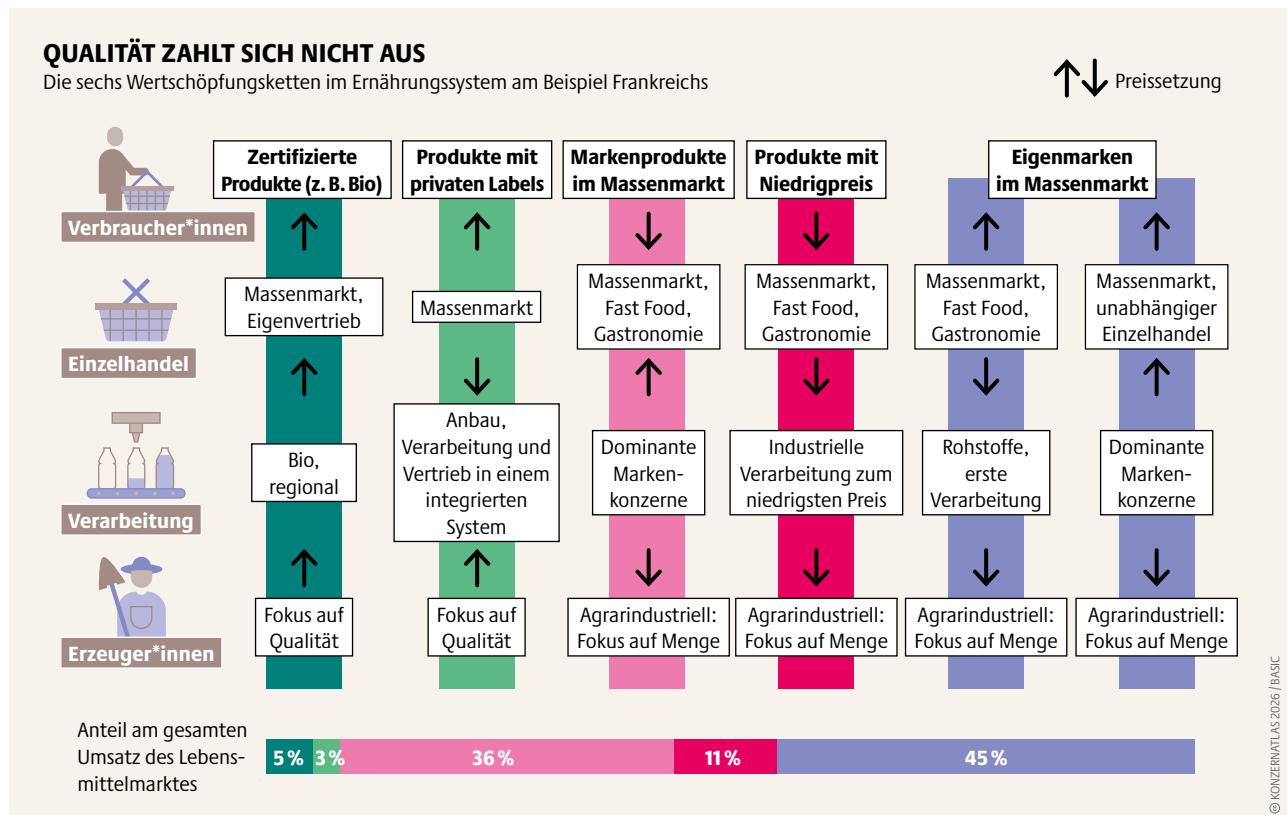
Der zweite identifizierte Modus repräsentiert ungefähr 3 Prozent des Gesamtumsatzes und steht stärker als der erste Modus unter dem Druck durch Standardisierung und Preiskampf: Er betrifft Produkte mit Güte- oder Herkunftssiegeln, die jedoch zu niedrigen Preisen als Eigenmarken des Handels verkauft werden. Landwirt*innen profitieren hier seltener.

Konzerne erzielen Profite mit Essen auf Kosten von Arbeiter*innen: 5 der 10 am schlechtbezahltesten Berufe finden sich in der US-Lebensmittelbranche



QUALITÄT ZAHLT SICH NICHT AUS

Die sechs Wertschöpfungsketten im Ernährungssystem am Beispiel Frankreichs



Das dritte Modell der Preisbildung ist am weitesten verbreitet und basiert auf erfolgreichen Produkten wie Nutella, Coca-Cola, Kitkat oder Magnum-Eis. Solche Marken generieren mit 36 Prozent mehr als ein Drittel des Gesamtwerts des Lebensmittelmarktes – obwohl sie nur einen kleinen Teil des Sortiments ausmachen. Der Erfolg beruht darauf, dass Verbraucher*innen durch große Werbebudgets gewonnen und gebunden werden. Für Landwirt*innen bringt das wenig Vorteile: Die Produkte setzen sich aus standardisierten Rohstoffen zusammen, die eine gleichbleibende industrielle Massenproduktion ermöglichen. Einen Großteil der Gewinne streichen die globalen Lebensmittelkonzerne ein.

Der vierte Modus ist durch starken Wettbewerb entlang der gesamten Lieferkette geprägt. Er macht etwa 11 Prozent des Gesamtwerts des Lebensmittelmarktes aus. Niedrigpreise sollen Verbraucher*innen anlocken, etwa Bananen für 0,80 Euro pro Kilo oder Milch für 0,75 Euro pro Liter. Kaum ein Akteur in der Lieferkette kann dadurch seine Kosten decken – jedoch können die verarbeitende Industrie und die Einzelhandelsketten die Verluste durch Gewinne in anderen Segmenten ausgleichen. Landwirt*innen haben diese Möglichkeit hingegen nicht.

Die letzten beiden Modi machen zusammen 45 Prozent des Gesamtwerts aus. Sie umfassen ein breites Spektrum an Marken- und Handelsmarkenprodukten, die gemeinsam haben: Einzelhandel, Gastronomie und Außer-Haus-Verkauf am Ende der Kette erzielen hohe Gewinnmargen. Verbraucher*innen bleibt

Lediglich 6,90 Euro erhalten Erzeuger*innen von 100 Euro Lebensmittelverkauf in Frankreich.
Vor 30 Jahren war es noch fast doppelt so viel

das oft verborgen. Die Produkte ähneln in ihrer Zusammensetzung den populären Markenartikeln, sind aber weniger bekannt. Große Markenunternehmen sichern sich so beachtliche Margen, während kleinere Marken und Verarbeiter*innen starkem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Landwirt*innen können auch hier kaum profitieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Erzeuger*innen profitieren nur dort, wo die Qualität landwirtschaftlicher Rohstoffe und ihre Arbeit in die Preisbildung einfließen. Gegeben ist das allenfalls in den ersten beiden Modi, die lediglich 8 Prozent des französischen Lebensmittelmarktes ausmachen. Die anderen Modi der Preisbildung funktionieren vor allem durch hohe Volumen und Skaleneffekte – die Wertschöpfung entsteht durch Vermarktung und Werbung. Und da Lebensmittelkonzerne, Handelsketten und Gastronomiebetriebe ständig ihren Profit steigern müssen, um in der kapitalistischen Konkurrenz bestehen zu können, geraten Landwirt*innen permanent unter Druck. Sie müssen Preise akzeptieren, mit denen sie immer seltener ihre Kosten decken können. Und auch Verbraucher*innen zahlen drauf: Untersuchungen zeigen, dass Supermarktketten Kostenersparnisse nicht durch niedrigere Preise an Verbraucher*innen weitergeben, sondern als Gewinne selbst einstreichen. ●

UNGLEICH TEURE LEBENSMITTEL

Marktmechanismen funktionieren in Österreich nicht so, dass sie die Lebensmittelpreise ausreichend regulieren würden. Aber Genossenschaften für Produktion und Vermarktung und ein Verbund von Dorfläden zeigt: Es geht auch anders.

Lebensmittel in Österreich sind in den letzten Jahren eklatant teurer geworden. Zwischen Jänner 2021 und Mai 2025 stiegen die Preise um sechs Prozentpunkte stärker an als die allgemeine Teuerung. Das vertieft die aktuelle Krise der Ungleichheit auf zwei Weisen.

Einerseits müssen gerade ärmere Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden; im selben Zeitraum mussten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Durchschnitt einen Reallohnverlust von 0,5 Prozent hinnehmen. Andererseits werden die Übergewinne der Lebensmittelkonzerne selbst zu Treibern der Inflation. Einzelne Firmen und Konzerne können Preise erhöhen, wenn sie davon ausgehen, dass ihre Konkurrenz dasselbe tun wird. Solch ein implizites Übereinkommen kann getroffen werden, wenn externe Schocks den Markt erschüttern, etwa die Energiekostenkrise in den Jahren 2021 bis 2023. Eine derartige Dynamik lässt sich im österreichischen Lebensmittelsektor beobachten, dessen Nettogewinn im Teuerungsjahr 2022 um 36,6 Prozent anstieg.

Die Marktmechanismen aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage können die Lebensmittelpreise also nicht ausreichend regulieren. Grundnahrungsmittel müssen konsumiert werden. Daher haben Verbraucherinnen und Verbraucher mehrheitlich keine andere Wahl, als die hohen Preise zu bezahlen – und damit die Übergewinne der Konzerne, die die Produktions- und Vertriebsstrukturen beherrschen. Die Anzahl der materiell und sozial erheblich benachteiligten Menschen in Österreich verdoppelte sich von 2021 bis 2023 und sank auch 2024 nicht wieder.

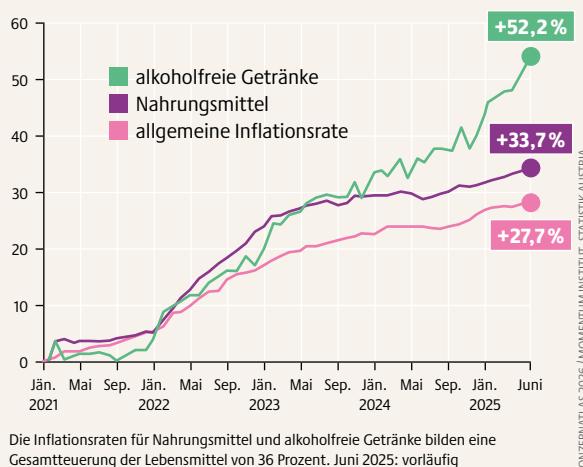
Ein erfolgreiches Gegenmodell zu herkömmlichen Supermärkten sind gemeinnützige Genossenschaften. Produktionsgenossenschaften stellen Lebensmittel her, welche direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben oder in genossenschaftlich organisierten Supermärkten vertrieben werden. Im Falle des Mitmach-Supermarkts MILA in Wien sind alle Konsumentinnen und Konsumenten Teil der Genossenschaft und haben damit ein Mitspracherecht im Betrieb. Da MILA gemeinnützig ist, können viele Lebensmittel günstiger als in herkömmlichen Supermärkten an die Mitglieder weitergegeben werden. Indem die Mitglieder in geringem Ausmaß in dem Markt mitarbeiten, werden die operativen Kosten weiter gesenkt und die Preise niedrig gehalten.

Ein ähnlicher Ansatz lässt sich auch in den 40 solidarischen Landwirtschaften Österreichs beobachten: GeLa Ochsenherz ist die älteste dieser nach genossenschaftlichen Prinzipien organisierten Produktionsstätten. Hier bezahlen Mitglieder keinen festen Preis für die Lebensmittel; stattdessen bringen sie sich im Rahmen ihrer Kapazitäten ein, um die Produktion zu ermöglichen. Dieser Beitrag kann in Form von Geld oder Mitarbeit geleistet werden, und die Ernte wird unter allen Mitgliedern aufgeteilt. Auch hier gilt: Da kein Gewinn erzielt wird, müssen nur die operativen Kosten beglichen werden.

Solche Versorgungsnetze stellen also sicher, dass Güter des täglichen Bedarfs zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Anstatt die herkömmliche Landwirtschaft in Zeiten satter Profite zusätzlich mit öffentlichen Geldern zu fördern, könnten diese Mittel den Aufbau und die Erweiterung genossenschaftlich organisierter Lebensmittelproduktion und -vermarktung

DAS ESSEN BEFEUERT DIE INFLATION

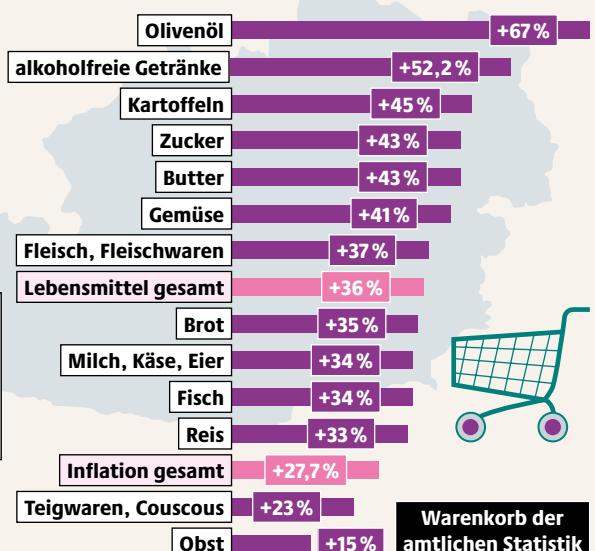
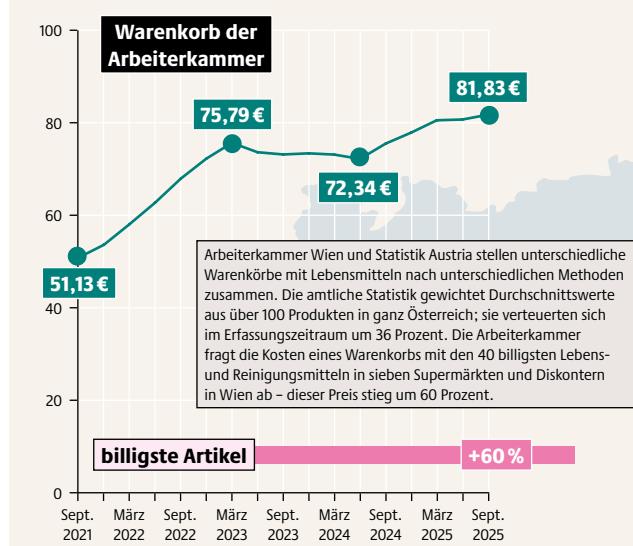
Allgemeine Inflationsrate und Preisanstieg für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, 2021 bis Mitte 2025, in Prozent



Wirtschafts- und sozialpolitisch sind Maßnahmen zur Senkung der chronisch überdurchschnittlichen Lebensmittelsteuerung erforderlich

WER BILLIG KAUFT, ZAHLT MEHR

Preisanstieg von Lebensmittelgruppen, 2021 bis Mitte 2025



© KONZERNATLAS 2026 / MOMENTUM INSTITUT, STATISTIK AUSTRIA, ARBEITERKAMMER WIEN

unterstützen. So kann die Lebensmittelversorgung in Österreich nachhaltiger, leistbarer und unabhängiger von der bestehenden Wachstums- und Profitlogik gestaltet werden. Darüber hinaus tragen Genossenschaften dazu bei, die Inflation zu bremsen, indem sie die Gewinn-Preis-Spirale durchbrechen.

Damit sie nicht nur in großen Städten, sondern auch in ländlichen Gebieten erfolgreich sind, braucht es auch in kleineren Gemeinden eine flächendeckende Nahversorgung. Da jedoch Shoppingzentren an den Rändern großer Gemeinden profitabler sind als kleine Dorfläden, ist auch hier eine Versorgungsstruktur jenseits der Profit- und Wachstumslogik notwendig. Als Vorbild dafür kann der „Verein Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ in Vorarlberg dienen. Durch dessen Engagement konnten mehr als 45 Dorfläden für die 52 Mitgliedsgemeinden gefördert werden. Zusätzlich zu der Versorgungssicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner können so Dorfkerne belebt, Orte des Zusammentreffens geschaffen und der Autoverkehr reduziert werden.

Die Chemie- und Agrarwirtschaft gibt jährlich rund 45 Millionen Euro für die Vertretung ihrer Interessen auf EU-Ebene aus. Die Lobbyisten aus dem Bereich der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion trafen sich allein 52-mal zwischen Juli 2024 und Juli 2025 mit österreichischen EU-Abgeordneten. Doch eine Neuorientierung weg von einem wachstums- und profitgetriebenen Wirtschaftssystem und seinen Lobbyisten hin zu

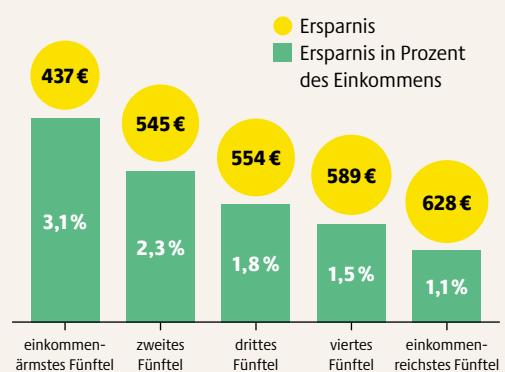
Vor der Inflation gibt es kein Entkommen. Selbst Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln teuern über Trend

einem bedürfnisorientierten Versorgungssystem würde eine tiefgreifende Veränderung darstellen.

Da der freie Markt Anreize setzt, Geld in Sektoren zu investieren, die Rendite bringen, aber nicht notwendigerweise das öffentliche Interesse fördern, muss die öffentliche Hand hier gezielt eingreifen. Nützliche Bereiche der Gesellschaft, etwa der Care-Sektor, die Infrastruktur oder eben der Lebensmittelbereich, müssen ausgebaut und umstrukturiert werden. Wie das gelingen kann, zeigen heute schon die vielen Initiativen, die im Agrar- und Lebensmittelbereich eine Versorgung jenseits des Wachstums- und Profitdrucks organisieren. ●

AM WIRKSAMSTEN BEI DEN ÄRMSTEN

Entlastung durch eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, nach Einkommensfünfteln



© KONZERNATLAS 2026 / MOMENTUM INSTITUT

Ohne Mehrwertsteuer auf Lebensmittel würde für die Einkommenärmsten der Inflationsdruck von 4 Prozent (Ende 2025) um 3,1 auf 0,9 Prozent fallen

BIG TECH PFLÜGT UM

GPS-Sensoren, Cloud-Systeme und künstliche Intelligenz verändern die Landwirtschaft grundlegend. Wenige Konzerne kontrollieren den Markt und treiben Landwirtschaftsbetriebe weiter in die Abhängigkeit.

Große Agrarkonzerne kaufen digitale Technologien ein oder entwickeln sie selbst: Umgangssprachlich ist das als Landwirtschaft 4.0 bekannt. Konkret bedeutet diese Entwicklung, dass sich Traktoren oder Mähdrescher dank Sensoren und GPS teilweise selbst steuern und automatisiert erfassen, wie viel Saatgut und Dünger sie ausbringen und wie hoch der Ernteertrag einzelner Feldabschnitte ist.

Eine immer größere Rolle spielen cloudbasierte Plattformen. So erwarb Bayer bei seiner Übernahme von Monsanto auch die digitale Plattform Climate Field View. Landwirt*innen aus der ganzen Welt nutzen sie mittlerweile auf insgesamt rund 90 Millionen Hektar Land – das Fünffache der gesamten Agrarfläche Deutschlands. Auch andere große Agrarkonzerne bieten solche Dienste an: John Deere mit Operations Center, Corteva mit Granular Insights, BASF mit xarvio und

Syngenta mit Cropwise. All diese Plattformen sammeln Daten von Landwirtschaftsbetrieben und Agrarmaschinen und speisen sie mit öffentlichen Wetter- oder Satelliteninformationen, etwa zum Pflanzenwachstum. So sollen Landwirt*innen einen digitalen Überblick über ihren Betrieb erhalten.

Viele Plattformen geben auch personalisierte Empfehlungen: Climate Field View etwa zeigt, wie sich das von Bayer vertriebene DEKALB-Maissaatgut möglichst ertragreich aussähen lässt. Dafür nutzt die Plattform Machine Learning, also eine Form künstlicher Intelligenz (KI), die Muster in Datenmengen erkennt, daraus Entscheidungen ableitet und Vorhersagen trifft. So schlägt die Plattform etwa vor, in welchen Zonen das Saatgut dichter gesät und wann bewässert und geertet werden sollte – je nach Ertragsziel des Betriebs.

All das klingt zunächst nach einem Fortschritt für Landwirt*innen. Doch die digitale Landwirtschaft dient vor allem dem Gewinnstreben der Agrarkonzerne: Da sie teilweise sinkende Umsätze verzeichnen – zum Beispiel bei Pestiziden – werden digitale Dienstleistungen und Datenanalysen immer wichtiger für ihre Profitgenerierung. Durch die Digitalisierung der Landwirtschaft erhalten sie Zugriff auf die Daten von Millionen von Landwirt*innen. Damit können sie Produkte mit Blick auf ihren Profit gezielter entwickeln, passgenauer vermarkten und möglicherweise auch Preise strategisch anpassen. Für Landwirt*innen entstehen durch die Plattformen neue Abhängigkeiten: Landwirtschaftliches Wissen wird zunehmend durch datenbasierte Analysen ersetzt. Bei Entscheidungen spielen Algorithmen eine immer größere Rolle. Weil viele Plattformen gezielt firmeneigene Produkte bewerben – Climate Field View zum Beispiel das Saatgut von Bayer –, wird der Wechsel zu anderem Saatgut erschwert. Und wer seine Daten einmal auf eine Plattform hochgeladen hat, kann sie meist nicht mehr auf andere Plattformen übertragen. Gemeinhin wird das als Lock-in-Effekt beschrieben: Nutzer*innen bleiben alternativlos an ein bestimmtes Produkt gebunden.

Seit einiger Zeit steigen auch kapitalstarke Konzerne aus der Tech-Branche in die Landwirtschaft ein. John Deere etwa kooperiert seit 2024 mit dem Tech-Milliardär Elon Musk, um Landmaschinen mit dem Satelliteninternet von Starlink zu verbinden. So sollen ländliche

LANDWIRTSCHAFT MIT INTERNETZUGANG

Einsatz von Smart Farming in Deutschland, in Prozent aller Betriebe, 2023



GPS-fähige Traktoren

Automatische Spurführung für präzises Arbeiten auf großen Feldern. Soll Ressourcen schonen und Effizienz erhöhen.

59



Sensorik Boden-, Wetter- und

Pflanzensensoren liefern in Echtzeit App-Daten über Feuchtigkeit, Nährstoffe oder Temperatur. Digitale Plattformen verbinden Maschinen, Wetter- und Bodendaten.

39



Drohnen und Satelliten

Mit Kameras ausgestattete Drohnen und Satelliten erfassen den Pflanzenzustand, erkennen frühzeitig Schädlingsbefall oder Wassermangel.

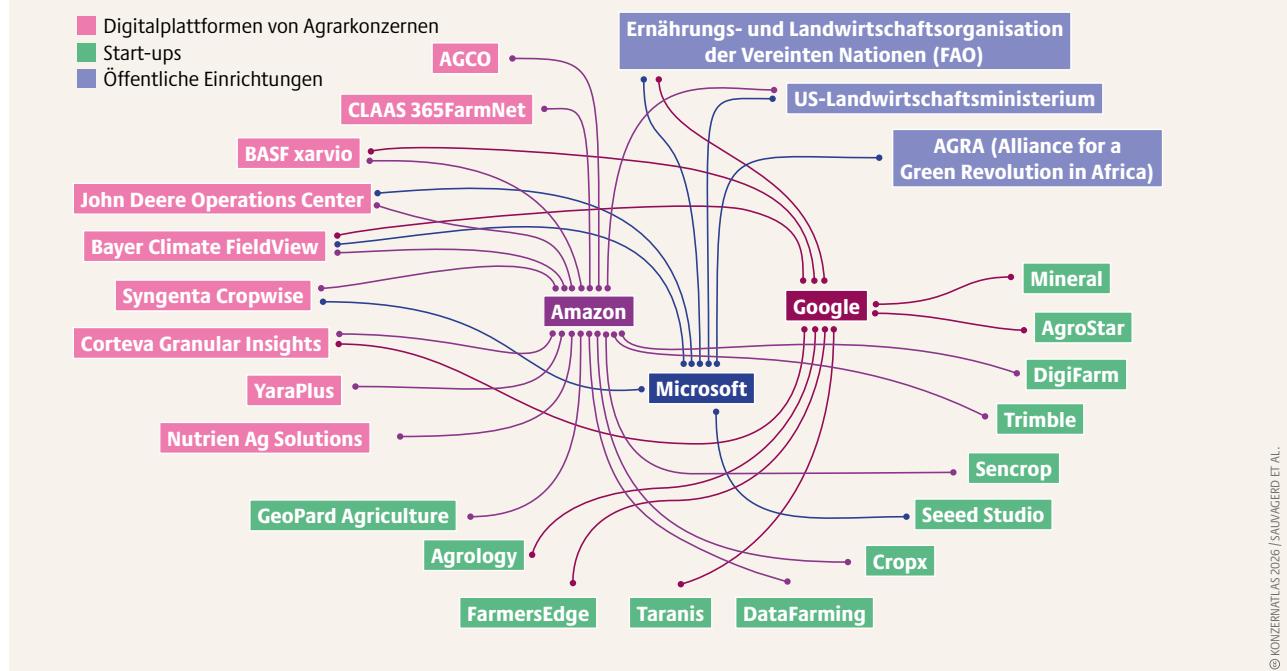
19

© KONZERNATLAS 2026 / HACKFORT

Smart Farming vernetzt Feld und Hof, indem in vielen Bereichen große Mengen Daten gesammelt, analysiert und anschließend zusammengeführt werden

SPINNEN IM NETZ

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Agrar- und Tech-Konzernen, 2024



© KONZERNATLAS 2026 | SALVACERD ET AL.

Gegenden eingebunden werden, in denen der Zugang zu schnellem Internet nur eingeschränkt möglich ist. Die chinesischen Tech-Giganten Alibaba und Tencent haben speziell für Landwirt*innen ihre KI-basierten Chatbots angepasst, die nun individuelle Empfehlungen zur Optimierung des Anbaus bereitstellen. Die großen Tech-Konzerne stellen für die Digitalisierung der Landwirtschaft zudem einen Großteil der Infrastruktur – viele der Plattformen greifen auf die Dienstleistungen im Bereich Cloud Computing und Datenanalyse von Amazon, Microsoft und Google zurück.

Auch Microsoft mischt mittlerweile im Agrarsektor mit: Zusammen mit Bayer baut der Konzern den Azure Data Manager, der auf der Microsoft-Cloud basiert. Mit den dadurch gewonnenen Daten von Millionen Nutzer*innen könnten Microsoft und Bayer ihre Marktmacht weiter ausbauen. Die Gefahr: Je stärker eine Plattform den Markt dominiert, desto leichter kann der Konzern andere Marktteilnehmer*innen ausschließen und neue Einnahmen generieren, indem der Plattformzugang nur gegen Zahlung möglich ist. Die Abhängigkeit der Nutzer*innen von der Plattform würde außerdem noch einmal verstärkt.

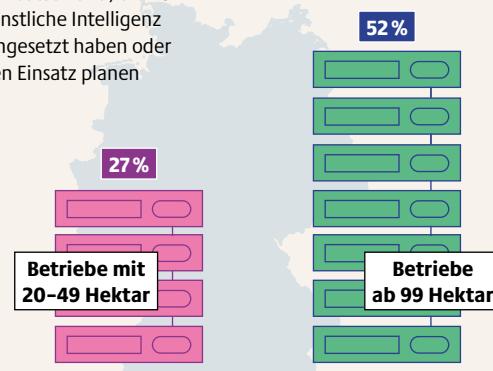
Diese Methode der Marktbeherrschung ist eine der zentralen Strategien zur Profitgenerierung im Plattformkapitalismus, also jenem Wirtschaftsmodell, bei

Tech-Giganten sind mittlerweile fast überall im Agrarsektor aktiv. Die gesammelten Daten stärken ihre Algorithmen und bauen Marktmacht weiter aus

dem wenige Akteure zentrale Schnittstellen kontrollieren und dadurch den Markt nach ihren Interessen umbauen können. Beispiele dafür sind die Rolle von Amazon im Online-Handel oder der Konzern Meta, der mit seinen Plattformen Facebook und Instagram die sozialen Netzwerke dominiert. Was aus diesen und anderen Bereichen bereits an sozioökonomischen Effekten bekannt ist, droht nun auch die Landwirtschaft zu treffen. ●

NUR FÜR GROSSE ERSCHWINGLICH?

Anteil der Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland, die 2024 künstliche Intelligenz eingesetzt haben oder den Einsatz planen



Bis 2030 soll in der Landwirtschaft der KI-Markt auf 7 Milliarden US-Dollar wachsen. Mithalten können nur große Konzerne. Kleine Betriebe werden verdrängt

© KONZERNATLAS 2026 | BITKOM

DIE SAAT DER MACHT

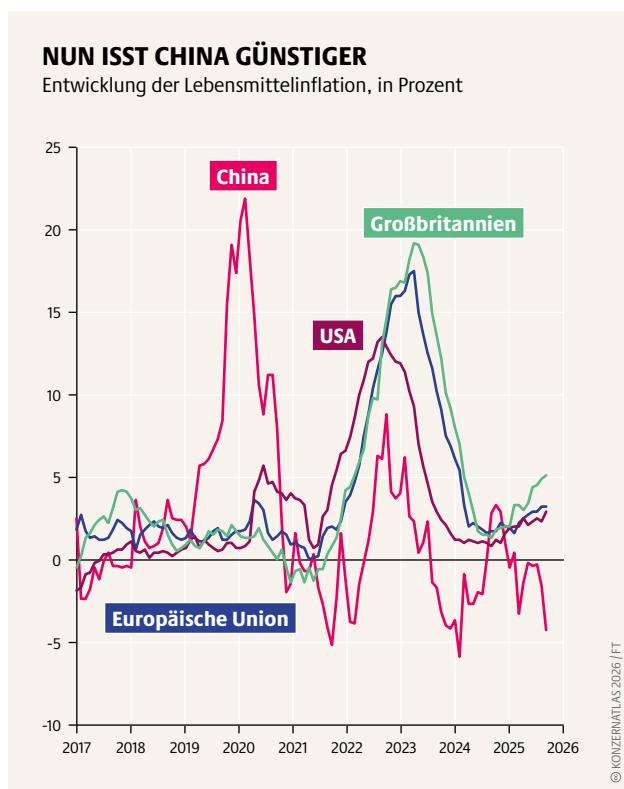
Im globalen Ernährungssystem geben lange Zeit vor allem US-amerikanische sowie einige europäische Konzerne den Ton an. Mittlerweile sortiert sich der Weltmarkt neu – die Konkurrenz aus China gewinnt immer größeren Einfluss. Viele der chinesischen Konzerne sind in Staatsbesitz: Ihr Aufstieg spiegelt daher nicht nur marktwirtschaftliche Dynamiken wider, sondern folgt einer gezielten Strategie der Regierung.

In der chinesischen Geschichte haben leere Teller und leere Mägen oft zu vollen Straßen und vollen Plätzen geführt. Viele Male haben Hungersnöte und Ernährungskrisen Aufstände hervorgerufen und das Ende ganzer Dynastien eingeleitet – vor allem wenn sie mit militärischer Eskalation oder Korruptionsaffären einhergingen. Auf diese Weise zerbrach zum Beispiel Anfang des 20. Jahrhunderts die Qing-Dynastie, Chinas letzte Kaiserherrschaft. Zwischen 1810 und 1907 erlebte das Land eine Reihe schwerwiegender Hungersnö-

te; die verheerendste von ihnen kostete zwischen 1876 und 1879 mehr als 9,5 Millionen Menschen das Leben. In neuerer Zeit führte die Hungersnot von 1959 bis 1961 zum Tod von Dutzenden Millionen Menschen. Ausgelöst wurde sie durch die Politik Mao Zedongs, der mit seinem sogenannten Großen Sprung nach vorn eine rasche Industrialisierung und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erreichen wollte. Als Lektion der Geschichte begreift die heutige chinesische Zentralregierung Ernährungssicherheit als zentral, um ihre Macht zu sichern.

Seit einer bedeutenden politischen Neuausrichtung im Jahr 2013 setzt China bei der Lebensmittelversorgung auf eine Doppelstrategie: Einerseits möglichst autark werden und andererseits beschaffen, was fehlt. So soll im Inland das Nötigste selbst produziert werden, zum Beispiel Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen und Schweinefleisch. Dazu kommen große Investitionen in Agrartechnologie; autonome Systeme und künstliche Intelligenz sollen die eigene Landwirtschaft befähigen. Was China nicht ausreichend selbst anbauen kann, kauft es auf dem Weltmarkt, zum Beispiel Sojabohnen. Seit Jahren diversifiziert China seine Bezugsquellen und stärkt die Beziehungen zu Afrika, Lateinamerika und Südostasien durch langfristige Lieferabkommen und Auslandsinvestitionen. In diesem Prozess agieren chinesische Staatskonzerne häufig als verlängerter Arm Pekings. Aber auch private Firmen bindet die Regierung gezielt in die eigene Strategie ein – durch zinsgünstige Kredite und diplomatische Unterstützung.

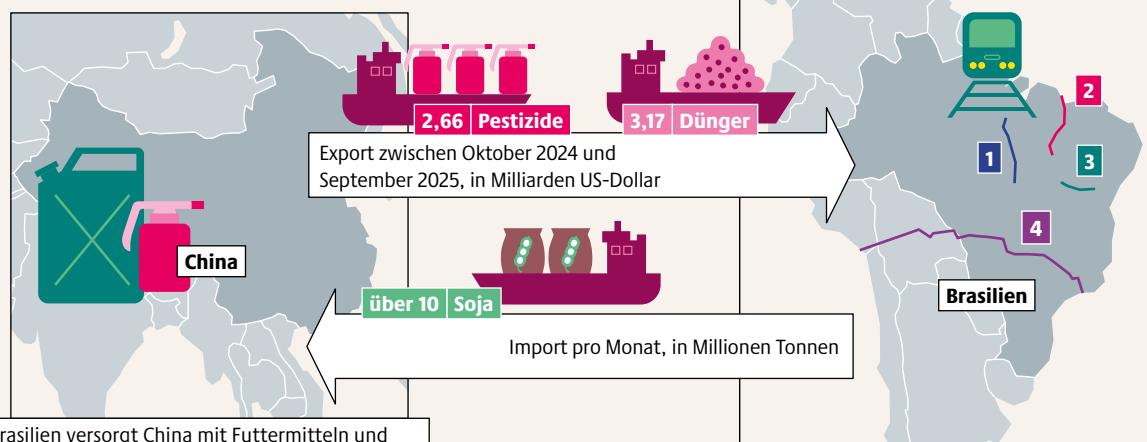
China muss sein Agrarbusiness im Ausland auch deshalb ausbauen, weil die Selbstversorgung bröckelt: Der Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln ist von 93,6 Prozent im Jahr 2000 auf 65,8 Prozent im Jahr 2020 gesunken. Schätzungen zufolge fehlten China Ende 2025 etwa 130 Millionen Tonnen Lebensmittel, darunter 25 Millionen Tonnen Getreide. Bis 2030 könnte die Selbstversorgungsquote sogar unter 59 Prozent fallen. Zahlreiche Faktoren erschweren es China, den Lebensmittelimport zu diversifizieren. Zum einen verschärfen sich die Spannungen mit den USA. Zum anderen sind die internationalen Märkte für Getreide und Dünger seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sehr instabil. Zudem setzen viele Länder in den gegenwärtigen Krisen auf Exportbeschränkungen. Dieser



2019 ließ die Afrikanische Schweinepest in China die Preise kurzzeitig explodieren. Mittlerweile ist die Inflation in China niedriger als anderswo

UNGLEICHE PARTNERSCHAFT

Agrarhandel und Beteiligung von China an Infrastrukturprojekten in Brasilien



Brasilien versorgt China mit Futtermitteln und Proteinen. Durch langfristige Handelsverträge und Investitionen in Südamerika will China unabhängiger werden, vor allem von den USA. Mittlerweile importiert es nur noch 20 Prozent Soja aus den USA und bereits 70 aus Brasilien.

1. Ferrogrão-Projekt: Beschleunigt und vergünstigt den Sojatransport von Amazonashäfen.

3. West-Ost-Integrationsbahn: Verbindet Sojabohnen in Brasilien mit Häfen am Atlantik und Pazifik und senkt Chinas Transportkosten.

2. Pará-Eisenbahn: Erleichtert den Transport und Export von Eisenerz.

4. Bi-ozeanische Eisenbahn: Gilt als Panamakanal des 21. Jahrhunderts. Durch ein Darlehen Chinas kann Brasilien mit peruanischen Pazifikhäfen verbunden werden.

© KONZERNATLAS 2026 / MERICS, OECD, USDA

Protektionismus macht es für China noch schwieriger, verlässliche Handelspartner zu finden.

Ein Blick auf Schlüsselakteure zeigt, wie groß der Einfluss Chinas im weltweiten Agrarsektor mittlerweile ist. Allein die COFCO-Gruppe, ein staatlicher Getreide- und Logistikriese, handelte im Jahr 2024 mit über 108 Millionen Tonnen Getreide und anderen Agrarrohstoffen. Gemessen an den Umsätzen war COFCO im Jahr 2022 nach Cargill der zweitgrößte Agrarhändler weltweit. Im Jahr 2017 hat ChemChina den Schweizer Konzern Syngenta für 43 Milliarden US-Dollar gekauft. Damit sicherte sich China den Zugang zu Saatgut- und Pestizidtechnologie und stärkte damit die Kontrolle über globale Agrarin-puts. Heute ist die Syngenta-Gruppe – samt der israelischen Tochter ADAMA – bei Pestiziden mit einem Anteil von 25 Prozent Weltmarktführer. Am Saatgutmarkt hielt der Konzern 2023 einen Anteil von 10 Prozent.

Chinas Agrarinvestitionen konzentrieren sich auf Regionen, die hohen strategischen und wirtschaftlichen Nutzen versprechen. In Afrika unterstützen chinesische Firmen die Verteilung von Saatgut und Dünger; diese Projekte basieren auf bilateralen Regierungsabkommen wie dem Forum für China-Afrika-Kooperation (FOCAC). Zwischen 2013 und 2023 errichtete China 24 landwirtschaftliche Technologie-Demonstrationszentren in Afrika, in denen chinesische Expert*innen gemeinsam mit lokalen Bäuer*innen über 300 moderne Agrartechnologien einführten. Diese Maßnahmen führten zu durchschnittlichen Ertragssteigerungen

China wäre gerne unabhängig, kann jedoch nicht alles selbst produzieren: Als weltgrößter Sojaimporteur importierte es 2024 über 105 Millionen Tonnen

von 30 bis 60 Prozent und kamen über einer Million Bäuer*innen auf dem Kontinent zugute.

In Lateinamerika – insbesondere in Brasilien und Argentinien – sichert sich China den Import wichtiger Güter wie Sojabohnen und Rindfleisch und investiert zugleich in Infrastrukturprojekte wie Häfen, Wasserkraftwerke und Eisenbahnen. In Südostasien wiederum ermöglichen die geografische Nähe und steigende Nachfrage lukrative Geschäftsvorhaben wie COFCO Biochemical in Thailand.

Chinas Ambitionen in der globalen Ernährungspolitik werden zunehmend auch durch die wachsende Macht innerhalb der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sichtbar. Seit Qu Dongyu im Jahr 2019 als erster Chineser überhaupt das Amt des Generaldirektors übernommen hat, scheint China immer größeren Einfluss auf die Gestaltung internationaler agrarpolitischer Agenden zu nehmen. So profitierte etwa Syngenta von der Zulassung mehrerer hochgefährlicher Pestizide für den Einsatz in FAO-Entwicklungsprojekten. Zwar sind die Durchsetzungsbefugnisse der FAO begrenzt, dennoch bietet sie China eine wertvolle Plattform, um eigene landwirtschaftliche Standards und Entwicklungsvisionen weltweit zu fördern. ●

GRÜNER UMBAU MIT TÜCKEN

Unser Ernährungssystem belastet das Klima massiv. Technische Ansätze wie grüner Wasserstoff für Dünger, Biosprit und Carbon Farming sollen Emissionen senken oder ausgleichen – doch statt Klimaneutralität schaffen sie neue Probleme.

Die Landwirtschaft ist durch Extremwetter wie Dürren oder Überschwemmungen stark von der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig ist sie einer ihrer Treiber: Ernährungssysteme emittieren weltweit rund ein Drittel aller Treibhausgase wie Kohlenstoffdioxid (CO₂). Weltweit sind sie für 15 Prozent des fossilen Energieverbrauchs verantwortlich. Fossile Brennstoffe benötigt die Agrarindustrie zum Beispiel für die Herstellung von Düngern, Pestiziden und Maschinentreibstoff. Deshalb bringen Agrar- und Industriekonzerne seit einigen Jahren zahlreiche Dekarbonisierungsstrategien voran und setzen auf Maßnahmen, die den Treibhausgasausstoß reduzieren sollen. Einige dieser Strategien sind jedoch nicht ausgereift, bergen Risiken und bringen neue soziale und ökologische Auswirkungen mit sich.

Einen grünen Wandel versprechen zum Beispiel Konzerne wie Yara aus Norwegen oder BASF aus Deutschland, die viel Geld mit der Dünger- und Ammoniakproduktion verdienen. Synthetische Stickstoffdünger sind eine massive Herausforderung für den

Klimaschutz: In den letzten Jahren haben sie von der Herstellung bis zur Ausbringung mehr Treibhausgase verursacht als der gesamte internationale Flugverkehr. Daher haben Yara und andere angekündigt, statt fossilem Wasserstoff aus Erdgas fortan sogenannten grünen Wasserstoff zu nutzen, der ihre Produktion in den nächsten Jahrzehnten dekarbonisieren soll. Theoretisch kann der Einsatz von grünem Wasserstoff knapp 40 Prozent der bisherigen Emissionen einsparen; die übrigen 60 Prozent bleiben hingegen erhalten. Beim Ausbringen des Düngers auf das Feld wandeln Mikroorganismen im Boden den überschüssigen Stickstoff um, der dadurch als klimaschädliches Lachgas in die Luft entweicht. Dieser Prozess ist vollkommen unabhängig von der Art der Produktionsweise. Die Belastung von Böden und Gewässern bleibt deshalb auch dann ein großes Problem, wenn grüner Wasserstoff in Zukunft tatsächlich so flächendeckend eingesetzt werden sollte, wie von den Konzernen versprochen.

Ein weiteres Problem: Für Verwendung auf dem europäischen Markt reicht der Strom aus erneuerbarer Energie nicht aus, den die Europäische Union (EU) produziert. Grüner Wasserstoff müsste größtenteils aus sonnen- und windreichen Regionen in Afrika oder Südamerika importiert werden. Damit drohen neue Abhängigkeiten. Konzerne im Globalen Norden machen ihre Produktion unabhängiger von fossilen Energien und gleichzeitig werden im Globalen Süden weiter Ressourcen ausgebeutet und der Zugang zum Wasser für Fischer*innen und zum Land für Hirt*innen wird eingeschränkt.

Deutschland fördert diese Entwicklung mit Nachdruck: Mit seiner sogenannten Wasserstoffdiplomatie werden gezielt Energiepartnerschaften etwa mit Kolumbien oder Kenia geknüpft. Subventionen aus europäischen Klimafonds und Exportkreditgarantien sollen den Handel mit Wasserstoff wirtschaftlich attraktiv machen. Davon profitieren vor allem große Agrar- und Industriekonzerne.

Auch andere Branchen setzen auf Dekarbonisierung und nutzen den Agrarsektor, um Emissionen zu reduzieren. Im Problemsektor Verkehr soll Biosprit dabei helfen, Emissionen einzusparen – der Anbau von Energiepflanzen verschlingt jedoch viel zusätzliches Ackerland und erfolgt meist in Monokulturen. Das be-



Luftverschmutzung, Klimaschäden: Zu 4,5 Billionen US-Dollar Folgekosten führte 2022 der Verbrauch fossiler Brennstoffe, zum Beispiel im Ernährungssystem

ALL DAS MÜSSTE MIT BÄUMEN BEPFLANZT WERDEN

Flächenbedarf für Aufforstungsprojekte, die Treibhausgasemissionen ausgleichen



Zum Ausgleich der Reserven der 200 größten Konzerne der Fossilindustrie

Das 1,5-Grad-Ziel bleibt unerreichbar, wenn zukünftig mehr als 400 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre gelangen. Die **200 größten Fossilenergiekonzerne** allein könnten mit ihren Reserven **673 Milliarden Tonnen CO₂** freisetzen. Um das zu kompensieren, müsste eine **Fläche größer als Nord- und Mittelamerika** in Wald umgewandelt werden.



Zum Ausgleich der menschlichen Emissionen seit der Industrialisierung

Seit 1750 ist der **CO₂-Gehalt in der Atmosphäre um 50 Prozent gestiegen**. Ohne die Ursachen dafür zu beseitigen, lässt sich die Klimakrise Studien zufolge nicht mehr bremsen: **Die Hälfte der bewohnbaren globalen Landfläche** müsste vollständig mit Bäumen bedeckt werden, um die bisherigen Emissionen zu neutralisieren.

© KONZERNATLAS 2026 / NAEF ET AL.

fördert Landkonflikte weltweit und verdrängt oft Nahrungsmittelanbau. Der in Deutschland verbrauchte Biosprit belegt neben den hiesigen Ackerflächen eine Million Hektar Land im Ausland. Umstritten bleibt, wie viel CO₂ Biosprit überhaupt einspart. Offiziell sollen Agrartreibstoffe im Verkehrssektor den CO₂-Ausstoß in Deutschland aktuell um 7,6 Prozent senken. Diese Berechnung ignoriert jedoch indirekte Landnutzungsänderungen: Verdrängen Energiepflanzen zum Beispiel Weidegrund, führt das oft zur Rodung von Wäldern. Und damit zu neuen Emissionen.

Seit einigen Jahren wird auch Carbon Farming immer populärer. Mit diesem Geschäftsmodell soll die Landwirtschaft durch veränderte Nutzungsmethoden Kohlenstoff im Boden oder in Baumplantagen binden. Der gebundene Kohlenstoff wird dann in Form von Zertifikaten verkauft. Große Konzerne wie Unilever können sich so von ihren Emissionen freikaufen, ohne ihre Produktion tatsächlich klimafreundlicher gestalten zu müssen. Im Kontext des Zertifikatehandels wird oft von Menschenrechtsverletzungen und Landgrabbing berichtet. In Tansania zum Beispiel treibt der Automobilkonzern Volkswagen ein Carbon-Farming-Projekt voran, gegen das sich viele Angehörige der indigenen Volksgruppe Maasai wehren, weil es ihre traditionelle Weidepraxis stark einschränkt. Fast eine Million Hektar umfasst die umstrittene Fläche – so groß wie Hessen. Der deutsche Autokonzern möch-

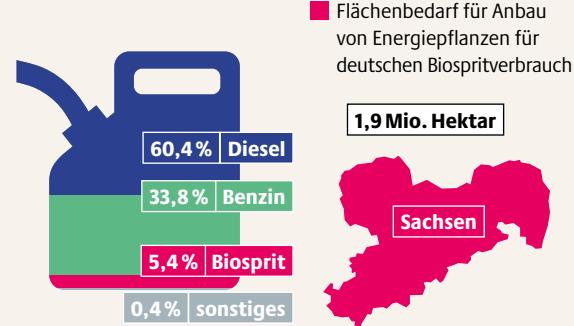
Statt Geschäftsmodelle zu ändern, werben Konzerne für Emissionsausgleich durch Aufforstung. Wegen des riesigen Flächenbedarfs kann das nur scheitern

te mit den Kohlenstoffzertifikaten seine Klimabilanz verbessern. In der Vergangenheit stießen er und seine Autos pro Jahr mehr Treibhausgase aus als Australien.

Es wird deutlich: Wenn Klimaschutz vor allem mit technischen Lösungen betrieben wird, droht eine noch stärkere Abhängigkeit von großen Agrarkonzernen und teurer Technologie, die nur für große, industrielle Betriebe zugänglich ist. Eine wirkliche Dekarbonisierung der Landwirtschaft erfordert eine grundlegende Transformation unseres Ernährungssystems – ohne dass Klima, Umwelt oder soziale Gerechtigkeit dabei auf der Strecke bleiben. ●

VON WEGEN NACHHALTIG

Anteil von Biosprit am Kraftstoffverbrauch in Deutschland im Jahr 2024



© KONZERNATLAS 2026 / DUHET AL., FNR

Raps, Soja, Palmöl landen als Biosprit im Tank. Riesige Flächen benötigt ihr Anbau, der oft im Ausland erfolgt und Nahrungsmittelanbau verdrängt

NATUR ALS WARE

Die Europäische Union (EU) will mit der Hilfe privater Investoren nachhaltiger werden – und liefert die Natur deshalb Spekulanten aus. Doch um Ökosysteme und Artenvielfalt wirksam zu schützen, dürfen sie nicht länger wirtschaftlichen Interessen multinationaler Großkonzerne geopfert werden.

In den vergangenen Jahren hat die EU bei ihrer Umweltpolitik die Priorität darauf gesetzt, private Finanzströme in nachhaltige Aktivitäten zu lenken. Dieses Prinzip prägt den Green Deal und das Konzept der Nature Credits. Diese handelbaren Zertifikate sollen Beiträge zum Biodiversitätsschutz messbar machen, die etwa durch Renaturierung von Feuchtgebieten oder Aufforstung entstehen. Konzerne können Nature Credits erwerben, um Umweltschäden auszugleichen, die sie an anderer Stelle verursacht haben.

Befürworter argumentieren: Solche marktorientierten Lösungen schaffen finanzielle Anreize für Konzerne, Verantwortung für Natur- und Klimaschutz zu übernehmen. Doch der Ansatz ist trügerisch. Nature Credits können die Lage sogar verschlimmern und Ökosysteme weiter gefährden, anstatt sie zu schützen. Denn wenn Natur als Finanzprodukt behandelt wird, verleugnet das ihre Einzigartigkeit. Nature Credits reduzieren unersetzbare Ökosysteme auf messbare Funktionen wie Kohlenstoffspeicherung, Wasserre-

gulierung oder Schutz vor Extremwetter. Dieser Fokus blendet ihre Komplexität aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen warnen: Durch den Kauf von Nature Credits können Konzerne ihr Image durch Greenwashing verbessern, ohne umweltschädliche Geschäftsmodelle aufgeben zu müssen.

Großbritannien und Frankreich haben das International Advisory Panel on Biodiversity Credits (IAPB) initiiert, das dafür sorgen soll, Nature Credits weltweit in Gesetze zu integrieren. In ihren Stellungnahmen schließt die IAPB den Handel auf dem Sekundärmarkt nicht aus. Das würde es Konzernen erlauben, Nature Credits mehrfach weiterzuverkaufen – und aus Preischwankungen Profit zu schlagen. Es ist davon auszugehen, dass diese Empfehlung auch in den zukünftigen EU-Rahmen für Nature Credits eingeht. Das erleichtert Spekulation mit der Natur und erhöht die Nachfrage nach landwirtschaftlichen oder natürlichen Flächen. Landpreise würden so weiter nach oben getrieben. Im Globalen Süden zum Beispiel führen Nature-Credit-Projekte dazu, dass Kleinbauer*innen, Indigene oder lokale Gemeinschaften den Zugang zu Land oder natürlichen Ressourcen verlieren, weil Konzerne die Flächen für finanziell lukrative Naturschutz- oder Kompenationsmaßnahmen aufkaufen.

Nature Credits stützen ein Narrativ, das unzureichenden Biodiversitätsschutz allein auf mangelnde Finanzierung zurückführt und die Ursachen von Umweltzerstörung verschweigt. Unabhängig davon, wie viel privates oder öffentliches Geld für Renaturierung ausgegeben wird: Das Artensterben lässt sich nicht aufhalten, solange wir nicht unser Wirtschaftssystem ändern. Eine zentrale Triebkraft des Artensterbens ist die Agrarindustrie. Sie müsste daher dringend ihren Pestizideinsatz verringern, die Vielfalt auf dem Acker erhöhen, Bäume und Hecken stärker in landwirtschaftliche Flächen integrieren. Die Politik kann mit Gesetzen Schadstoffemissionen reduzieren, hochgefährliche Pestizide aus dem Verkehr ziehen und die Zerschneidung von Lebensräumen stoppen. Außerdem kann sie verhindern, dass natürliche, landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Flächen infrastrukturellen oder städtebaulichen Projekten weichen müssen.

Ökosysteme müssen wieder stärker als Gemeingut verstanden werden. Sie dürfen nicht Marktkräften



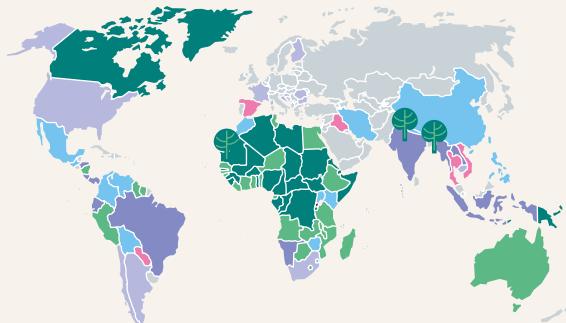
Um am Verbrauch fossiler Brennstoffe festhalten zu können, versprechen Staaten, massig Bäume zu pflanzen. Die dafür nötige Fläche? Nicht vorhanden

IM FOKUS DER SPEKULANTEN

Indigenes Land und seine Bedrohung durch Landnahme, 2023

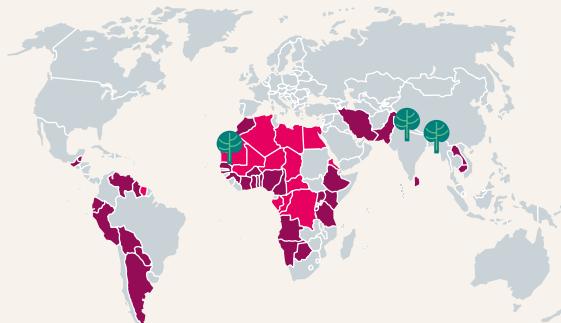
Anteil des Landes, das von indigenen Völkern und Gemeinschaften bewirtschaftet wird, in Prozent

bis 5	20,1 bis 40	60,1 bis 80	keine Daten
5,1 bis 20	40,1 bis 60	über 80	



Risiko von Landnahme

sehr hohes Risiko
hohes Risiko



Zahl der Aufforstungsprojekte zur CO₂-Kompensation



Aufforstungsprojekte, die CO₂-Emissionen ausgleichen sollen, führen im Globalen Süden oft zu Monokulturen, Landkonflikten und Artensterben statt zu Klimagerechtigkeit.

© KONZERNATLAS 2026 / CABELO ET AL., KENNEDY ET AL., LANDMARK

ausgeliefert werden, durch die kurzfristige Gewinne stets über langfristige ökologische Integrität gestellt bleiben. Die EU könnte ihre Ausgaben für den Schutz von Natur, Klima und Biodiversität finanzieren, indem sie gezielte Umweltsteuern und Abgaben für umweltschädliche Industrien wie die Agrarchemie erhebt. Auch könnte sie Subventionen in Renaturierungsprojekte umlenken, die bislang in umweltschädliche Geschäftsmodelle fließen. Umweltsteuern würden Konzerne nicht stärker belasten, als es Nature Credits tun – die Entscheidungsgewalt über unsere Umwelt bliebe jedoch in öffentlicher Hand.

Bis die EU neue Mittel für Wiederherstellung bereitstellt, sollte sie Konzerne zunächst stärker verpflichten, ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Das würde helfen, die Zerstörung von Lebensräumen zu verhindern, denn was gar nicht erst zerstört wird, muss auch nicht teuer und aufwendig restauriert werden. Neben klassischen Finanzinstrumenten kann die Politik innovative Modelle wie Bürger*innenversammlungen etablieren. Dort kann die interessierte Öffentlichkeit mit Fachleuten über Prioritäten und Finanzierungsquellen für Renaturierungsprojekte beraten und

Rund 80 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten weltweit befinden sich in Territorien von Indigenen. Viele der Gebiete sind bedroht durch Landraub und Klimakrise

dadurch sicherstellen, dass im öffentlichen Interesse gehandelt wird. Denn Artenvielfalt und ihr Schutz ist kein Finanzprodukt, sondern eine gesellschaftliche Verpflichtung: Die Natur gehört uns allen und nicht großen Konzernen. ●

EXODUS VON REGENWALD BIS RAPSFELD

Zahl vom Aussterben bedrohten Arten, je menschlicher Aktivität

Lebensraumverlust	direkte Mortalität	sonstige
-------------------	--------------------	----------

Ernährungssystem 15.376 6.398 3.598

Feuer, Wassermanagement 7.087 2.640 1.986

Klimakrise 3.337 1.542 1.723

Energiesektor, Bergbau 3.632 1.141 987

© KONZERNATLAS 2026 / TILMAN

Haupttreiber des Artensterbens: Anbau, Produktion und Vertrieb unseres Essens. Die Agrarindustrie allein bedroht weltweit 86 Prozent aller gefährdeten Arten

IDEAL VERSUS MARKTMACHT

Genossenschaften gelten als demokratisch organisiert. Mittlerweile agieren viele Genossenschaften in der Landwirtschaft jedoch wie multinationale Großkonzerne, die sich am Kapitalmarkt statt am Gemeinwohl orientieren.

In Deutschland haben sich die ersten Warenengenossenschaften im 19. Jahrhundert aus wirtschaftlicher Not heraus gegründet. Die Idee der Zusammenschlüsse: Sie sollen Bäuer*innen Kosten durch den gemeinsamen Einkauf von Betriebsmitteln und Maschinen mindern, neue und bessere Verarbeitungs- und Vermarktungswege ermöglichen und ihnen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber Geschäftspartnern verschaffen. Die Lage vieler Bäuer*innen hat sich in der Geschichte dadurch verbessert. Über die Zeit hat bei vielen Genossenschaften jedoch ein Konzentrationsprozess eingesetzt, der den Einfluss der Mitglieder immer stärker verringert.

Ein prominentes Beispiel dafür ist der Milchsektor. Im Sommer 2025 haben Europas größte Molkereigenossenschaft Arla Foods und Deutschlands größte Molkereigenossenschaft Deutsches Milchkontor (DMK) ihre Fusionspläne öffentlich gemacht. Nicht die 12.000 be-

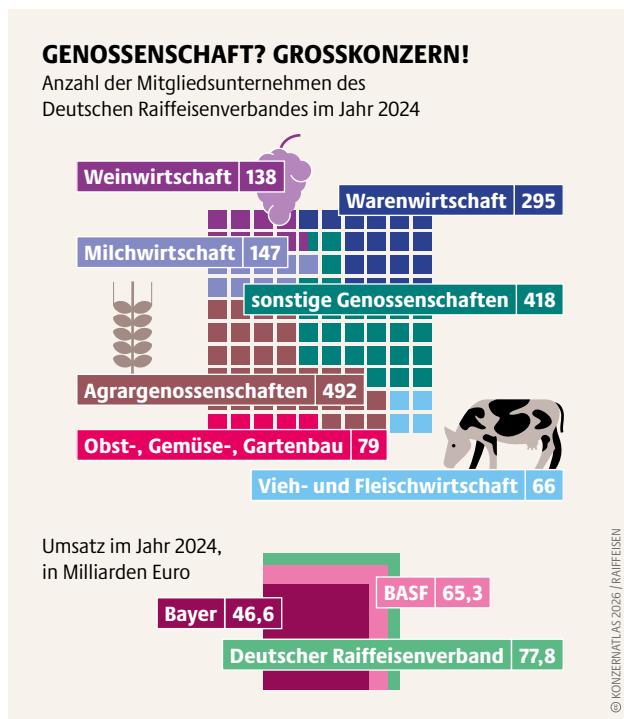
troffenen Milchbäuer*innen stimmten der Fusion zu, sondern nur wenige Hundert Vertreter*innen. Die lukrativen Geschäftsbereiche der Vermarktung und Preisgestaltung sind in Tochterunternehmen ausgegliedert, die oft auf Exportprodukte setzen anstatt auf eine höhere Wertschöpfung durch Qualitätsproduktion – diese Gewinnmaximierung durch Kostenführerschaft auf dem Weltmarkt geht zulasten der Erzeuger*innen. DMK hat bereits vor der Fusion weniger als andere Molkereien an Bäuer*innen gezahlt. Diese können ihre Kosten immer seltener decken.

In vielen Bereichen der Landwirtschaft lässt sich Ähnliches beobachten: Genossenschaften versuchen, mit dem Größenwachstum der Handelspartner mizuhalten. Dadurch verringert sich die Möglichkeit der Genoss*innen, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

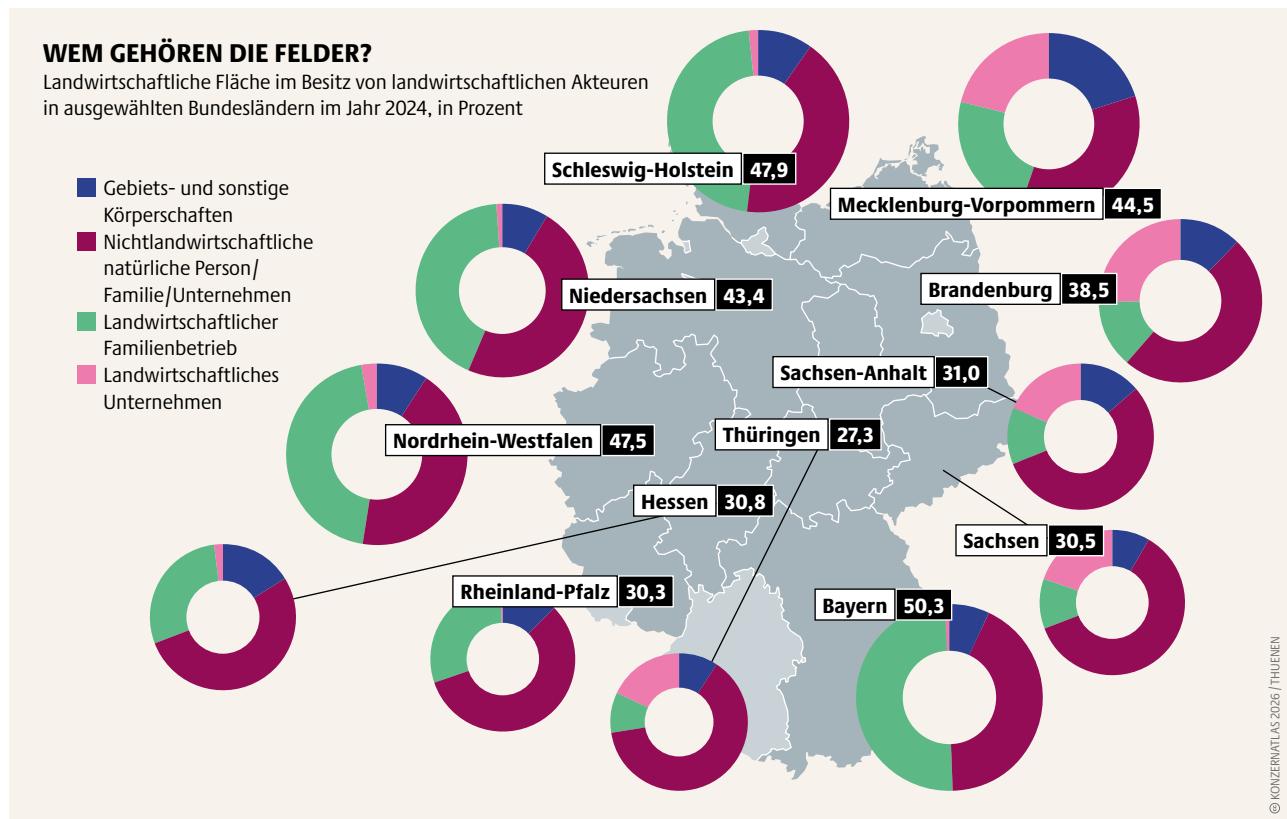
Wohin solche Entwicklungen führen, zeigt die ehemalige Genossenschaft BayWa AG. Sie wurde 1923 gegründet, um als Genossenschaft Landwirt*innen mit Dünger, Futtermitteln und Landmaschinen zu versorgen. Aus dem regional verankerten Zusammenschluss wurde im Laufe der Jahrzehnte ein global agierender Konzern, in dessen Aufsichtsrat auch der Präsident des Deutschen Bauernverbands sitzt. In Zeiten niedriger Zinsen expandierte die BayWa – als die Zinsen in den vergangenen Jahren stiegen, häufte der Konzern mehr als 5 Milliarden Euro Schulden an.

Dass moderne Warenengenossenschaften nicht immer im Sinne ihrer Mitglieder handeln, verdeutlicht auch der Fall der Agravis Raiffeisen AG, gegen die seit 2025 eine Sammelklage von rund 3.200 Landwirt*innen läuft. Gestützt auf Erkenntnisse des Bundeskartellamts, das gegen den genossenschaftlichen Agrarhandelskonzern bereits im Jahr 2020 knapp 44 Millionen Euro Bußgeld verhängt hatte, werfen sie dem Konzern vor, mit anderen Großhändlern illegal Preise abgesprochen und so die Kosten für Pestizide in die Höhe getrieben zu haben.

Obwohl also viele Genossenschaften mittlerweile wie gewöhnliche Konzerne agieren und ihr operatives Geschäft aus der Genossenschaft in Konzernstrukturen wie Gmbhs oder AGs ausgelagert haben, profitieren sie weiterhin von ihrer Entstehungsgeschichte. Erstens genießen Genossenschaften in der Bevölkerung einen guten Ruf – viele Menschen bringen sie mit Solidari-



Die einst bäuerliche Raiffeisen-Genossenschaft hat sich durch Fusionen und Expansion zu einem internationalen Imperium mit enormer Marktmacht gewandelt



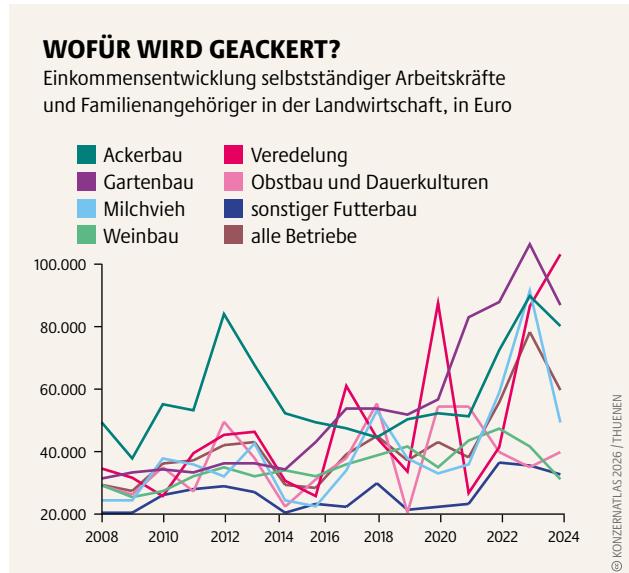
tät, Demokratie und Gemeinschaft in Verbindung. Und zweitens gewährt der Staat Genossenschaften auch dann besonderen Marktschutz, wenn sie ihrem ursprünglichen Anspruch gar nicht mehr nachkommen. Diese Privilegien reichen von gesetzlichen Ausnahmeregelungen bis hin zur Andienungspflicht. Bei Molkereigenossenschaften bedeutet Andienungspflicht, dass Landwirt*innen ihre Milch ausschließlich an eine bestimmte Molkerei liefern dürfen, anstatt frei entscheiden zu können, an wen sie verkaufen.

Es gibt jedoch auch Positivbeispiele wie die Molkereien Berchtesgadener Land oder die Milchwerke Ammerland Oldenburg. In solchen nach wie vor funktionierenden Genossenschaften ist die genossenschaftliche Selbstverwaltung intakt: Eine Generalversammlung entscheidet über den Kurs des Unternehmens mit und aktive Landwirt*innen sitzen im Vorstand und Aufsichtsrat. Sie kontrollieren die Geschäftsführung und haben auch die letzte Entscheidungsgewalt.

Doch gerade solche kleinen bis mittelgroßen Genossenschaften, die regional aufgestellt sind und fairer bezahlen wollen, stehen unter besonderem wirtschaftlichen Druck. Sie müssen mit immer größeren Unternehmen konkurrieren, die europa- und weltweit agieren – und wie im Fall von Arla Foods sogar dieselben

Nach der Finanzkrise 2008 haben Investoren verstärkt landwirtschaftliche Flächen als Anlage entdeckt. Seitdem explodieren die Bodenpreise

rechtlichen Vorteile wie sie genießen. Die Politik muss daher dringend kleinere Genossenschaften stärken und die Marktkonzentration beschränken. Zum Beispiel mit Obergrenzen für Genossenschaftspriviliegien oder durch die Verschärfung und konsequente Anwendung der Fusionskontrolle des Bundeskartellamts, um wettbewerbs schädliche Zusammenschlüsse zu untersagen. ●



Landwirtschaftliches Einkommen schwankt stark: Regelmäßig ändern sich Erlöse für Milch oder Fleisch und Kosten für Saatgut, Futter, Dünger, Energie

MILCH, MACHT, MONOPOLE

Bauernhöfe leiden unter hohen Kosten und haben kaum Verhandlungsmacht: Entlang der gesamten Lieferkette stehen sie Großkonzernen gegenüber. Mit dem Kartellrecht könnte die Politik Bäuer*innen stärken. Davon würden auch Verbraucher*innen und die Umwelt stark profitieren.

Milchbetriebe erzielen dauerhaft zu geringe Verkaufserlöse, sodass selten die Kosten gedeckt werden. Das bleibt nicht ohne Folgen: Allein von 2020 bis 2023 mussten 14 Prozent der Milchbetriebe aufgeben. Auf den verbleibenden Höfen ist die Zahl der Milchkühe im selben Zeitraum um 4 Prozent gesunken.

Eines der Probleme: Bäuer*innen haben keine oder nur unzureichende Möglichkeiten, im Voraus über Preise zu verhandeln, die es ihnen ermöglichen, Produktionskosten zu decken und Gewinne zu erwirtschaften. Erst Wochen nach der Ablieferung ihrer Milch erfahren sie, wie viel Geld sie erhalten. In keiner anderen Branche existiert ein solches Modell. Weil wenige Akteure den Markt dominieren, mangelt es an Wettbewerb: Milchbetriebe müssen sich diktirierten Bedingungen häufig fügen. Die anstehende Fusion der größten hiesigen Molkerei Deutsches Milchkontor (DMK) mit Arla Foods, einer der größten Molkereien der Welt, droht die Situation für Landwirt*innen weiter zu verschlechtern.

Die Folgen der Marktkonzentration lassen sich im Agrarsektor auf allen Ebenen beobachten: Saatgut, Dünger und Landmaschinen stammen oft nur noch von wenigen Konzernen. Auf der Abnehmerseite geben wenige große Verarbeiter, Supermärkte und Discounter den Ton an. Untersuchungen der Monopolkommission zeigen, dass die Preisaufschläge der Supermärkte und Lebensmittelindustrie in den letzten Jahren gestiegen sind – während die Erlöse der Erzeuger*innen sinken. In den letzten Jahren haben Landwirt*innen immer wieder gegen die niedrigen Preise protestiert, die Supermärkte für ihre Produkte zahlen; mit Demonstrationen, Blockaden von Lagerhäusern oder symbolischem Umpflügen von Feldern.

Das Machtungleichgewicht in der Agrarlieferkette fördert erstens Verschlechterungen beim Umweltschutz, denn Maßnahmen für Klima, Tierwohl und Biodiversität in der Landwirtschaft sind kostenintensiv. Mit den geringen Erlösen, die viele Höfe nur noch erzielen, sind sie schwer umsetzbar. Und zweitens führt die Marktkonzentration zu schlechten Arbeitsbedingungen: Beschäftigte und Gewerkschaften klagen über geringe Löhne, lange Arbeitszeiten und viele Überstunden.

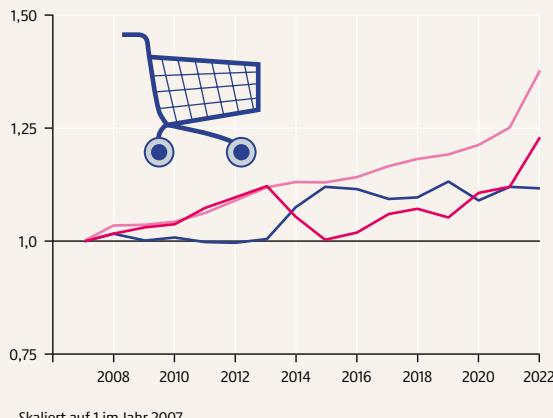
Angesichts all dieser Probleme braucht es umfassende Reformen. Als ein wichtiges Instrument da-

Oligopol statt Wettbewerb: Dadurch verschieben sich Gewinnmargen. Weg von den Betrieben, hin zu Großherstellern und dem Lebensmitteleinzelhandel

ABGERECHNET WIRD ZUM SCHLUSS

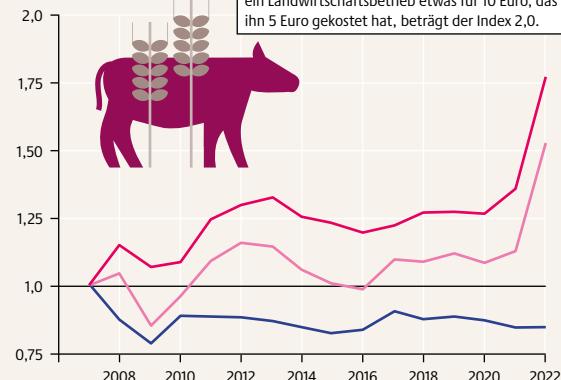
Preise, Kosten, Preisaufschläge im deutschen Lebensmitteleinzelhandel

Kosten Preis Preisaufschläge (Markup-Index)



Preise, Kosten, Preisaufschläge in der deutschen Landwirtschaft

Markup-Index: Verhältnis zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis. Beispiel: Verkauft ein Landwirtschaftsbetrieb etwas für 10 Euro, das ihn 5 Euro gekostet hat, beträgt der Index 2,0.



DAS GROSSE HÖFESTERBEN

Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe zwischen 2010 und 2024, nach Bundesland

Zunahme in Prozent
■ bis 5

-2.470 Schleswig-Holstein

Rückgang in Prozent
■ bis 5
■ mehr als 5 bis 10
■ mehr als 10 bis 15
■ mehr als 15 bis 20
■ mehr als 20 bis 25
■ mehr als 25

-2.120 Nordrhein-Westfalen

-5.370 Rheinland-Pfalz

-280 Saarland

-7.410 Baden-Württemberg

+60 Mecklenburg-Vorpommern



-340 Brandenburg

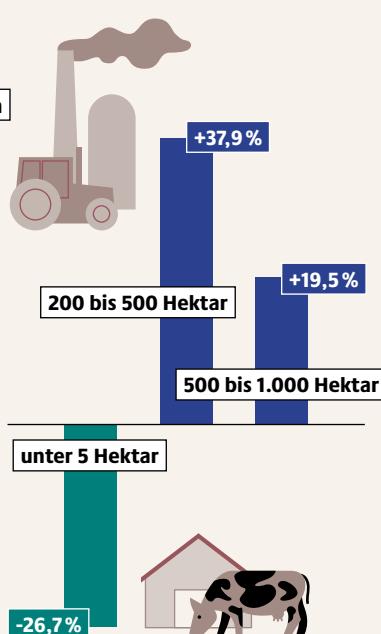
-110 Sachsen-Anhalt

-90 Thüringen

-15.610 Bayern

+50 Sachsen

Entwicklung zwischen 2010 und 2023,
nach Betriebsgröße



© KONZERNATLAS 2026 / DESTATIS

bei kann das Kartellrecht dienen. Eigentlich soll es verhindern, dass sich ökonomische Macht zu stark konzentriert. In der Praxis funktioniert das jedoch nur unzureichend: In Deutschland und auf Ebene der Europäischen Union (EU) wurden in den letzten Jahrzehnten viele große Fusionen genehmigt. Geprüft wird oft mit einem einseitigen Verständnis von Effizienz und den Folgen für Verbraucher*innen. Andere mögliche Folgen von Fusionen werden bei den Prüfungen seltener beachtet. Es ist daher nötig, bei Fusionen im Lebensmittelbereich auch soziale und ökologische Nachhaltigkeitsziele zu berücksichtigen. Auch die Folgen möglicher Fusionen für die Verhandlungsmacht von Landwirt*innen gilt es stärker zu prüfen: Verschlechtert sich durch Konzernübernahmen die Stellung kleinerer Betriebe?

In Deutschland sollte das Bundeskartellamt untersuchen, wie es um den Wettbewerb im Lebensmittelbereich bestellt ist. Eine sogenannte Sektoruntersuchung kann die zunehmende Marktmacht der vier großen Supermarktketten unter die Lupe nehmen: Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Lidl sowie Kaufland. In diesem Zuge können auch konkrete Gegenmaßnahmen geprüft werden – etwa ob große Konzerne aufgespalten oder einzelne Geschäftsbereiche getrennt werden sollten.

Neben dem Preisdruck durch den stark konzentrierten Handel ist auch die Macht der großen Verarbei-

Große Höfe wachsen, kleine Höfe verschwinden:
Zwischen 2000 und 2023 ist die durchschnittliche Fläche
pro Landwirtschaftsbetrieb um 75 Prozent gestiegen

ter wie Molkereien und Schlachtunternehmen ein Problem. Um die Verhandlungsmacht von Bäuer*innen zu stärken, braucht es ein Gesetz, das für jede Lieferbeziehung schriftliche Verträge vorschreibt. Die EU-Kommission hat im Dezember 2024 einen Vorschlag dazu unterbreitet, der eine gute Grundlage bietet, aber noch ausbaufähig ist. In jedem Vertrag sollten Preis, Menge und Lieferzeitraum verbindlich und konkret geregelt werden. Nur so können Betriebe verlässlich planen und sich gegen willkürliche Preisänderungen oder Abnahmeverweigerung absichern.

Eine Preisbeobachtungsstelle sollte außerdem regelmäßig die Preise ausgewählter Lebensmittel untersuchen, inklusive der Gewinnmargen auf den einzelnen Stufen. Diese Transparenz hilft dabei, die Stellung landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette zu verbessern.

Alle diese Maßnahmen erfordern einen klaren politischen Willen und Durchhaltevermögen. Am Ende aber wird sich dies umso mehr auszahlen: Eine Politik, die gegen die Machtkonzentration im Agrarsektor vorgeht, stärkt Bäuer*innen, fördert Umweltschutz und ermöglicht Verbraucher*innen mehr Auswahl und angemessene Preise. ●

SCHUTZSCHILD GEGEN KRISEN

Kriege und Spekulation treiben die Preise für Agrarrohstoffe und Lebensmittel in die Höhe. Öffentliche Nahrungsmittelspeicher können gegen Preisschocks helfen.

Entwicklungs- und Schwellenländer spüren teurer gewordene Rohstoffe am stärksten: Lebensmittelpreise steigen, die allgemeine Inflation zieht an und Ernährungsunsicherheit wächst. In Ländern, die stark von Lebensmittelimporten abhängig sind, verstärken Preisschocks auf globalen Märkten zudem bestehende Schuldenprobleme. Beispiele dafür sind Angola, Mosambik oder Ruanda, die fast 100 Prozent ihres verbrauchten Weizens aus dem Ausland beziehen. Aber auch in Ländern des Globalen Nordens haben steigende Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe drastische Folgen. Zuletzt während der Corona-Pandemie und nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben sie in den USA und Europa die allgemeine Inflation angetrieben und besonders einkommensschwache Haushalte stark belastet. Studien belegen, dass die explodierenden Preise den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte begünstigen.

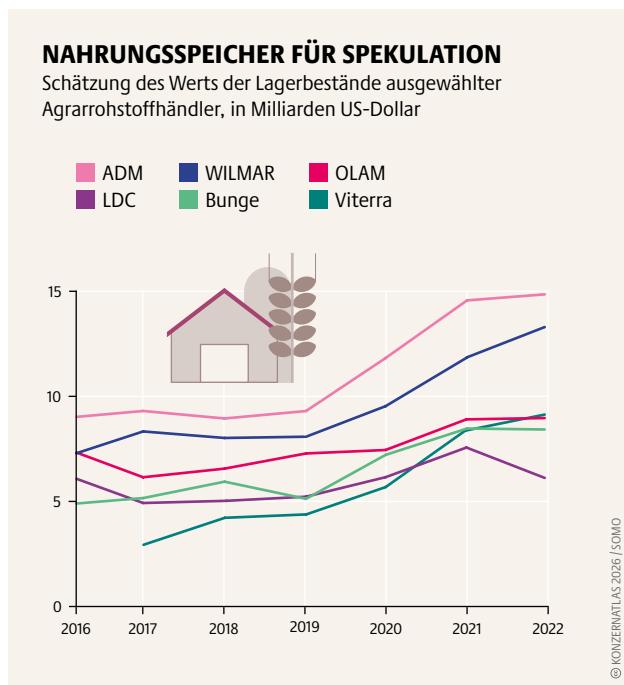
Krisenzeiten machen Agrarmärkte noch anfälliger für Spekulation, was die Preise zusätzlich in die Höhe treibt. Direkt nach dem russischen Einmarsch in die

Ukraine floss innerhalb einer Woche so viel Geld in spekulative Agrarfonds wie sonst in einem ganzen Monat. Was also tun? Bei ihren Gipfeln in Brasilien und Südafrika haben die G20-Staaten zum Beispiel über die Möglichkeit diskutiert, mit öffentlichen Nahrungsmittelspeichern Preise zu stabilisieren. Das Prinzip: Staatliche Stellen kaufen Agrarprodukte, wenn sie preiswert sind, und bringen sie dann in Zeiten hoher Preise wieder auf den Markt.

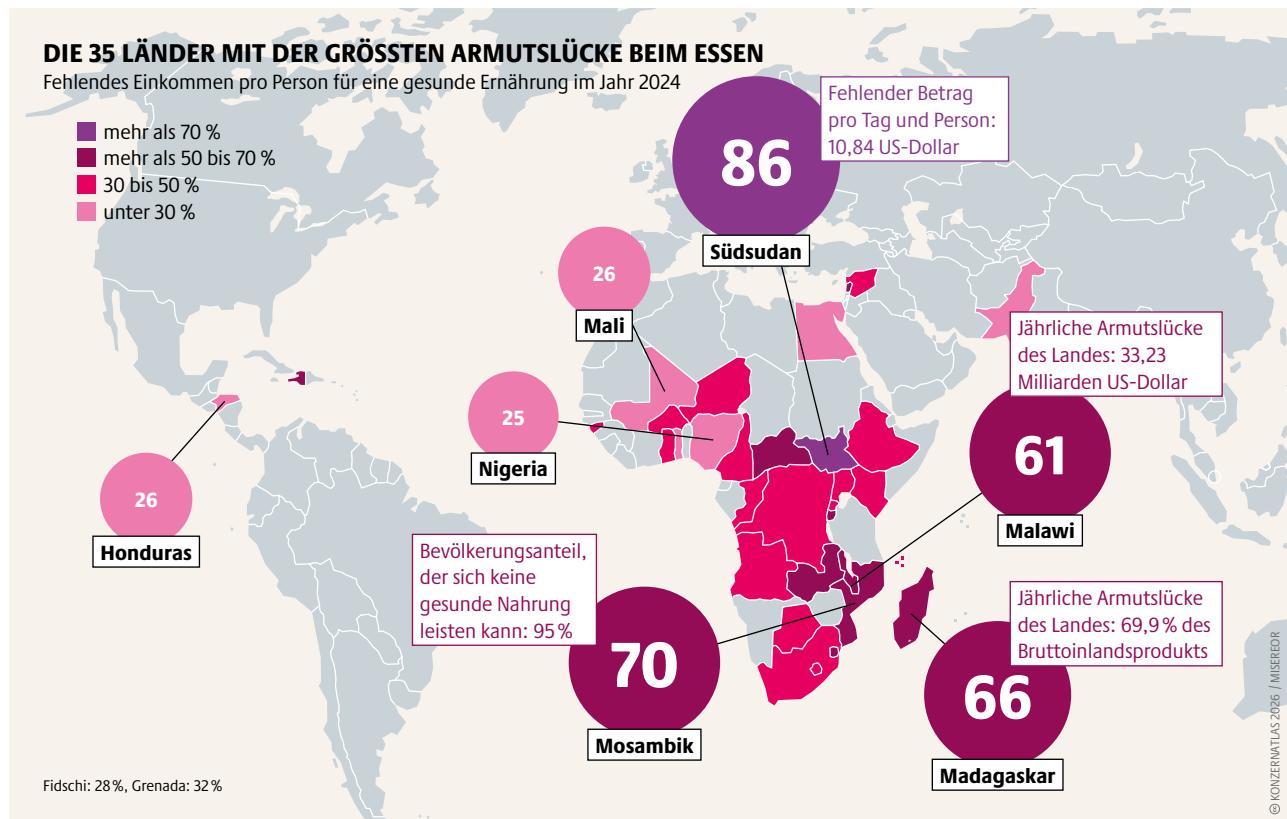
Schon nach dem Zweiten Weltkrieg spielten öffentliche Rohstoffspeicher auf nationaler und internationaler Ebene eine bedeutende Rolle. Im Rahmen von Sparprogrammen wurden viele Speicher jedoch geschlossen. Zunächst führten Wirtschaftskrisen in Südamerika und Afrika in den 1980er-Jahren zu einem nachhaltigen Kollaps vieler Rohstoffpreise. Als viele Staaten dann im Zuge neoliberaler Politik begannen, ihre Märkte zu deregulieren, mussten nationale Speicher weichen. In manchen Ländern blieben sie allerdings weiterhin bedeutsam. Bevölkerungsreiche Länder wie China, Indien, Indonesien stabilisieren weiterhin Nahrungsmittelpreise wichtiger Güter durch große öffentliche Speicher, oft kombiniert mit Handelsrestriktionen. Und in Ländern wie Usbekistan, Kenia, Bangladesch, aber auch in der Schweiz, Japan, Südkorea und Norwegen werden kleinere Speicher dafür verwendet, um Engpässe nach Ernteausfällen oder Handelskrisen abzumildern.

Auch private Akteure wie Agrarhändler betreiben Lagerhaltung – jedoch nicht im Sinne einer Stabilisierung. Agrarbetriebe und Handelsunternehmen preisen bei ihrer Gewinnkalkulation nicht die Folgen starker Preisschwankungen wie Hunger, Schulden oder Inflation ein. Es wird daher oft weniger eingelagert, als aus gesamtgesellschaftlicher Sicht sinnvoll wäre. In Krisenzeiten neigen Agrarmärkte zudem zu spekulativen Blasen und Panikkäufen. Erschwerend kommt hinzu, dass große Agrarhandelskonzerne keine Informationen über ihre Lagerbestände veröffentlichen.

Öffentliche Nahrungsmittelspeicher hingegen können in Krisensituationen das Marktgeschehen beruhigen. Werden sie gut und transparent verwaltet, leisten sie sogar mehr als nur Preisstabilisierung: Sie stärken lokale Märkte und können landwirtschaftliche Betriebe auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen. Ein Beispiel dafür ist Brasilien mit seinem staatlichen Ver-



68 Millionen Tonnen: ADM, Bunge und COFCO können zusammen so viel Weizen einlagern wie Großbritannien, die USA und Türkei insgesamt pro Jahr verbrauchen

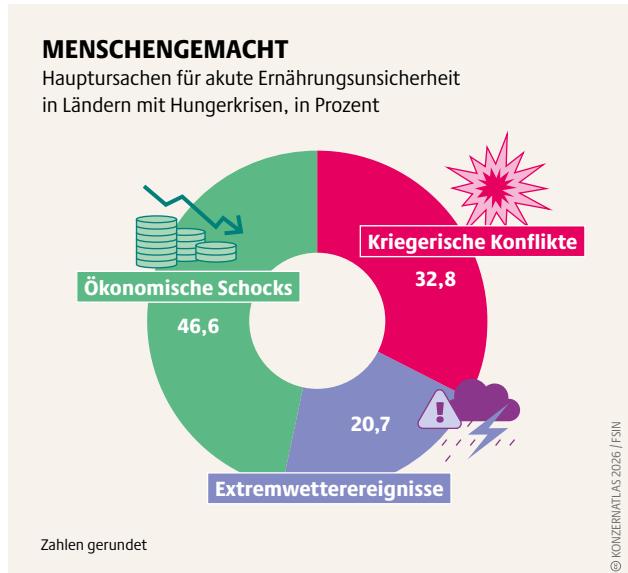


sorgungsunternehmen CONAB. Wenn die Marktpreise für Agrargüter unter eine Grenze fallen, die zuvor auf Basis der Produktionskosten festgelegt wurde, kauft es entweder direkt von den Erzeuger*innen oder zahlt ihnen die Differenz zwischen Markt- und Mindestpreis. Die angekauften Produkte werden eingelagert oder zum Beispiel an Schulkantinen geliefert. So entsteht auch ein Markt für nachhaltige Produkte: CONAB kauft Agrarprodukte gezielt von kleinbäuerlichen Familienbetrieben und beliefert damit Gemeinschaftsküchen, Schulen und Essensausgabestellen für einkommensschwache Haushalte. Möglich ist das, weil das brasilianische Schulspeisungsprogramm vorschreibt, dass mindestens 30 Prozent der Verpflegung von bäuerlichen Familienbetrieben stammen müssen – nach Möglichkeit aus ökologischer und lokaler Produktion.

Damit öffentliche Nahrungsmittelspeicher wirken, müssen mehrere Maßnahmen ineinander greifen. Wichtig ist, dass Preise und Produktionsmengen laufend überwacht werden. Im Jahr 2024 hat die Europäische Union dafür eine Expert*innenkommission ins Leben gerufen. Des Weiteren sollten unabhängige, demokratisch legitimierte Behörden die Speicher verwalten. Um die Landwirtschaft zu unterstützen, können staatliche Lebensmittelhilfen, Krankenhäuser oder Kantinen in

Die globale Armutslücke beträgt 3,25 Billionen US-Dollar. Um alle Menschen zu ernähren, reicht bereits der Jahresumsatz der sieben größten Weltkonzerne

öffentlichen Einrichtungen die eingelagerten Produkte abnehmen und mit ökologischen Standards gezielt Anreize für eine umweltfreundliche Erzeugung setzen. Wenn der regionale Markt gesättigt ist, sollten Mindestpreise abgesenkt werden oder durch Quoten an Produktionsobergrenzen gekoppelt werden, um Überproduktion zu vermeiden. ●



Bis zu 80 Prozent des Einkommens müssen für Lebensmittel ausgegeben werden: Der Globale Süden ist besonders anfällig für Preisschocks

UNSERE TELLER, UNSERE ENTSCHEIDUNGEN

Ernährungsdemokratie kann dabei helfen, die Macht der Großkonzerne über den Anbau und Verkauf von Lebensmitteln zu brechen. Ernährungsräte und Modelle solidarischer Landwirtschaft ermöglichen faire Bezahlung für Bäuer*innen und fördern eine gesunde und regionale Ernährung.

Oft wird Essen als reine Privatsache dargestellt. Dadurch bleibt ausgeblendet, welche zentrale Rolle Konzerne spielen: Wenige Akteure beherrschen den globalen Markt und prägen so überall auf dem Erdball die Esskultur. Ernährung ist somit eine politische Frage.

Das heute dominierende Ernährungssystem trägt massiv zur Überschreitung mehrerer planetarer Grenzen bei. Es verursacht rund ein Drittel der klimaschädlichen Gase, ist hauptverantwortlich für das Artensterben und verbraucht zu viel Wasser. Zugleich zementiert es Ungerechtigkeiten: Steigende Lebensmittelpreise treffen Länder mit niedrigem Einkommen besonders hart. Weltweit leiden 673 Millionen Menschen an Hunger – überwiegend in ländlichen Regionen. Ungefähr 2,8 Milliarden Menschen gelten als fehlernährt. Die weltweite

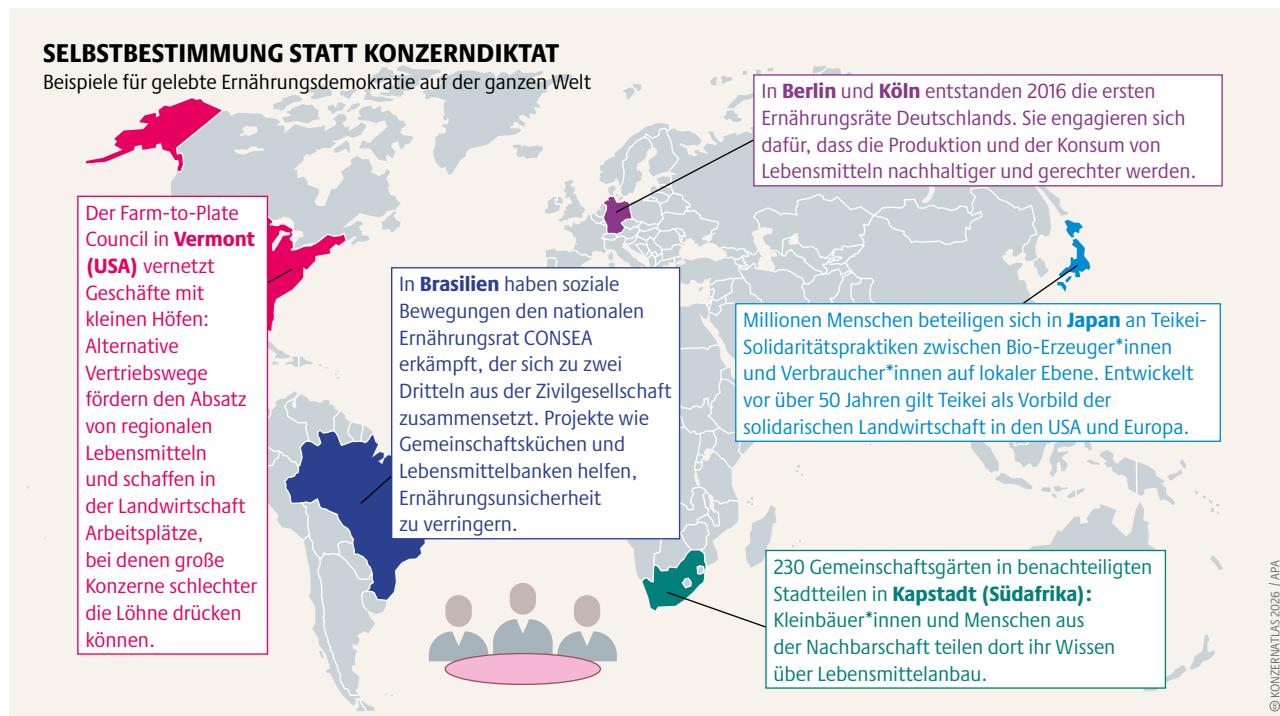
Ausbreitung der westlichen Esskultur – viel Fleisch und hochverarbeitete Lebensmittel aus der Massenproduktion – trägt zu Übergewicht und Adipositas bei, zwei zentrale Ursachen für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

So, wie es ist, muss es jedoch nicht bleiben, und viele Menschen wollen sich gesünder ernähren. Wie es möglich ist, die wachsende Weltbevölkerung mit gutem Essen zu versorgen, ohne die Umwelt zu überlasten, hat die EAT-Lancet Commission herausgefunden. Die empfohlene Planetary Health Diet besteht aus viel Gemüse, Obst, Vollkornprodukten, Hülsenfrüchten und Nüssen – und vergleichsweise wenig Milch- und Fleischerzeugnissen. Doch nicht nur was auf dem Teller liegt, ist entscheidend für eine gute Ernährung, sondern auch, wie es produziert wurde.

Im Jahr 1999 hat der britische Professor Tim Lang das Konzept der Ernährungsdemokratie veröffentlicht. Demnach ist Ernährung stets politisch und darf nicht bloß unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden. Diese Perspektive teilen auch Ernährungsräte, die sich für eine gerechte, ökologische und demokratisch

Das Ernährungssystem trägt zum Überschreiten von fünf der sieben planetaren Grenzen bei. Nachhaltiger Anbau und gerechte Produktion sind dringend nötig





gestaltete Ernährungspolitik einsetzen und wollen, dass die Nahrungsmittelversorgung lokaler und selbstbestimmter organisiert wird. In Deutschland sind die ersten Ernährungsräte 2016 in Köln und Berlin entstanden – mittlerweile gibt es sie bereits in 60 Städten.

Doch wie können zivilgesellschaftliche Initiativen wie Ernährungsräte den Zugang zu gutem Essen für alle ermöglichen – und außerdem faire Preise für Landwirt*innen? Wie lässt sich unsere Lebensmittelversorgung wieder stärker regionalisieren?

Beispiel Berlin: Gegenwärtig bezieht die deutsche Hauptstadt ungefähr 15 Prozent seiner Nahrungsmittel aus Brandenburg, während dortige Ernten oft auf dem Weltmarkt landen. Dabei wäre es möglich, die Menschen in der Metropolregion mit Lebensmitteln aus einem Radius von 100 Kilometern zu ernähren. Doch Verarbeitung und Handelswege sind bisher auf die Interessen von Großkonzernen zugeschnitten, die statt auf gute, gesunde und bezahlbare Lebensmittel auf Masse und Skaleneffekte setzen.

Ernährungsräte engagieren sich für den Aufbau von regionalen Lieferketten. Sie entwickeln Bildungsprogramme, Strategien gegen Lebensmittelverschwendungen und setzen sich für eine gute Gestaltung von Ernährungsumgebungen ein. Dazu zählen beispielsweise Kantinen, die für alle zugänglich sind und in denen es gutes Essen im Sinne der Planetary Health Diet gibt. Auch Werbeeinschränkungen und Vorgaben für Schulkioske können wichtige Ansatzpunkte sein.

Ein beitragsfreies Mittagessen für alle Kinder in Kitas und Schulen war die zentrale Forderung des Bürgerrats Ernährung im Wandel, der aus 160 zufällig ausgelosten Bewohner*innen Deutschlands bestand und

Mit Ernährungsräten hört Demokratie nicht am Tellerrand auf: Sie fördern Engagement für gesundes Essen aus der Region, günstigere Preise, bessere Löhne

dem Bundestag Anfang 2024 seine Ergebnisse vorlegte. Berlin ist das erste Bundesland, das diesen Ansatz bereits 2019 umgesetzt hat. Alle Kinder der ersten bis sechsten Klasse bekommen hier mittags eine Mahlzeit mit hohem Bioanteil, ohne dass die Eltern dafür zahlen müssen. Aufgrund von EU-Recht kann das Programm allerdings bisher nicht mit der Vorgabe verknüpft werden, dass viele Zutaten auch aus der Nähe kommen müssen. Das würde regionalen Lieferketten einen enormen Schub geben.

Ein anderes Beispiel für Ernährungsdemokratie ist das Konzept der solidarischen Landwirtschaft (Solawi). Dabei bezahlen die Konsument*innen nicht den Salat- oder Kohlkopf, sondern finanzieren die Arbeit der Landwirt*innen. Die Mitglieder der Solawi-Gruppe bestimmen mit, was angebaut wird, und tragen auch das Risiko für Ernteausfälle. Vor 15 Jahren war die Zahl solcher Betriebe im deutschsprachigen Raum noch an einer Hand abzuzählen, inzwischen beträgt sie bereits fast 500. Auch die SuperCoop in Berlin, ein genossenschaftlicher Vollsortimenter, bezieht einen Großteil der Frischwaren direkt von Bauern aus der Umgebung. Die Mitglieder arbeiten drei Stunden pro Monat mit. Da nur die Grundkosten für das Ladenlokal und die wenigen Festangestellten erwirtschaftet werden müssen, ist das Gemüse billiger als bei den Biomarktketten. Zugeleich verdienen die Erzeuger*innen durch das Modell mehr, als wenn sie ihre Ernte bei den großen Lebensmittelketten abgeliefert hätten. ●

AUTOR*INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt am 1. Dezember 2025 abgerufen. Der Konzernatlas ist im PDF-Format unter den Download-Adressen herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt sind. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10–11 GESCHICHTE: WIE DER ACKER ZUR FABRIK WURDE von Jennifer Clapp

S.10: Ludvig Wier, Gabriel Zucman, Global profit shifting 1975–2019, 2022, S.11, <https://bit.ly/4phHCSs>. – **S.11:** ETC Group, GRAIN, Top 10 agribusiness giants, 2025, S.5, <https://bit.ly/42XQO5C>.

12–13 SUPERMÄRKTE: HOHE PREISE FÜR VIELE, GEWINNE FÜR WENIGE von Steffen Vogel

S.12: Destatis, <https://bit.ly/49muXZB>. – **S.13 o.:** BASIC, Banana value chains in Europe and the consequences of unfair trading practices, 2015, S.29, <https://bit.ly/3JrTgI7>. Berechnungen von Solve Economics, unveröff. – **S.13 u.:** Oxfam Deutschland, Supermarkt-Check 2022, S.4, <https://bit.ly/4qssCCz>.

14–15 LOBBYMACHT: WIE DIE AGRARINDUSTRIE DIE POLITIK KAPERT von Nina Holland

S.14: Corporate Europe Observatory (CEO), Sabotaging EU Pesticide Reduction Law (SUR), 2023, <https://bit.ly/47o26S2>. – **S.15 o.:** Corporate Europe Observatory (CEO), The EU's lobby league table, 2025, <https://bit.ly/47HcdTf>. LobbyControl, 7 zu 81: Übermacht der Wirtschaftslobby, 2025, <https://bit.ly/4nqpPaf>. – **S.15 u.:** Omanjana Goswami, Karen Perry Stillerman, Cultivating Control, 2024, S.3, <https://bit.ly/49kI3GC>.

16–17 BÄCKEREIEN: HANDWERK UND HANDELSRIESEN von Anke Kähler

S.16: Zentralverband des Bäckerhandwerks (ZDB), <https://bit.ly/47a2G77>. – **S.17 o.:** Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), <https://bit.ly/4785MbK>. – **S.17 u.:** Destatis, <https://bit.ly/4nZCUHY>; <https://bit.ly/4oL5HRJ>.

18–19 FLEISCH UND MILCH: KÜHE, KAPITAL, KLIMAKRISE von Reinhard Benning und Claire Stockwell

S.18: The EAT-Lancet Commission, 2025, <https://bit.ly/4oik3Zu>. Intergovernmental Panel on

Climate Change (IPCC), S. 16, <https://bit.ly/48em9TA>. Hannah Ritchie, The carbon footprint of foods: are differences explained by the impacts of methane?, <https://bit.ly/43BF4WA>. – **S.19:** Changing Markets Foundation, The new merchants of doubt, 2024, S.6, <https://bit.ly/3L3D2IH>. Firmenberichte.

20–21 WASSERPRIVATISIERUNG: DURST AUF PROFIT von Inka Dewitz

S.20: Statista, The Global Giants of the Bottled Water Business, 2024, <https://bit.ly/4hw6z9K>. – **S.21:** WHO, UNICEF, Progress on household drinking water, sanitation and hygiene 2000–2024, 2025, S.114, <https://bit.ly/3JvBjLw>.

22–23 ZUCKER: SÜSSES MIT BITTEREN FOLGEN von Astrid Goltz

S.22: Foodwatch, Kindermarketing für Lebensmittel, 2021, S.12, <https://bit.ly/4nvGdX4>. – **S.23 o.:** World Bank Group, Global SSB Tax Database, <https://bit.ly/4nofdsf>. – **S.23 u.:** Foodwatch, Kindermarketing für Lebensmittel, 2021, S.17, <https://bit.ly/4nvGdX4>. Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), Lebensmittel mit Kinderoptik und deren Bewerbung, 2021, S.11, <https://bit.ly/3Wti74e>.

24–25 PESTIZIDE IN ÖSTERREICH: VERBOTEN, ABER ERLAUBT von Anna Pollak

S.24: BMSGPK/AGES, Ergebnisse des Nationalen Kontrollprogramms Pestizidrückstände 2022, KVG: <https://bit.ly/44KwllR>. ECHA, <https://bit.ly/3KyoFfw>. – **S.25:** Public Eye, Banned pesticides notified for export from the EU, 2024, <https://bit.ly/48UMjLL>.

26–27 TFA-VERBREITUNG IN ÖSTERREICH: BEHÖRDEN UND GRENZWERTE von Helmut Burtscher-Schaden

S.26: Global 2000, Flaschenpost. Der steile Anstieg der TFA-Kontamination in europäischem Wein, 2025, S. 10, <https://bit.ly/48r3Wn1>. – **S.27:** dies., Reinheit unter Druck. TFA-Belastung im österreichischen Mineralwasser, 2025, <https://bit.ly/4oDat2R>. Global 2000 Datenbank.

28–29 SAATGUT: PFLANZEN UNTER COPYRIGHT von Pia Voelker und Daniela Wannemacher

S.28: U.S. Department of Agriculture (USDA), Concentration and Competition in U.S. Agribusiness, 2023,

S.14, <https://bit.ly/4nw0dZJ>. – **S.29:** AgbioInvestor, Global GM Crop Area 2024 Review, 2025, S.5, <https://bit.ly/48WTHrj>.

30-31 FUTTERMITTEL: WER HINTER DEM SOJA STECKT von Lena Luig

S.30: Global Forest Watch (GFW), <https://bit.ly/4hB1js3>. Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE), <https://bit.ly/4peFkTN>. Verdens Skove, <https://bit.ly/4hxMobL>. – **S.31 o.:** Hannah Ritchie, Drivers of Deforestation, <https://bit.ly/3WoTtSh>. – **S.31 u.:** Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO), Hungry for profits, S.11, <https://bit.ly/3Wt4Ich>.

32-33 PREISE UND PROFITE: WER GEWINNT UND WER DRAUFZAHLT von Christophe Alliot

S.32: Food and Water Watch, The Guardian, Revealed: the true extent of America's food monopolies, and who pays the price, 2021, <https://bit.ly/3X0ykOl>. – **S.33:** BASIC, Étude sur la création de valeur et les coûts sociétaux du système alimentaire français, 2024, <https://bit.ly/47LGznF>.

34-35 PREISE IN ÖSTERREICH: UNGLEICH TEURE LEBENSMITTEL von Anna Leitner und Felix Steinhardt

S.34: Momentum Institut: Lebensmittel leistbar machen. Policy Brief 8/2025, <https://bit.ly/48FiFcF>. – **S.35 o.:** ebd. Arbeiterkammer Wien, AK Preismonitoring, 2025, <https://bit.ly/4ilbntz>. – **S.36 u.:** wie S. 34.

36-37 DIGITALISIERUNG: BIG TECH PFLÜGT UM von Louisa Prause

S.36: Sarah Hackfort, Unlocking sustainability?, 2023, <https://bit.ly/43IIdnA>. – **S.37 o.:** Monika Hartmann et Al., Digital platforms in the agricultural sector: Dynamics of oligopolistic platformisation, 2024, <https://bit.ly/47LHmVF>. – **S.37 u.:** Bitkom, 2024, <https://bit.ly/47exu6L>.

38-39 CHINA: DIE SAAT DER MACHT von Genevieve Donnellon-May

S.38: Financial Times, Why everyone is talking about food inflation, 2025, <https://bit.ly/3WpXLj9>. – **S.39:** MERICS, Global China Inc. Tracker, 2022, S.5, <https://bit.ly/4ocWXDB>. Observatory of Economic Complexity (OEC), <https://bit.ly/3Lej5ig>; <https://bit.ly/47yFX3H>. U.S. Department of Agriculture (USDA), S.13, <https://bit.ly/4i2H7ck>.

40-41 DEKARBONISIERUNG: GRÜNER UMBAU MIT TÜCKEN von Roman Herre und Tina Jahn

S.40: International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food), Fuel to fork, 2025, S.3, <https://bit.ly/3JwQtQG>. – **S.41 o.:** Nina L. Friggens,

Alain Naef, Patrick Njeukam, Carbon offsetting of fossil fuel emissions through afforestation is limited by financial viability and spatial requirements, 2025, <https://bit.ly/47FWF93>. – **S.41 u.:** Deutsche Umwelthilfe (DUH) et al., Mythen der Biosprit-Lobby, 2022, S.3, <https://bit.ly/3LamlE>. Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), <https://bit.ly/3L4RSP9>.

42-43 NATURE CREDITS: NATUR ALS WARE von Daria Kirilenko

S.42: Kate Dooley et al., Over-reliance on land for carbon dioxide removal in net-zero climate pledges, 2024, <https://bit.ly/47ql6iH>. – **S.43 o.:** Joanna Cabello et al., Carbon offsets are diverting money away from climate action in the Global South, 2024, <https://bit.ly/433kyOv>. Christina Kennedy et al., Indigenous Peoples' lands are threatened by industrial development, 2023, <https://bit.ly/3JtwemX>. LandMark, <https://bit.ly/3LhykqC>. – **S.43 u.:** David Tilman, Preserving global biodiversity requires rapid agricultural improvements, 2021, <https://bit.ly/3X0zXeV>.

44-45 GENOSSENSCHAFTEN: IDEAL VERSUS KONZERNMACHT von Ottmar Ilchmann und Henrik Maaß

S.44: Deutscher Raiffeisenverband, <https://bit.ly/435OxWa>. Firmenberichte. – **S.45 o.:** Thünen-Institut, Erweiterte Untersuchung der Eigentumsstrukturen von Landwirtschaftsfläche in Deutschland, 2024, S.41, <https://bit.ly/4qyFlxZ>. – **S.45 u.:** Thünen-Institut, Einkommen in der Landwirtschaft, 2025, <https://bit.ly/4hBD6LQ>.

46-47 AGRARMARKT: MILCH, MACHT, MONOPOLE von Berit Thomsen und Ulrich Müller

S.46: Monopolkommission, Wettbewerb 2024, 2024, S.84, <https://bit.ly/47vp8X4>. – **S.47:** Destatis, <https://bit.ly/4nDtcLe>.

48-49 PREISREGULATION: SCHUTZSCHILD GEGEN KRISEN von Lena Luig, Merle Schulken und Isabella Weber

S.48: Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO), Hungry for profits, S.21, <https://bit.ly/49qdVtw>. – **S.49 o.:** Misereor, Armutslücke Welternährung 2025, 2025, S.21, <https://bit.ly/4o9AyH7>. – **S.49 u.:** Food Security Information Network (FSIN), Global Report on Food Crises (GRFC), 2023, S.19, <https://bit.ly/4ogwll8>.

50-51 ERNÄHRUNGSDEMOKRATIE UNSERE TELLER, UNSERE ENTSCHEIDUNGEN von Annette Jensen

S.50: The EAT-Lancet Commission, 2025, <https://bit.ly/4oiK3Zu>. – **S.51:** APA, Food policy councils, <https://bit.ly/4o7uz51>.

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Menschenrechte durchsetzen, angehen gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems, die Gleichberechtigung der Geschlechter vorantreiben, in Krisenzenen präventiv den Frieden sichern, individuelle Freiheit gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen dem Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnern in rund 60 Ländern. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit.

Mit derzeit 36 Auslandsbüros an 33 Standorten sind wir auf der ganzen Welt gut vernetzt. In den Bundesländern

kooperieren wir mit unseren Landestiftungen und fördern begabte, politisch aktive Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Dabei folgen wir Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstreben mitzutun.

GLOBAL 2000 – FRIENDS OF THE EARTH AUSTRIA

GLOBAL 2000 ist eine unabhängige gemeinnützige österreichische Umweltschutzorganisation mit Sitz in Wien. Wir engagieren uns seit 1982 für die Ökologisierung der Landwirtschaft, eine nachhaltige Lebensmittelproduktion und die Reduktion des Pestizid-Einsatzes.

Klimaschutz, der umweltverträgliche Einsatz von Chemikalien und der sorgsame Umgang mit Ressourcen sind Hauptthemen unserer

Arbeit. Unterstützt wird unser Team von Aktivist*innen und freiwilligen Mitarbeiter*innen in ganz Österreich. Unsere Expert*innen erarbeiten mit Partner*innen aus Forschung und Praxis zukunftsfähige Lösungen.

Mit den GLOBAL 2000 Produkt- und Umwelttests bieten wir Orientierung für Konsument*innen. Ziel unserer Kampagnen ist, dass auch die Politik ihren Teil der Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft

übernimmt. Wir glauben an eine gerechte, ökologisch wie sozial verantwortungsvolle und zukunftsfähige Gesellschaft und setzen uns für die Lösung der Klima- und Biodiversitätskrise ein.

GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36,
1070 Wien, Österreich, www.global2000.at

DACHVERBAND KRITISCHE AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE

Wir sind zugleich Aktionärsvereinigung und gemeinnützige Organisation: Vor 40 Jahren von Umwelt-, Menschenrechts- sowie Anti-Apartheid-Gruppen gegründet, fordern wir seither von deutschen Aktiengesellschaften Umwelt- und Klimaschutz, die Einhaltung von Menschenrechten auch in Lieferketten, mehr Transparenz sowie einen Stopp von Rüstungsexporten an autokratische Staaten ein. Dazu nutzen wir das Stimm-, Rede- und Fragerecht, das uns Kleinaktionär*innen

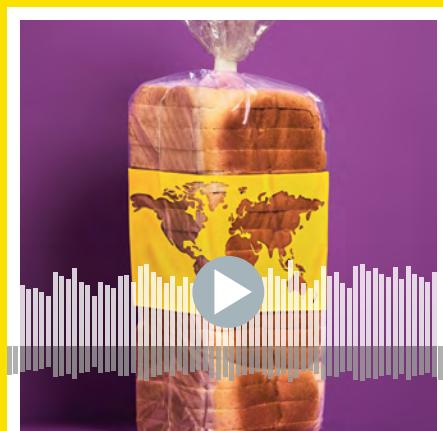
übertragen und greifen zurück auf Expertise von Umweltorganisationen und sozialen Bewegungen.

Mit unseren 29 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen versuchen wir Menschen aus dem Globalen Süden, die von Konzernmaßnahmen betroffen sind, eine Stimme für ihre Kritik und Forderungen zu geben. Wir melden uns auch mit eigenen Kampagnen zu Wort und begleiten sie mit

Protestaktionen, Infoveranstaltungen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. So setzen wir Themen wie Klimagerechtigkeit oder menschenrechtliche Sorgfaltspflichten anhand konkreter Fälle auf die Agenda der Hauptversammlungen – von großen Automobilkonzernen bis zu kleinen Rüstungsfirmen.

Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre
Pellenzstr. 39, 50823 Köln
www.kritischaktionare.de

DIE PODCAST-REIHE ZUM KONZERNATLAS



In drei Teilen beleuchtet der böll.podcast gemeinsam mit renommierten Expert*innen, wie es dazu kam, dass wenige Konzerne den globalen Agrar- und Ernährungssektor dominieren. Wie wirkt sich diese Konzentration auf die Art der Landwirtschaft, die wirtschaftliche Situation der Betriebe und die Lebensmittelpreise im Supermarktregal aus?

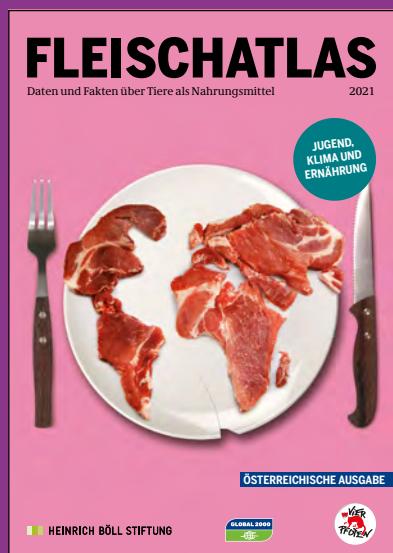
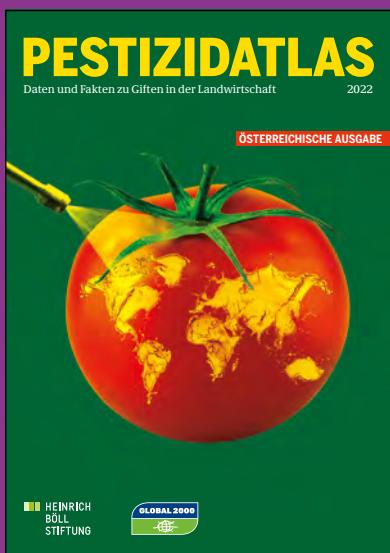
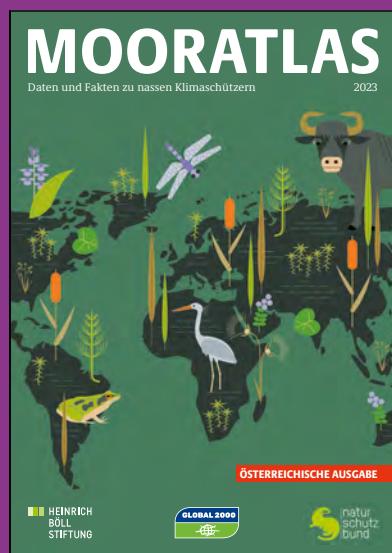
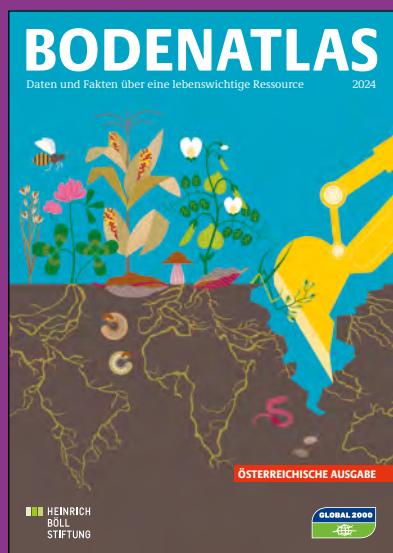
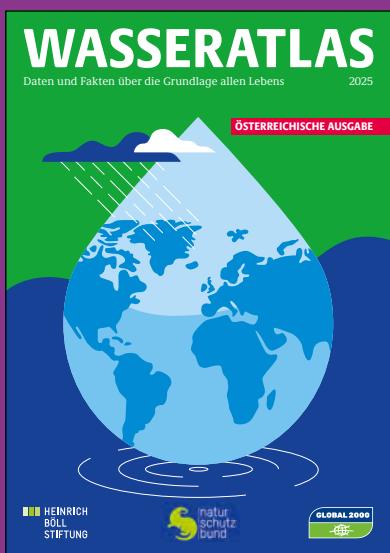
Außerdem rücken wir das Bäckerhandwerk als Beispiel für Marktkonzentration in den Fokus und erfahren, warum immer mehr traditionelle Handwerksbäckereien schließen müssen. Und wir zeigen politische Lösungen und Auswege aus diesem konzentrierten, unnachhaltigen Markt!

Diesen und weitere Podcasts der Heinrich-Böll-Stiftung können Sie auf unserer Webseite, bei Soundcloud, Spotify, Apple Podcasts oder in der Podcast-App Ihrer Wahl abonnieren.

Um den Podcast zum Konzernatlas zu hören, geben Sie folgenden Link ein: boell.de/konzernatlas#podcast



BISHER ERSCHIENEN (AUSWAHL)





Eine Handvoll globaler Konzerne kontrolliert den Markt für Lebensmittel.
Ihre Milliardengewinne gehen auf Kosten von Klima, Natur und Gesundheit.

aus: WIE DER ACKER ZUR FABRIK WURDE, Seite 10

Die Agrarindustrie betreibt umfangreiche Lobbyarbeit, um Regulierung zu verhindern.
In der Europäischen Union setzen Großkonzerne dafür Millionenbeträge in Bewegung.

aus: WIE DIE AGRARINDUSTRIE DIE POLITIK KAPERT, Seite 14

In Österreich sorgen die Marktmechanismen nicht für niedrige Lebensmittelpreise.
Gegenmodelle zur gewinnorientierten Versorgung sind Genossenschaften und Dorfläden.

aus: UNGLEICH TEURE LEBENSMITTEL, Seite 34

An vielen Orten wehren sich Initiativen gegen Konzerne, die Speisepläne diktieren.
Ernährungsdemokratie als Praxis für ein gerechtes Ernährungssystem.

aus: UNSERE TELLER, UNSERE ENTSCHEIDUNGEN, Seite 50